Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Molkenbuhr, für den lokalen Teil Wilhelm Kindermann, für Reklame u. Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2319), Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 30 — **Donnerstag, den 5. Februar 1931** — **6. Jahrgang**

Der Haß gegen Braun und Severing.

Stahlhelm

begehrt Auflösung des preußischen Landtages.

Berlin, 5. Febr. (EF). Die Bundesleitung des Stahlhelms hat beim preußischen Innenministerium beantragt, die Listenauslegung für ein Volksbegehren mit folgendem Wortlaut in die Wege zu leiten: „Der am 20. Mai 1928 gewählte Preußische Landtag ist aufzulösen."

*

Mit diesem Antrag charakterisiert sich die Stahlhelmleitung wieder einmal als das, was sie schon lange ist: als die Gefangene ihrer eigenen politischen Dummheit. Man kann verstehen, daß es den Herrschaften selbst nicht wohl bei ihrem Antrage ist und daß es so ist, zeigt deutlich die Begründung in geradezu eindeutiger Weise. Darin ist nicht etwa zu lesen, warum der Stahlhelm das Volksbegehren beabsichtigt, sondern nur, daß die Aktion von den Instanzen der Schwarz-Weiß-Roten beschlossen worden ist. Also nicht, weil der Stahlhelm das Volksbegehren notwendig oder gar aussichtsreich hält, sondern weil die Dummheit einmal beschlossen ist, stürzt man sich in geistige und finanzielle Unkosten, obwohl Seldte und Düsterberg wissen, daß ihre Aktion im Endziel verpufft und die Mittel hierfür so gut wie aus dem Fenster hinausgeworfen sind. Aber was wollten die Führer des Stahlhelms anders machen! Vor nicht ganz anderthalb Jahren haben sie schon einmal ein Volksbegehren angekündigt. Die Ankündigungen sind niemals durchgeführt worden. Damals lautete die Parole des Stahlhelms: „Mehr Macht dem Reichspräsidenten!" Wochenlang hat man darüber geredet und für diese Parole Propaganda gemacht. Verwirklicht aber wurde das angekündigte Volksbegehren niemals. Man hat nicht einmal einen Anlauf zu seiner Durchführung genommen, nicht einmal so getan, als ob man wirklich wollte. So ist es denn jetzt zu verstehen, wenn man das jetzige Volksbegehren mit einigen Zweifeln verfolgt, denn auf die Stahlhelmer treffen die Worte zu: „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht." Trotzdem hat man sich entschlossen, einen von vornherein verlorenen Kampf zu beginnen. Vielleicht wird es dem Stahlhelm gelingen, durch Einzeichnung von einem Fünftel der preußischen Stimmberechtigten das Volksbegehren zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Dann kann der Volksentscheid seinen Lauf nehmen. An die Eventualität, daß ihnen die Mehrheit der Stimmberechtigten seine Zustimmung geben wird, glauben nicht einmal die Nationalsozialisten, trotzdem sie die Aufputschung der politischen Leidenschaften besser verstehen als die Spießbürger vom Stahlhelm. Sie hoffen noch, daß ihrem Antrag von Amtswegen irgendwelche Schwierigkeiten gemacht werden und sie sich dann mit heiler Haut und großem Geschimpfe aus der Affäre herausziehen können. Der Antrag der Stahlhelmer ist gesetzlich zulässig und deshalb wird ihm von der preußischen Staatsregierung stattgegeben werden.

Es bleibt die Frage, wer sich im weiteren Verlauf der Aktion des Stahlhelms schließlich in dessen Bann begeben wird, ob die Nazis und Hugenberg nachträglich mit von der Partie sein wollen und sich sozusagen unter das Kuratel des Stahlhelms stellen werden. Ehe der Stahlhelm dem preußischen Innenminister seinen Antrag unterbreitete, hat man in wochenlangen Verhandlungen versucht, den famosen Reichsausschuß Hugenberg—Seldte—Hitler neu zu beleben. Das selbständige Vorgehen des Stahlhelms zeigt, daß diese Versuche ergebnislos verlaufen sind. Sie scheiterten nicht aus sachlichen Gründen, sie schlugen fehl, weil jede der zahlreichen putschistischen Gruppen in den Kampf gegen die preußische Festung die Führung haben wollte. So war die Pleite der Seldte und Düsterberg bereits besiegelt, ehe sie ihren Antrag fabrizierten. In diesem Sinne wünschen wir den Herrschaften weiterhin viel Glück.

*

Die andern wollen sich nicht blamieren.

Berlin, 5. Febr. (EF). Die Berliner rechtsstehende „Deutsche Allg. Zeitung" schreibt zu der ablehnenden Haltung der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen gegenüber dem vom Stahlhelm beantragten Volksbegehren folgendes:

„Die Nationalsozialisten wollen den Nimbus ihrer „Unbesiegbarkeit" nicht durch ein Unternehmen aufs Spiel setzen, das in seinen Erfolgsaussichten natürlich umstritten sein wird. Die Deutschnationalen haben mit so großen organisatorischen Schwierigkeiten zu kämpfen, daß sie ebenfalls Bedenken tragen, das Risiko eines neuen Volksbegehrens auf sich nehmen. Infolgedessen ist der Stahlhelm allein auf den Plan getreten in der Hoffnung, bei der Wirtschaftspartei, der Deutschen Volkspartei und dem Landbund Unterstützung zu finden"

Wie wir dazu erfahren, haben diese Parteien nicht beschlossen, das Volksbegehren zu unterstützen, obwohl der Stahlhelm mit dem entsprechenden Wunsche wiederholt an diese Parteien herangetreten ist. Vielmehr ist es wahrscheinlich, daß weder die Volkspartei noch die Wirtschaftspartei sich dem „von vornherein zu einer Niederlage verurteilten Unternehmen" anschließen wird.

*

Wer zahlt?

Natürlich das notleidende Unternehmertum.

Der „Vorwärts" schreibt zu dem vom Stahlhelm beantragten Volksbegehren: „Eines ist sicher: Die Geschichte kostet Geld, das der Stahlhelm nicht hat, wohl aber das Unternehmertum. Für Stahlhelmpropaganda hat das Unternehmertum Geld. Wenn es aber anständige Löhne zahlen soll, hat es keins."

Der Diktaturspuk.

Die große politische Aussprache, die heute im Reichstag beginnen soll, wird Gelegenheit geben, eingehend und deutlich über die Diktaturgerüchte zu sprechen, die sich in den letzten Tagen breit gemacht haben.

Rechtsstehende Zeitungen haben die Behauptungen aufgestellt, daß der Reichskanzler an die Ministerpräsidenten von Preußen und von Bayern herangetreten sei, um mit ihnen gemeinsam ein Direktorium an die Stelle der verfassungsmäßigen Reichsregierung zu setzen. Obgleich sowohl die Reichskanzlei als auch Otto Braun und Dr. Held diesen Gerüchten auf das entschiedenste entgegengetreten sind, behaupten sie sich dennoch hartnäckig. Die Nationalsozialisten, die verzweifelt nach der Diktatur aussphähen, haben diese Gerüchte zu Anfragen im Preußischen wie im Sächsischen Landtag benutzt. In Sachsen haben sie bereits eine deutliche Antwort erhalten. Dennoch geht das Gemurmel über eine bevorstehende Diktatur weiter. In dieser Gerüchtemacherei ist Sinn: Die öffentliche Meinung soll systematisch auf einen Staatsstreich vorbereitet werden.

Das Spiel mit der Diktatur zeugt von der politischen Unreife und der völligen Zerfahrenheit der bürgerlichen Schichten, die es mitmachen. Es ist, als ob alle Erfahrungen der deutschen Geschichte seit 1918 ausgestrichen werden, als ob das Bürgertum die jämmerlichen Enttäuschungen, die es mit seinen Diktaturkandidaten seither erlebt hat, völlig vergessen hätte. Bei jeder nur irgend etwas komplizierten politischen Situation schreien weite Kreise der deutschen Bürger: nur der Diktator kann uns retten. Ein Blick auf Italien und Rußland müßte genügen, um ihnen zu zeigen, daß dort, wo ein Diktator herrscht, von Rettung keine Spur ist. Die schlimmste aller Wirtschaftskrisen herrscht in Rußland, und Mussolini hat erst unlängst in öffentlicher Rede darauf verwiesen, daß auch der Faschismus keinen Schutz gegen die Weltkrise darstellt.

Reichskanzler Brüning hat unlängst den diktaturlüsternen wildgewordenen sächsischen Industriellen einen sichtvollen Vortrag über das Thema der Diktatur gehalten. Er wird am Donnerstag in einer großen politischen Rede im Reichstag die gegenwärtige Lage besprechen. Es wäre angebracht, wenn er seine aufklärenden Worte von Chemnitz im Plenum des Reichstags gegenüber der parlamentarischen Vertretung der wildgewordenen Industriellen wiederholen würde. Denn die Deutsche Volkspartei bedarf der Aufklärung mindestens ebenso dringend wie jene Wirtschaftskreise, die hinter ihr stehen. Und nicht nur der Aufklärung! Es wäre an der Zeit, daß Reichskanzler Brüning öffentlich eindeutig und energisch jene dunklen Diktatur- und Staatsstreichspläne zurückweist, die auch in der Deutschen Volkspartei Widerhall gefunden haben!

In der komplizierten verwickelten Lage von heute versucht der aktivistische Teil der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie abermals, seine Sonderziele durchzusetzen. Er will eine verhängnisvolle Rolle spielen. Er sucht Bundesgenossen für seine Pläne. Er hat Fühler zu den Herren Hitler und Frick ausgestreckt, deren Partei aus schwerindustriellen Kreisen erhebliche Subventionen erhalten hat, er hat Herrn Oberfohren und mit ihm die Partei des Herrn Hugenberg auf ihre Brauchbarkeit und Willfährigkeit geprüft und er ist augenblicklich dabei, Herrn Dingelden, den neuen Führer der Volkspartei, sich unterzuordnen. Diese Scharfmacher sehen mit Ingrimm, daß selbst in der Zeit der schwersten Krise der Ausnutzung ihrer wirtschaftlichen Vormachtstellung politische Grenzen gezogen sind. Sie erkennen, daß das System der deutschen Sozialpolitik ein unüberteigbares Hemmnis gegenüber grenzenlosem Lohndruck darstellt. Sie wollen die politischen Positionen des arbeitenden Volkes zerbrechen, um es desto sicherer wirtschaftlich unterwerfen zu können.

Bei diesen Kreisen ist niemals wahrhaft nationales Denken gewesen! Sie haben immer auf dem Standpunkt gestanden: Mag das Volk zugrundegehen, wenn nur wir bestehen bleiben! So haben sie gehandelt in der Zeit der Inflation und während des Ruhrkampfes, als sie glaubten, mit Hilfe französischer Bajonette der Arbeiterschaft ein Arbeitszeitdiktat auferlegen zu können. So möchten sie jetzt wieder handeln. Sie wollen die Wirtschaftskrise benutzen, um die politische Ordnung in Deutschland zu zerschlagen. Vom Chaos erwarten sie solche Schwächung der Arbeiterschaft, daß sie ihnen ohne staatlichen Schutz und ohne politische Macht ausgeliefert werde. **Brutalster Egoismus macht sie zu Verfechtern der wahnwitzigsten politischen Pläne.** In ihren bezahlten Kanälen suchen sie den Gedanken der Diktatur ins Volk fließen zu lassen. Das wispert und flüstert und wird immer lauter, und die in Berlin erscheinende „Deutsche Allgemeine Zeitung" erzählt fast täglich, daß die Revolution von oben unvermeidlich sei.

Das Häuflein der Fraktion der Deutschen Volkspartei und seine Führung kann diesen Einflüssen auf die Dauer nicht widerstehen. Das Ergebnis der letzten Fraktionssitzung der Deutschen Volkspartei war einerseits jener knackende Revolver der 300 Millionen zusätzlicher Streichungen im Etat, andererseits aber auch eine weitgehende Durchdringung der Fraktion der Deutschen Volkspartei mit den **staatsstreichslüsternen Plänen der Treiber aus dem Lager der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie.** Da werden aus theoretischen Erörterungen über eventuelle Diktaturmöglichkeiten in Deutschland konkrete Pläne, aus der Eventualität einer neuen Anwendung des Artikels 48 spinnt man sogleich die Außerkraftsetzung der gesamten Verfassung heraus: weil es ja dann viel einfacher ist, alles mit einem Male zu zerschlagen! Wenn die Nationalsozialisten, die diese Entwicklung kennen, von einer Auflösung des Reichstags sprechen, so kann man ganz im Geiste der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie anstelle

Bürgermeisterwahl in Zeitz.

Die Kommunisten bringen den Genossen Löffler zu Fall und sorgen für die Wahl eines Deutschnationalen.

Aus Zeitz wird gemeldet: Die Stadtverordneten wählten am Freitag abend den deutschnationalen Regierungsrat Nerger vom Finanzamt für zwölf Jahre im zweiten Wahlgang mit 17 Stimmen zum Oberbürgermeister. Auf den bisherigen Oberbürgermeister Löffler, dessen Amtszeit demnächst abläuft, entfielen 15 Stimmen, während drei Zettel — darunter die der Kommunisten — unbeschrieben waren.

*

Zu diesem neuen Arbeiterverrat der Kommunisten schreibt unser Zeitzer Parteiblatt, der „Volksbote":

Die Zeitzer Kommunisten haben einen neuen Beweis geliefert, daß sie das Recht verwirkt haben, sich Arbeiterpartei zu nennen. Durch ihre Schuld wurde in der Zeitzer Stadtverordnetenversammlung der deutschnationale Regierungsrat Dr. Nerger zum Oberbürgermeister im roten Zeitz gewählt! Durch ihre Schuld also wurde der Vorsitz im Magistrat und damit die Mehrheit dem schärfsten Gegner des Proletariats ausgeliefert. Damit ist die Entscheidung über die lokale Personalpolitik, über die Dezernatsverteilung, die Entscheidung in den wichtigen sozialen und steuerpolitischen Fragen auf 12 Jahre der Reaktion ausgeliefert worden. Gleichzeitig aber auch wurde dadurch, daß die Kommunisten die sozialdemokratischen Vorschläge zu Fall brachten, der Stadt für die nächsten 12 Jahre eine Mehrbelastung von 168 000 ℳ aufgebürdet.

Also auf den Verrat bei der Gemeindewahl am 17. November 1929, wo durch die kommunistische Zersplitterung trotz proletarischer Stimmenmehrheit eine bürgerliche Stadtverordnetenmehrheit im Rathause einzog, folgte der Verrat an der sozialdemokratischen Magistratsmehrheit durch Beseitigung des sozialdemokratischen Oberbürgermeisters, Genossen Löffler. Die politischen und sozialreaktionären Auswirkungen des Beschlusses wird die werktätige Bevölkerung der Stadt Zeitz zu spüren bekommen. Die Tragweite der Entscheidungen ist noch gar nicht abzusehen.

Auf telephonischen Befehl des kommunistischen Bezirksleiters Gutjahr in Halle haben die Zeitzer Kommunisten dies Heldenstück fertig gebracht. Gibt es etwas Ekelerregenderes als diesen kommunistischen Kadavergehorsam: einfach auf Befehl Vernunft in Unsinn zu wandeln, gegen die eigene bessere Einsicht zu stimmen, sich selbst ins Gesicht zu schlagen und dazu die Arbeiterinteressen mit Füßen zu treten? Und diese Kommunisten, die nicht oft genug das Zeitzer Finanzamt als Hort der Faschisten bezeichnen konnten, machten durch ihr Verhalten den Leiter dieses Faschistenhortes zum Oberbürgermeister! Wahrhaftig, das Wort Sowjetfaschisten ist noch viel zu milde gewählt für diese Verräter.

*

Unser Zeitzer Bruderblatt stellt bei der Gelegenheit noch fest, daß die Kommunisten entsprechend ihrer offiziellen Parteiparole allein im Zeitzer Unterbezirk 25 Dörfer mit Arbeitermehrheiten den Klassengegnern ausgeliefert haben. Ferner gaben sie der Stadtverordnetenvorsteherposten in Weißenfels einem Reaktionär und schanzten die Mehrheit im Weißenfelser Bezirksausschuß dem Bürgertum zu.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919310205-19/fragment/page=0001

einer Neuwahl des Reichstags gleich die Neuwahl einer neuen verfassunggebenden Nationalversammlung fordern.

Kurzum: In der Deutschen Volkspartei, die sich bisher als eine der unzuverlässigsten und unheilvollsten deutschen Parteien bewiesen hat, spielt man mit konkreten Plänen für einen reaktionären Staatsstreich, für eine Revolution von oben, vor denen die um Hitler vor Neid erblassen könnten!

Daß ein Bekanntwerden solcher Pläne auf das schädlichste auf die deutsche Kreditwürdigkeit einwirken muß, kümmert die wenigen Treiber in der volksparteilichen Fraktion nicht im mindesten, denn Verantwortung ist noch niemals ihre Sache gewesen. Sie sind in diese wahnwitzigen Pläne so sehr verrannt, daß sie sie bis zum Reichskanzler ganz ernsthaft vorgetragen haben. Es ist an der Zeit, daß gegenüber derartigen zerstörenden und unheilvollen Treibereien von der Reichsregierung ein energisches und deutliches Wort gesprochen wird, und es wäre überaus begrüßenswert, wenn bei der bevorstehenden parlamentarischen Auseinandersetzung der Reichskanzler in diesen Spuk so fest hineinstoßen würde, daß er in Nichts zerfließt.

Die Scharfmacher von der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie scheinen wirklich zu glauben daß die deutsche Arbeiterschaft wie eine geduldige Schafherde alles hinnehmen werde, was einige größenwahnsinnige, politisch völlig unreife Industriediktatoren über sie verhängen wollen. Sie scheinen sich in dem Glauben zu wiegen, daß diese Hand voll Menschen die Geschicke des deutschen Staates und des deutschen Volkes selbstherrlich bestimmen könne. Wäre dies der Fall — Deutschland wäre schon längst nur noch ein historischer Begriff. —

Keine Steuersenkung möglich.

Auf der Tagesordnung des Steuerausschusses des Reichstags standen am Mittwoch Anträge zum Mineralwassersteuergesetz, zur Aufhebung der erhöhten Umsatzsteuer der Konsumvereine und Warenhäuser, zur Aufhebung der Lohnsteuer und schließlich noch Anträge, die die Offenlegung der Steuerlisten wünschten.

Dazu gab Reichsfinanzminister Dietrich folgende Erklärung ab: „Die Annahme der zur Debatte stehenden Anträge wird zusammen mit anderen vom Reichstag geforderten Ermäßigungen große Summen kosten, und zwar die Aufhebung der Mineralwassersteuer 30 Millionen, die Beschränkung der Gemeindegetränkesteuer auf alkoholische Getränke 30 Millionen, die Aufhebung der erhöhten Umsatzsteuer 27 Millionen, wenn dazu noch die neulich geforderte Befreiung der pasteurisierten Milch von der Umsatzsteuer mit 9 Millionen hinzukommt, so bedeutet das einen

Ausfall von insgesamt 95 Millionen Mark,

von denen 24,5 Millionen auf das Reich und 70,5 Millionen auf Länder und Gemeinden entfallen. Dabei sehe ich noch ganz ab von dem kommunistischen Lohnsteuerantrag, der 1300 Millionen kosten würde. Bei der gegenwärtigen ernsten Finanzlage nicht nur im Reich, sondern auch in den Gemeinden, die steigende Wohlfahrtslasten zu tragen haben, muß ich dringend davor

warnen, noch in diesem Etatsjahr Steuersenkungen vorzunehmen.“

Von den hinter der Regierung stehenden Parteien wurde daraufhin beantragt, die Beratung des Antrages über die Offenlegung der Steuerlisten bis zur Vorlegung der Denkschrift, die nach der Erklärung des Reichsfinanzministers in Ausarbeitung ist und vor ihrem Abschluß steht, auszusetzen und die Abstimmung über die übrigen Anträge mit Rücksicht auf die Erklärung des Reichsfinanzministers über die gegenwärtige Finanzlage in Reich, Ländern und Gemeinden zu vertagen.

Für die Sozialdemokratie

erklärte Abg. Dr. Hertz, daß sie dem Antrage der Regierungsparteien auf Vertagung der Entscheidung über Steuerermäßigung im jetzigen Augenblick zustimme, weil es zunächst gelte, unter allen Umständen die Balancierung des Haushalts herzustellen. Sobald die Finanzlage sich etwas günstiger gestalte, werde die Sozialdemokratie alles tun, um in erster Linie die

Ausnahmesteuer gegen die Konsumvereine zu beseitigen.

Der jetzt gestellte Antrag der Nationalsozialisten, die Ausnahmesteuer gegen Konsumvereine und Warenhäuser zu verdoppeln, zeige, wie arbeiterfeindlich die Nationalsozialisten seien. Die einzige Wirkung dieses Antrages sei weitere Verteuerung der Lebensmittel der Mitglieder der Konsumvereine. Die Sozialdemokratie wünsche die baldige Vorlegung der vom Reichstag im vorigen Jahr beschlossenen Denkschrift über die Erfahrungen mit der Offenlegung der Steuerlisten im Auslande. Da der Minister mitgeteilt habe, daß diese Denkschrift vor ihrer Vollendung stehe, sei nichts dagegen einzuwenden, daß die Beratungen des Ausschusses über einen so entscheidenden Schritt zur Herstellung von Steuerlichkeit erst stattfinden, wenn die nötigen Unterlagen geliefert sind, besonders da das bald geschehen werde.

Der Vertagungsantrag wurde angenommen.

Brüning und die Volkspartei.

Berlin, 5. Febr. (EF). Die Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler und der Deutschen Volkspartei über Abstriche am Haushaltsplan führten zu folgender Vereinbarung:

1. Welche Einnahmeausfälle infolge der Einflüsse der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse eintreten können, läßt sich mit voller Sicherheit endgültig nicht übersehen.
2. Der Reichskanzler und der Reichsfinanzminister sind mit der Reichstagsfraktion der DVP. einig darin, daß solche Ausfälle durch Ausgabenkürzung und nicht durch Erhöhung irgendwelcher Lasten oder durch neue Schulden gedeckt werden würden.
3. Um der Regierung die einwandfreie Möglichkeit solcher Ersparnisse zu schaffen, wird die Regierung den Reichstag um eine Ermächtigung ersuchen

Ein vernünftiger Plan.

Der aber deshalb scheitern wird.

Paris, 4. Febr. (Eig. Drahtb.) Die zahlreichen Stimmen aus Amerika und England, die den einzig möglichen Weg zur Lösung der Weltwirtschaftskrise in einer Herabsetzung und Neuordnung der Kriegs- und Reparationsschulden sehen, sind nun um einen französischen Vorschlag bereichert worden, der von dem bekannten französischen Publizisten Graf d'Ormesson ausgeht und in der „Europe Nouvelle“ veröffentlicht ist.

Der Vorschlag basiert darauf, daß Deutschland für die beiden nächsten Jahre 50 Prozent seiner Youngzahlungen erlassen werden sollen. Deutschland, das inmitten schwerster Krisen energische Anstrengungen gemacht habe, um seine Finanzen in Ordnung zu bringen, würde so nach der Berechnung d'Ormessons alljährlich 840 Millionen Goldmark weniger zu zahlen haben. Es könnte diese Mittel zur Arbeitslosenunterstützung, zum Abbau der Steuern und zur Ankurbelung der Wirtschaft verwenden. Gleichzeitig würde durch den vorübergehenden Schuldennachlaß sein Kredit so gestärkt werden, daß es ihm leichter sein würde, langfristige Kredite im Ausland zu erhalten. Frankreich, das die Initiative zu dieser finanziellen Solidaritätsaktion ergreifen müsse, könne sich gleichzeitig an die Vereinigten Staaten wenden, um von diesen einen Nachlaß der interalliierten Schuldenzahlungen um ebenfalls 50 Prozent für zwei Jahre zu erreichen. Würden die Vereinigten Staaten sich dazu bereit finden, dann würde der Zahlungsausfall für Frankreich rund 1 Milliarde betragen, während England und die übrigen Alliierten in keiner Weise betroffen würden.

Um den Vorschlag für die öffentliche Meinung in Frankreich und Amerika schmackhaft zu machen, fügt Graf d'Ormesson eine wichtige Ergänzung hinzu: Deutschland und Frankreich müßten ein Abrüstungsabkommen miteinander abschließen, kraft dessen sie ihre Budgetausgaben für Rüstungszwecke während der beiden Jahre des Zahlungsnachlasses um je ein Zwölftel verminderten. Für Deutschland würde diese Herabsetzung 48 Millionen Mark, für Frankreich rund eine Milliarde Franken ausmachen. Frankreich würde auf diese Weise den Ausfall aus seinen Reparationsansprüchen wieder einparen und hätte es nicht nötig, die Steuerschraube anzuziehen. Außerdem würde dieses Abrüstungsabkommen, zu dem auch die übrigen europäischen Nationen eingeladen werden könnten, der bevorstehenden Abrüstungskonferenz von vornherein ihren Erfolg sichern.

Graf d'Ormesson verspricht sich von der Annahme seines Vorschlages eine wesentliche Besserung nicht nur in den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, sondern auch eine allgemeine Entspannung in der international. Atmosphäre. Er betont im übrigen, daß ein Projekt nicht das Werk einer Improvisation sei, sondern daß er sich mit allerlei Persönlichkeiten aus allen Lagern und Parteien in Frankreich reiflich besprochen habe.

Schlichtungswesen und Krise

Kommunisten, Nazis und Hugenberger im Reichstag gegen die Sozialdemokratie

Berlin, 4. Februar. (Eig. Ber.)

Die Reichstagssitzung vom Mittwoch brachte eine mehrstündige bewegte Aussprache über

Schlichtungswesen und Lohnabbau.

Anlaß gab ein kommunistischer Antrag, die Verordnung des Reichspräsidenten über die Beilegung von Schlichtungsstreitigkeiten öffentlichen Interesses vom 9. Januar 1931 mit sofortiger Wirkung aufzuheben. Ferner wurde je eine sozialdemokratische und eine kommunistische Interpellation zum Lohnabbau verhandelt. Die sozialdemokratische Interpellation weist insbesondere darauf hin, daß die Reichsregierung zwar die Löhne und Gehälter habe senken können, jedoch auch nicht annähernd den gleichen Erfolg auf dem Gebiete der Preise erzielt habe.

Die Sozialdemokraten haben Schuld!

Der Kommunist Schröder gab Schilderungen der Notlage in der deutschen Arbeiterklasse. Von den noch in den Betrieben befindlichen Arbeitern hätten 45 Prozent einen Wochenlohn unter 30 ℳ. Das Lohneinkommen werde im laufenden Jahre um mindestens 8 Milliarden herabgedrückt werden. Selbstverständlich trägt daran nicht etwa die Weltwirtschaftskrise die Schuld, sondern allein die Sozialdemokratie, die sich schützend vor Stegerwald stellt. Im scharfen Wettbewerb mit den Nationalsozialisten erklärt der Kommunist in nationalsozialistischer Ueberbietungsung, daß jeder Gewerkschaftskampf zugleich ein Kampf gegen den Young-Plan sein müsse.

Sozialdemokratische Antwort.

Als der Sozialdemokrat Limbertz das Wort erhielt, begrüßten ihn die Kommunisten mit dem einstudierten Rufe: „Streitbrecher!“ „Streikbrecher!“ Der alte Gewerkschaftsführer überging diese Beschimpfungen mit dem Schweigen der Verachtung. Er konnte auf die Aktivität der Partei und der Gewerkschaften im Lande verweisen. Die Massen zeigten Verständnis für die zwangsläufige Politik, die das Chaos vermeiden wolle. Der kommunistische politische Massenstreik im Ruhrgebiet habe von 300 000 Arbeitern nur 30 000 erfaßt und auch diese nur durch Terror. Die gewerkschaftlich geschulten Teile der Arbeiterklasse wüßten, was auch Schröder hier ausgesprochen habe, daß die Kommunisten nicht für Verbesserung der Löhne kämpften, sondern lediglich parteipolitische Zwecke verfolgten. Hier rief der Nationalsozialist Goebbels zum Schutze der Kommunisten: „Sind Sie von den Arbeitgebern?“ Limbertz führte diesen Goebbels, der natürlich nie Mitglied einer Gewerkschaft war, mit dem Hinweis auf die Schnorrerreisen Hitlers bei den Kapitalisten im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ab. Die Sozialdemokratie werde ihren Kampf gegen Nationalsozialisten und Kommunisten fortführen, um die Arbeiterklasse über die Krise hinüberzubringen. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften aber sind sich ihrer ernsten Verantwortung bewußt. Nur durch geschlossene und starke Organisation können die Arbeiter ihre Interessen vertreten. Dafür kämpfen wir, und dieser Kampf wird alle Bestrebungen der Kommunisten und der Nazis zuschanden machen. (Stürmischer Beifall der Soz.)

Reichsarbeitsminister Stegerwald

begann seine Rede mit dem Hinweis, daß Deutschland einstweilen ein Glied der privatkapitalistischen Weltordnung sei. Aussichten, daß binnen kurzem diese Ordnung durch eine nationalsozialistische, kommunistische oder sozialistische abgelöst werde, beständen nicht. Also müsse man den Tatsachen ins Auge sehen. 28 bis 30 Milliard. öffentlicher Abgaben lasteten auf der deutschen Wirtschaft. Darin stecke natürlich auch die Sozialversicherung. Die Landwirtschaft sei an diesen Abgaben nur mit 5 bis 7 v. H. beteiligt. 93 bis 95 v. H. würden von Industrie, Handel, Gewerbe, Bankwesen und Verkehr aufgebracht. Den Unternehmern sei es gleichgültig, wo Erleichterungen herkämen. Er müsse dem Unternehmertum allerdings sagen, es sei irrig, wenn es glaube, daß Erleichterungen nur durch eine Lohnsenkung erfolgen können. Andererseits könne man in einer Wirtschaftskrise unmöglich die Löhne unbeweglich halten. Aber auch ein freies Spiel der Kräfte sei bei einer solchen Krise im Hinblick auf die Lohnhöhe nicht möglich. Der Staat müsse regulierend einschreiten. Darum dürfe die Schlichtungsordnung nicht aufgehoben werden. Mit einer Ausschußberatung sei er einverstanden.

Stahlhelm begrüßt den kommunistischen Antrag.

Wie arbeiterfeindlich die kommunistische Haltung gegen das Schlichtungswesen ist, bewies die begeisterte Zustimmung des deutschnationalen Abgeordneten, Stahlhelmers und Landbündlers Agena. Er sagte, seine Fraktion werde für den kommunistischen Antrag stimmen. Die größten Scharfmacher des Unternehmertums wollen eben keine staatliche Regelung der Löhne, weil sie in dieser großen Krise hoffen dürfen, im freien Spiel der Kräfte die Arbeiterlöhne wesentlich mehr zu senken. Agenas Standpunkt beweist klar die ungeweollt arbeiterfeindliche Politik der Kommunisten.

Nazis können es noch besser.

Eine schwere Schmutzkenkurrenz erlebten die Kommunisten dann an ihrem früheren Parteigenossen, dem jetzigen nationalsozialisten Abg. Stürtz. Er übertraf die Kommunisten bei weitem an Demagogie und an Hetze gegen die Gewerkschaften. Die Kommunisten standen starr, ein Stürtz, genau so wie der Kommunist Schröder, die Gewerkschaften für die jetzigen Zustände verantwortlich machte und sie als die politischen Hilfstruppen des Young-Kabinetts Brüning bezeichnete. Es war lustig, zu beobachten, wie während der Rede eines Sozialdemokraten Nationalsozialisten und Kommunisten sich gegenseitig durch Zurufe unterstützen und dann im Wettbewerb in „richtiger“ d. h. rein agitatorischer Arbeiterpolitik sich überboten. Dem Herrn Stürtz passierte allerdings das Mißgeschick, daß der volksparteiliche Renommierarbeiter Winnefeld dem Reichstag erzählte, daß dieser Nationalsozialist

vor einigen Jahren ein wilder Kommunist

gewesen und im Auto mit roten Fahnen durch das Industriegebiet gerast sei. Stürtz gestand unter jubelndem Beifall der Nationalsozialisten seine Wandlung zu. Die Kommunisten waren recht kleinlaut, als sie so vor dem Reichstag festgestellt sahen, wie fließend die Grenzen zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus sind.

Die Anträge auf

Verbilligung von Frischfleisch

für die minderbemittelte Bevölkerung wurden an den handelspolitischen Ausschuß verwiesen. Kommunisten und Nationalsozialisten behaupten nun wie aus einem Mund, das sei eine von der Sozialdemokratie gewollte Verschleppung. Wahr ist dagegen, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die einen ausgearbeiteten Gesetzentwurf über die Einfuhr von Gefrierfleisch schon am 5. Dezember eingebracht hat. Es sollen zur Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit billigem Fleisch mit Rückwirkung vom 1. Dezember 1930 an jährlich 50 000 Tonnen Gefrierfleisch zollfrei zugelassen werden. Dieser Gesetzentwurf soll gemeinsam mit der Verbilligung von Frischfleisch im handelspolitischen Ausschuß schleunigst beraten werden, damit etwas Umfassendes für die Fleischversorgung der armen Bevölkerung herauskommt.

Am Donnerstag wird der Reichskanzler seine Rede halten.

Die Anklage der Ukrainer.

Gegen die polnische Gewaltpolitik.

Genf, 5. Febr. (EF). Der Nationalrat der ukrainischen Minderheit in Polen hat dem Völkerbund eine umfangreiche Beschwerdeschrift zugehen lassen, in der nicht weniger als 183 namentlich angeführte Fälle von neuen Gewalttaten der polnischen Behörden gegen wehrlose Ukrainer dargestellt werden. Der ukrainische Nationalrat hat dem Völkerbundsrat dringend um die sofortige Entsendung einer Untersuchungskommission des Völkerbundes gebeten.

Goebbels „Angriff“ verboten.

Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: Die nationalsozialistische Tageszeitung „Der Angriff“ ist vom 4. Februar an bis einschließlich 16. Februar aufgrund des Republik-Schutzgesetzes verboten worden, weil der am 3. Februar erschienene Artikel „Volkszorn über den Roten“ eine ausdrückliche Billigung einer im Metzbach bei Neuwied verübten politischen Gewalttat enthielt.

Alle Tage Sport! In der französischen Kammer wird der Unterstaatssekretär für Körperkultur, Mr. Morinaud, ein Gesetz einbringen, das ausnahmslos in allen öffentlichen Schulen täglich eine halbe Stunde Sport vorschreiben wird.

Kirdorf weist Bettler ab.

Er hat nicht mehr die nötigen Mittel.

Vor uns liegt eine Postkarte. Absender ist laut Gummistempelaufdruck der rheinische Schwerindustrielle

Emil Kirdorf, Streithof, Mülheim-Ruhr-Speldorf.

Anschrift: Verband nationaler Arbeitnehmer Deutschlands, „Der deutsche Arbeiter“, Ortsgruppe in **Mülheim-Ruhr.**

Herr Kirdorf teilt durch diese Postkarte dem sogenannten Verband nationaler Arbeitnehmer folgendes mit:

Antwortlich Ihrer Zuschrift vom 24. Dezember 1930 besitze ich auch nicht mehr die nötigen Mittel. **Hochachtungsvoll Kirdorf.**

Es liegt im Wesen all der sogenannten „nationalen“ Gründungen bis zur Nazipartei, daß sie bei den Unternehmern Gelder schnorren und je nach ihrer Bedeutung für die Unternehmer Gelder bekommen. Die „Nationalen“, die sich als Arbeiter- oder Arbeitnehmervereine maskieren, besorgen die Geschäfte der Unternehmer und betrachten es daher als selbstverständlich, daß ihnen die Unternehmer die nötigen Mittel dazu liefern.

Herr Kirdorf ist unter anderen Großindustriellen dafür bekannt, daß er den Nazis und dergleichen nationalen „Arbeiter“gruppen reichliche Mittel zur Verfügung stellte. Wenn er jetzt auf die Klage der Ortsgruppe Mühlheim-Ruhr, daß sie nicht mehr die nötigen Mittel besitze, unwirsch erklärt, auch er besitze nicht mehr die nötigen Mittel, so ergibt sich daraus einmal, daß seine Kasse recht stark in Anspruch genommen wurde, weiter aber, daß er der Tätigkeit der „nationalen Arbeitnehmer“ in Mülheim-Ruhr, die er näher kontrollieren kann, nicht mehr die Bedeutung beimißt, die sie sich hinsichtlich ihrer Geldbedürfnisse selber zuschreibt.

Der Fußtritt, den der „Verband nationaler Arbeitnehmer“ erhalten hat, zeigt, daß die Gelben nach wie vor um Unternehmergelder betteln, trotzdem sie es öffentlich ableugnen, um ihre Anerkennung als tariffähig zu fordern.

Das Unternehmertum konzentriert seine finanziellen Kräfte auf die Begünstigung der Nazis und hat für die kleineren „nationalen“ Gebilde nichts mehr übrig. Von der Arbeiterschaft mit der schärfsten Verachtung bestraft und vom Unternehmertum mit ihrer Bettelei abgewiesen, haben die gelben Sondergruppen ausgespielt. Die Zeit kommt, in der auch die „Nationalsozialistische Arbeiterpartei“ vom Unternehmertum eine Antwort bekommt, wie sie Herr Kirdorf dem „nationalen“ „Arbeitnehmerverband“ in Mülheim gegeben hat.

Das Grab Friedrich Eberts in Heidelberg prangte anläßlich seines 60. Geburtstages in Schmuck gelber und roter Tulpen. Außer der Reichsregierung ließen das badische Staatsministerium, die Stadt Heidelberg, der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei und zahlreiche andere Organisationen Kränze an dem Grab des ersten Reichspräsidenten niederlegen. Auch zahlreiche Privatpersonen weilten im stillen Gedenken an dem Grabe und legten Blumen nieder.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919310205-19/fragment/page=0002

Die Guano-Insel.

Schiedsspruch in einem langen Streit.

Paris, 4. Februar. (Eig. Funkm.) In einem jahrzehntelangen Streit zwischen Frankreich und Mexiko um den Besitz der kleinen Insel Clipperton im Golf von Mexiko hat am Dienstag der König von Italien als Schiedsrichter den Spruch gefällt, daß Frankreich allein die Souveranität zufalle. Die vollkommen unbewohnte Insel war in der Mitte des vorigen Jahrhunderts von Frankreich annektiert worden. Später erhob Amerika Anspruch, verzichtete aber wegen der Proteste der französischen Regierung. 1899 entsandte Mexiko einen Kreuzer, der die Insel militärisch besetzte. Zehn Jahre später einigten sich beide Parteien den Schiedsspruch des Königs von Italien anzurufen, der nun nach 21 Jahren zugunsten Frankreichs ausgefallen ist. Die Insel soll besonders an Guano und Phosphaten reich sein, aber auch einen hohen strategischen Wert besitzen. Man könnte auf ihr eine Fliegerstation zur Sperrung des Panamakanals einrichten. Vielleicht wird Frankreich die Insel gegen entsprechenden Schuldennachlaß an Amerika verkaufen.

Phantastischer Schuldenregelungsplan.

Deutsche Sachleistungen für Chinas Wiederaufbau.

Wie dem „New York Herald" aus Schanghai gemeldet wird, habe der in China weilende Professor der Columbia-Universität, Dr. Paul Monroe, der Nankinger Regierung einen Plan unterbreitet, der die wirtschaftliche Wiederstottmachung Chinas durch Anleihen und durch Materiallieferungen unter Einschaltung der Regelung der europäischen Kriegsschulden in dieses System zum Gegenstand hat. Professor Monroe habe seinen Plan vor seiner Abreise nach China dem amerikanischen Staatsdepartement unterbreitet und verhandele nunmehr mit den zuständigen chinesischen Ministerien. Monroe gehe davon aus, daß die Kriegsschulden niemals in der gegenwärtig festgelegten Form bezahlt werden können, und daß insbesondere Deutschland nicht in der Lage sei, England und Frankreich auch nur nach dem Young-Plan zu bezahlen. Die amerikanischen Gläubigeransprüche an Europa müßten in Anleihen zu Gunsten Chinas umgewandelt werden, wobei Deutschland China Sachlieferungen zur Verfügung stellen solle entsprechend den Beträgen, die es Frankreich und England schulde. Amerika würde die Bezahlung der chinesischen Schuldverschreibungen übernehmen, die durch neue in China zu errichtende Unternehmungen und durch alle sonstigen Sicherheiten garantiert werden würden. Amerika würde England und Frankreich die dadurch gewonnenen Vorschüsse gutschreiben und England und Frankreich würden sie entsprechend Deutschland gutschreiben. Dadurch würde Deutschland ein Auslandsmarkt erschlossen, wodurch auch die Wirtschaftskrise in Europa, insbesondere in Deutschland, gemildert werden würde. Monroe vertritt den Standpunkt, daß sein Plan zur Reorganisierung Chinas unter Einpassung der Kriegsschuldenregelung auch nicht verwickelter sei als der Young-Plan oder die Internationale Zahlungsbank.

Aus aller Welt

6 Jahre Gefängnis für Tausend?

Der Antrag des Staatsanwalts und seine Begründung.

München, 4. Februar. (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch unternahm der Verteidiger im Prozeß Tausend nach einen letzten Versuch, die äußerst belastenden Behauptungen des italienischen Zeugen Professor Sestini zu entkräften. Er behauptete, ein Telegramm eines italienischen Offiziers, der seine Zeugenschaft dafür anbot, daß die Auslagen Sestinis nicht exakt waren, erhalten zu haben. Sestini war der einzige Zeuge, der mit eigenen Augen den plumpen Taschenspielertrick Tausends während eines Experiments genau beobachtete. Das Gericht war aber der Meinung, daß über den Fall Tausend mehr als genug verhandelt worden ist und lehnte das neue Beweisangebot ab. Damit war die Beweisaufnahme abgeschlossen.

Das sich anschließende Plädoyer des Staatsanwalts hütete sich ängstlich, auch die politische Seite des Tausend-Schwindels zu berühren. Seine Anklage baute der Staatsanwalt auf die Sätze auf: Alles was Tausend versprochen und vorgeführt hat war Lug und Trug. Alle Sachverständigen seien sich darüber einig, daß das bei den Schmelzversuchen erzeugte Gold jedesmal bewußt zugesetzt worden sei. Zu Tausends Vorführungen im Münchener Hauptmünzamt hätten eine große Anzahl von Zauberkünstlern ihre Dienste zur Ueberwachung und Entlarvung Tausends angeboten mit der ausdrücklichen Begründung, daß Taschenspieler nur von Fachleuten einwandfrei beobachtet werden könnten: „Der Angeklagte Tausend hat seit 1924 nur von Betrug gelebt. Er ist dabei vielfacher Hausbesitzer und mehrfacher Schloßbesitzer geworden. Es sind ihm rund 660 000 ℳ zugeflossen und der Schaden, der den Gesellschaften im ganzen erwachsen ist, beträgt 1 370 000 ℳ. Der Angeklagte ist ein skrupelloser Betrüger. Er hat nicht nur in Deutschland sein Unwesen betrieben, sondern auch ausländische Behörden zu schädigen versucht. Es zeigt sich hier das Bild eines internationalen Hochstaplers von ziemlichem Format."

Der Staatsanwalt beantragte demgemäß gegen Tausend wegen fünf Vergehen des Betruges und eines Betrugsversuchs eine Gefängnisstrafe von sechs Jahren unter Anrechnung von 1½ Jahren der Untersuchungshaft, wegen der bewiesenen ehrlosen Gesinnung im Falle der Familie Meinhold, die um ihr ganzes Vermögen gebracht worden war, fünf Jahre Ehrenrechtsverlust.

Der Verteidiger des Angeklagten plädierte auf Freisprechung wegen des Goldmachens; eine Verurteilung wegen der Betrugsfälle müsse er dem Gericht überlassen. Das Urteil wird am Donnerstag gefällt.

Hinrichtung durch Giftgas. Das Parlament des amerikanischen Staates Colorado trägt sich mit der Erwägung, die bisherige Art der Vollstreckung von Todesurteilen durch den Strang oder den elektrischen Stuhl durch eine humanere Hinrichtungsart zu ersetzen. Der zum Tode Verurteilte soll in eine luftdichte Kammer geführt und dort durch ein giftiges Gas getötet werden.

Schrappnellexplosion auf einem Budapester Markt. Ein Probuttenhändler, der Lumpen, Zeitungen, altes Eisen usw. aufkauft, hatte auch ein Schrappnell erstanden. Auf dem Markt am Teleki-platz machte er sich daran, die kupfernen Führungsringe mit einem Hammer abzuschlagen. Obwohl die Umstehenden auf die Gefährlichkeit seiner Arbeit aufmerksam machten, setzte er diese fort. Plötzlich explodierte das Geschoß und zahlreiche Zuschauer wälzten sich in ihrem Blute auf dem Boden. Der Produktenhändler und zwei Personen wurden getötet. Außerdem wurden noch zehn Personen schwer, zum Teil lebensgefährlich, und 20 leicht verletzt.

In der Gletscherspalte erfroren. Bei einer Skitour, die der Münchener Student Allendorfer mit zwei Züricher Touristen auf das in der Schweiz gelegene Breithorn unternommen hatte, stürzte Allendorfer beim Abstieg in eine Gletscherspalte. Als eine Hilfsexpedition eintraf, war der Student bereits erfroren.

Wider die Sozialreaktion.

Sozialdemokratischer Vorstoß im preußischen Landtage.

Berlin, den 4. Februar. (Eig. Ber.)

Der Preußische Landtag stimmte am Mittwoch über die Anträge ab, die die einzelnen Fraktionen zu den Etats der Landwirtschafts-, Domänen- und Gestüteverwaltung eingebracht hatten. Dabei wurden

gegen Sozialdemokraten und Kommunisten

mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien alle Anträge angenommen, die Zollerhöhungen für die verschiedenen landwirtschaftlichen Produkte und handelspolitische Erschwerungen verlangen. Mit derselben bürgerlichen Mehrheit wurden gegen Sozialdemokraten und Kommunisten auch alle Anträge abgelehnt, die eine Besserstellung der Landarbeiter, resp. deren Gleichstellung in arbeitsrechtlicher Beziehung mit den Industriearbeitern forderten. Nach dem Willen dieser bürgerlichen Mehrheit soll es also bei der Kulturschande des Hofgängersystems bleiben.

Die hierauf fortgesetzte Debatte über den Etat der

Handels- und Gewerbeverwaltung

brachte ein ganzes Bündel Wünsche der einzelnen bürgerlichen Parteien. Aber keiner der bürgerlichen Redner versuchte sich ernsthaft mit der Rede des Abg. Osterroth (Soz.) vom Dienstag auseinanderzusetzen. Fast alle sahen die Ursachen der Wirtschaftskrise im Steuersystem, in der Wirtschaft der öffentlichen Hand und in der Ueberspannung der Sozialpolitik. Der Redner der Wirtschaftspartei wetterte ziemlich eine Stunde lang gegen die Konkurrenz der Warenhäuser und Konsumvereine und empfahl aufs wärmste die Arbeitsdienstpflicht.

Abg. Frau Hanna (Soz.)

setzte sich mit allen den kleinbürgerlichen Vorschlägen auseinander, die nach der Ansicht der Wirtschaftsparteiler und ihres Anhangs Allheilmittel sein sollen und die geflissentlich übersehen, daß die ganze Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft mit ihren Rationalisierungs- und Technisierungsmethoden die Hauptschuld an der jetzigen Krise trägt. Sie rückte deshalb wieder in den Vordergrund das große Problem der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Nichts offenbart wohl besser den

Widersinn des kapitalistischen Systems

als die Tatsache, daß auf der einen Seite Gebrauchsgegenstände im Ueberfluß produziert werden, während anderseits Millionen hungern und frieren müssen, also am Nötigsten Mangel leiden.

Die Erhöhung der Kaufkraft der Massen

allein kann die Wirtschaft ankurbeln. Aber dieses Ziel ist nicht zu erreichen durch Lohnabbau, wie es ein Teil des Unternehmertums bereits mit Erfolg versucht hat. Es ist ganz selbstverständlich, daß Lohnabbau die Kaufkraft weiter herabdrücken muß. Es ist ganz undenkbar, daß sich die Arbeiter diesen Zustand länger gefallen lassen. Zu den ernsthaften Maßnahmen, die ergriffen werden müssen, gehört z. B. die

Beseitigung der diktatorischen Preispolitik der Kartelle,

die in den wichtigsten Produkten einen wirksamen Preisabbau verhindert haben. Hier müssen auch die Regierungen des Reiches und der Länder endlich von den scheinbar sehr starken und gefährlichen Einflüssen der Kartelle und Trusts freimachen und die Sozialdemokratie wird das ihrige dazu tun, diese Forderung durchzusetzen.

Die Tatsache der Rationalisierung und Technisierung hat Millionen von Arbeitskräften überflüssig gemacht. Sie hat sich also nur zu Lasten der Arbeiterklasse ausgewirkt.

Die Opfer der Rationalisierung

sind unzählbar, aber sie werden vom Internationalen Arbeitsamt auf etwa die Hälfte aller Arbeitslosen geschätzt. Darüber hinaus aber hat sie durch Stoppuhr, laufendes Band, Aufsicht usw. die Produktivität des Einzelarbeiters unerhört gesteigert, in Nordamerika z. B. von 1910—1919 um 45 Prozent auf den Kopf des Arbeiters. Diese Feststellungen allein sollten der Allgemeinheit sowohl als auch den verantwortlichen Staatsmännern begreiflich machen, daß es nur ein Mittel gibt, bei diesen gesteigerten Produktionsmethoden ausgleichend zu wirken: die Herabsetzung der Arbeitszeit von 48 Stunden auf 40 Stunden in der Woche.

Selbstverständlich bedingt die größere Ergiebigkeit der Arbeit auch einen Lohnausgleich. Zur Wirtschaft gehört ja schließlich auch der Arbeiter, ohne den die kapitalistische Produktion unmöglich ist. Mit dieser Forderung verlangt die Sozialdemokratie keine Ausnahmerechte für den Arbeiter, sie will für ihn nur dasselbe, was in Notzeiten die Industrie an Subventionen und bei Katastrophen die Landwirtschaft an Unterstützungen bekommt.

Zum Schluß beschäftigte sich Frau Hanna noch mit der Forderung nach

Abbau der Doppelverdiener,

insbesondere mit der geforderten Entlassung erwerbstätiger, verheirateter Frauen. Berücksichtigt man, daß von 3,7 Millionen erwerbstätiger Frauen ungefähr 2,5 Millionen als Familienangehörige in der Landwirtschaft etc. arbeiten, daß schließlich nur eine halbe Million übrig bleibt, die theoretisch abzubauen wäre, so ergibt sich, daß eine solche Maßnahme nicht den gewünschten Erfolg haben kann. Es ist nun einmal nicht von der Hand zu weisen, daß von dieser halben Million der größte Teil durch die wirtschaftliche Not gezwungen ist, mitzuverdienen.

Also nicht der Kampf gegen die Gemeinwirtschaft, gegen Warenhäuser und Konsumvereine nach den Rezepten der bürgerlichen Parteien kann uns aus der Krise herausbringen, sondern Preisabbau und vor allem Herabsetzung der Arbeitszeit und Lohnausgleich. Dazu muß man freilich das Gemeinwohl über die Vorteile von Interessentenhaufen stellen.

Die Aussprache wird am Donnerstag 12 Uhr fortgesetzt.

Das verunglückte Filmflugzeug.

In Brixton, einer Vorstadt von London, mußte ein Flugzeug, das zu Filmaufnahmen, vom Londoner Straßenleben, aufgestiegen war, in einem Garten notlanden, wobei die Maschine zerstört und die beiden Insassen schwer verletzt wurden.

„Frenzel" in Köln.

Vor der großen Strafkammer in Köln wurde die Berufung eines 42jährigen Dachdeckermeisters verworfen, der im vorigen Jahr vom Schöffengericht wegen Blutschande an seiner 17jährigen Tochter zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Der Angeklagte, der früher mehrere städtische Ehrenämter bekleidet hat — u. a. war er Waisenpfleger — bestritt jede Schuld. In der Verhandlung betonte die Tochter jedoch, daß der Vater immer ein ungemein strenges Regiment geführt habe. Er habe oft nachts alle Familienmitglieder aus den Betten gejagt und sie im Hemd vor dem Kaiserbild Parademarsch üben lassen. Eine zweite, jüngere Tochter, belastete den Vater ebenfalls. Dagegen entlastete die jüngste Tochter den Angeklagten und sagte, alles sei erlogen. Das Gericht schenkte jedoch der ältesten Tochter Glauben, weil, wie es in der Urteilsbegründung heißt, eher anzunehmen sei, daß ein Vater mit seinen Kindern Blutschande treibe, als das ein Kind den Vater unnötig ins Zuchthaus zu bringen versuche.

Schwerer Sturm im Kanal.

London. Im Kanal und in der Biskaya-See herrschen schwere Stürme, so daß sich die Ankunft großer Dampfer in England teilweise bis zu 20 Stunden verzögert.

Dynamit-Auto explodiert. Im amerikanischen Mormonenstaat stieß in der Nähe von Salt Lake City ein Personenzug mit einem Lastauto zusammen. Es ereignete sich eine furchtbare Explosion. Lokomotive und Lastauto wurden zertrümmert, Lokomotivführer, Chauffeur und Begleitfahrer getötet. Zahlreiche Bewohner in der Nähe gelegener Häuser sind urch Glassplitter verletzt worden. Die Passagiere des Zuges kamen mit dem Schrecken davon.

Letzte Nachrichten

(Eigene Funk- und Drahtberichte)

Kommunistentheater in einer Berliner Bezirksversammlung.

Berlin, 5. Februar. (EF.) In der Bezirksversammlung Berlin-Friedrichshain kam es am Mittwoch abend zu stürmischen Zwischenfällen. Als ein Kommunist sich weigerte, den Anordnungen des Vorsitzenden Folge zu leisten und den Saal zu verlassen, wurde er mit polizeilicher Gewalt an die Luft befördert. Die Kommunisten beschimpften die Polizei bei ihrem Erscheinen. Die Bezirksversammlung beschloß schließlich, die gesamte kommunistische Fraktion aus der Sitzung auszuschließen. Als dem entsprochen war, nahmen die Verhandlungen in Ruhe ihren Fortgang.

Schulstreik gegen den Hauptlehrer.

Siegen, 5. Februar. (Eig. Drahtb.) In Weidenau bei Siegen sind am Mittwoch von 132 Schülern der katholischen Leo-Schule 60 auf Anordnung ihrer Eltern in den Schulstreik getreten. Der Streik wurde proklamiert, nachdem die Elternschaft vergeblich die Abberufung des Hauptlehrers gefordert hatte. An sich war die Versetzung des Lehrers vorgesehen; sie hat sich jedoch durch irgendwelche Umstände verzögert.

Kommunazi-Zeitungen verboten.

Hamburg, 5. Febr. (EF). Die kommunistische Volkszeitung und die kommunistische „Norddeutsche Zeitung" sind für die Dauer von vier Wochen verboten worden. Das Verbot erfolgte wegen einer erlogenen Darstellung der kürzlich in Geesthacht erfolgten blutigen Zusammenstöße.

München, 5. Febr. (EF) Die monatlich zweimal erscheinende Zeitung „Die Front", Kampfblatt des Gaues München-Oberbayern, der Nationalsozialisten, wurde von der Münchener Polizei auf sechs Wochen verboten. Anlaß zu dem Verbot gaben Ausführungen gegen das Republikschutzgesetz.

Ein Nazi-Mörder verhaftet.

München, 5. Februar. (EF.) In der Nähe von München wurde am Mittwoch der Berliner Nationalsozialist Kollatz verhaftet. Kollatz, der in der Silvesternacht an der Ermordung eines Reichsbannermannes in der Husfelandstraße in Berlin beteiligt gewesen ist, war seit der verbrecherischen Tat flüchtig. Er gestand auch zu, den Totschlag an dem Reichsbannermann Schneider begangen zu haben. Kollatz ist am 3. Januar aus Berlin geflohen und ist über Mecklenburg, Leipzig und München an die Grenze gekommen. Der Festgenommene wurde dem Richter gegenübergestellt, nachdem Haftbefehl gegen ihn erlassen worden war.

Alle spanischen Universitäten geschlossen.

Paris, 5. Febr. (EF). Durch Verordnung des spanischen Königs sind sämtliche Universitäten des Landes für einen Monat geschlossen worden. Begründet wird das Dekret damit, daß bis zur Wahl am 1. März jede öffentliche Störung der öffentlichen Ordnung vermieden werden müsse. Der Kultusminister erklärte, daß er evtl. Proteste der Professoren gegen das Dekret nicht annehmen werde.

Flugzeug abgestürzt. — 9 Tote.

London, 5. Febr. (Eig. Drahtb.) Im Hafen von Plymouth stürzte am Mittwochnachmittag ein militärisches Wasserflugzeug ab. Beim Aufschlag explodierte die Maschine. Von der 12 Mann starken Besatzung des Flugzeuges wurden zwei Offiziere und sieben Soldaten sofort getötet und vier schwer verwundet. Ein schwerverwundeter Offizier erlag im Krankenhaus seinen Verletzungen. Das abgestürzte Flugzeug zählte zum Iris-Typ.

Blutige Arbeitslosenunruhen in der Tschechoslowakei.

Prag, 4 Februar. (Eig. Drahtb.) Am Mittwoch nachmittag wurden auf dem Stadtplatz in Duz im Verlauf einer kommunistischen Erwerbslosendemonstration drei Arbeiter getötet und acht schwer verletzt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919310205-19/fragment/page=0003

Mittwoch morgen 3½ Uhr entschlief sanft nach kurzem, schwerem Krankenlager unsere einzige, inniggeliebte Tochter, Enkelin und Nichte

Irmgard Fransewitz

kurz vor Vollendung ihres 11. Geburtstages.

Halberstadt, den 4. Februar 1931.
Wilhelmstr. 29.

In tiefer Trauer:

Karl Fransewitz u. Frau
Frida, geb. Ostwaldt nebst Angehörige.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 7. Februar, nachmittags 1 Uhr, von der Friedhofskapelle aus, statt.

Gestern morgen 5 Uhr starb nach kurzem, schwerem Leiden mein herzensguter Mann, mein lieber Vater, Schwiegervater und unser guter Großvater, der

Färber

Wilhelm Schwannecke

im Alter von 68 Jahren.

Im Namen aller trauernden Hinterbliebenen:
Ww. Berta Schwannecke

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 7. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Friedhofskapelle aus, statt.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold"
Ortsgruppe Halberstadt

Gestern starb nach langer, schwerer Krankheit unser lieber Altkamerad

Wilhelm Schwannecke

Wir werden seiner stets in Ehren gedenken.
Der Vorstand.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, 16 Uhr, statt. Es ist Pflicht, unserem Kameraden ein zahlreiches Ehrengeleit zu geben.

Stadt-Theater

Donnerstag, den 5. Februar, 20 bis nach 23 Uhr:
„Das Hollandweibchen"
Operette von Kalman (0.80 bis 5.00)

Freitag, den 6. Februar, 20 bis nach 24 Uhr:
„Tristan und Isolde"
Oper von Richard Wagner (1.— bis 6.—)

Gültig für Dienstag-Opernabonnenten und Beamtenbund-Opernabonnenten, ungültig für Freitagdauermieter und Bühnenvolksbundmitglieder!

Die nächste Rate der Dienstag-Opernabonnenten ist fällig, zahlbar von 10—14 Uhr bis Freitag, den 6. Februar in der Vorverkaufskasse im Rathaus (Eingang Fischmarkt).

Für den Betrieb des auf dem Städt. Schlachthofe herzustellenden Kunsteises wird zum **1. April ds. Js. ein Unternehmer** gesucht, der Wagen und Pferde selbst zu stellen hat. Die Bedingungen können in der Schlachthofkasse eingesehen werden. Meldungen sind bis zum 1. März ds. Js. an uns einzureichen.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Minenwerferkompanie hält am Dienstag, den 10. 2. 31 auf dem großen Exerzierplatz ein Schießen mit leichten Rauchminen ab.

Das zu sperrende Gelände nach der Karte 1 : 100 000 ist.

Westgrenze: Die Straße Westerhausen-Harsleben von der Kreuzung mit dem Langensteiner Weg etwa 3 km nach Nordosten bis in Höhe Punkt 148 (750 m südlich Straßengabel Westerhausen-Harsleben Quedlinburg-Harsleben).

Südgrenze: Langensteiner Weg von Kreuzung mit Straße Westerhausen-Harsleben in südostw. Richtung bis zur Wegekreuzung 2100 m südostw. davon.

Ostgrenze: Von dieser Wegekreuzung in nordostw. Richtung auf die Wegegabel 250 m nordostw. Punkt 124 (500 m nordostw. Harsleber Berge).

Nordgrenze: Von der angegebenen Wegegabel in nordnordwestl. Richtung über Punkt 148 (750 m südl. Straßengabel Westerhausen-Harsleben Quedlinburg-Harsleben) bis auf die Straße Westerhausen-Harsleben.

Zeit: 11.00 bis 14.00 Uhr.

Absperrposten stellt die Minenwerferkompanie J. R. 12.

Halberstadt, den 4. Februar 1931.

Der Landrat. Die Polizeiverwaltung.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Halberstadt, Band 4, Blatt Nr. 157 eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück

am 14. April 1931, vormittags 9 Uhr

an der Gerichtsstelle, Richard Wagnerstraße Nr. 52, Zimmer Nr. 8 versteigert werden.

Nr. 1, Gemarkung Halberstadt, Kartenblatt Nr. 62, Parzelle Nr. 117, Grundsteuermutterrolle Art. 196, Gebäudesteuerrolle 819, Hausgrundstück, Harsleberstr. 4, Größe 6 a 50 qm, Gebäudesteuernutzungswert 2240 Mark.

Der Versteigerungsvermerk ist am 23. Dezember 1930 in das Grundbuch eingetragen.

Als Eigentümer war damals der Gastwirt **Alwin Friese aus Halberstadt** eingetragen.

Halberstadt, den 30. Januar 1931.

Das Amtsgericht.

Präpar. Biebjebertran
Vieh-Lebertran-Emulsion
Rats-Apotheke.

Hühneraugenpflaster
mit grünem Samt.
Hühneraugen-Collodium z. Aufpinseln
Rats-Apotheke.

Aktenmappe
aus dem Auto verloren. Sonnabend Mittag auf dem Fischmarkt. Inhalt hat nur für Verlierer Wert. Gegen gute Belohnung abzugeben in der Geschäftsst. dies. Zeitung.

Masken-Kostüme
zu verleihen.
Paulsstraße 7, Laden

Makulatur
zu haben im
Halberstädter Tageblatt

ELYSIUM

Am Sonntag, 8. Febr., abends 6.59 Uhr
Großes
Kostüm- u. Kappenfest

des Handschuhmacher-Ges.-Vereins „Arion"
mit vielen Ueberraschungen u. neuer festlicher Saaldekoration u. a.: Weinschänke auf einer Terrasse am Rhein
Rheinlandschaften mit wunderbaren Beleuchtungseffekten
Original Bayr. Bräustübl
2 erstklassige Kapellen / Stimmung / Humor
Heitere gesangliche Darbietungen der „Arion-Sänger"!

Der Zeit entsprechend kleine Preise für Speise u. Trank / Kostüm u. Anzug nach Belieben
Karten an der Kasse 1.— Mark — Karten an der Kasse 1.— Mark
Einladungen beim Vorstand, den Mitgliedern und im Elysium zu haben.

Anfang 6.59 Uhr abends — **Anfang 6.59 Uhr abends**

Deutscher Werkmeister-Verband
Bezirksverein Halberstadt.

Sonntag, 8. Febr. findet **keine** Versammlung statt, sondern am
Freitag, 13. Februar, abends 7½ Uhr
im Vereinslokal. — Geschäftsstellenleiter Günther-Magdeburg gibt **Bericht über die Tarifverhandlungen**
Alle Kollegen müssen erscheinen. Der Vorstand.

Wartburg!
Rodelbahn
in Betrieb
jedoch nur für meine Gäste

Damen und Herren
für leichte Werbe-Tätigkeit
außer dem Hause, bei guter Bezahlung, gesucht. Vorzustellen mit Ausweis am 6. Februar, um 1 Uhr, im Hotel „Thüringer Hof" bei Herrn Woge.

Runter mit den Preisen

Deutsches Schmalz	per Pfd.	**0.56**
Brot (3 Pfd. schwer)		**0.44**
Fetten Speck	per Pfd.	**0.80**
Bratwurst schnittfest	Pfd.	**1.05**

Erwerbslose erhalten Dienstag und Freitag auf alle Waren **5% BARRABATT**

Konserven-Thomas
Martiniplan 22 — Martiniplan 22

Freitag früh eintreffend:

Frischen **Kabeljau** o. K. . Pfd. **30** Pfg.
Frischen **Seelachs** o. K. . Pfd. **30** Pfg.
ff. grüne Heringe . . Pfd. **18** Pfg.
Fischfilet, ohne Gräten . . Pfd. **50** Pfg.

Marinaden, Räucherwaren
zu den billigsten Tages-Preisen

„Nordsee"
Breiteweg 40 — **Telefon 2509**

Hamburger Fischhalle
Martiniplan 23,
Telephon 2172
Lebende Karpfen
Aale und Schleie
Täglich
frische Seefische.
ff. Räucherwaren
ff. Matjes-Heringe

Rindfleisch
zum Kochen, Pfd. 0.80 Mk.
zum Braten, Pfd. 1.00 Mk.
Gulasch, . . Pfd. 1.00 Mk.
Rouladen, . Pfd. 1.20 Mk.
Leber . . 1.0 —1.20 Mk.
Prima Schafhammelfleisch Pfd. 0.60—0.90 Mk.
Pr. Mastziegenhammelfleisch Pfd. 0.40—0.60 Mk.
Pr. Landspeck, Pfd. 1.00 Mk.
Pr. Rippenspeck, Pfd. 1.20 Mk.
Bratwurst, Pfd. 1.00 Mk.
Schweinebauch, Pfd. 0.80 Mk.
Schweinskotelett, Pfd. 1 Mk.

26 Franziskanerstr. 26

Billig!
Täglich früh 9 Uhr ab:
Frische Seefische
Grüne Heringe
Bratfische, Stint
Fisch-Börse
Martiniplan 8.

Hurra, der billige Zander ist da!
Die Hausfrau macht sich keine Sorgen, wenn sie kann kaufen billig morgen. Zander hat wieder daran gedacht, er macht schon wieder einen Ausnahmetag
Verkaufe in der Markthalle
Freitag ab 8 Uhr
und Sonnabend ab 15 Uhr
Stände 35/36 und 37
Ia frischen Blumenkohl zum Ausjuchen, 2 u. 3 Köpfe 1 Mk.
Ia zuckersüße Apfelsinen 10 Stück 40, 50, 70, 90 Pf.
Ia Blutapfelsinen 10 Stück 80 Pf.
Ia Blaukreuz-Apfelsinen, 10 Stück 50 und 60 Pf.
Ia Tafeläpfel 3 Pfund 1 Mk.
Ia süße Mandarinen ½ Pfund 80 Pf.
Ia goldgelbe Zitronen 10 Stück 35 Pf.
Keiner versäume dieses günstige Angebot.

Junger, deutscher Jagd-Hund
(Kurzhaar), Halsband m. Namen, auf den Namen „Bliß" hörend, gestern morgen entlaufen! Abzugeb. in der Gastwirtschaft „Zum Küblingertor". **Karl Herbst.**

Fische blutfrisch und billig.
Verkauf: Dienstag u. Freitag Breiteweg 52 (Toreinfahrt
Fisch-Jürgens
Wesermünde - Fischereihafen.

Luftsport-Verein Halberstadt e. V.
Mitglied d. Deutschen Luftfahrt-Verbandes

Der Ozeanflieger
Hauptmann a. D. Dr. ing e. h.
Hermann Köhl
spricht am **Freitag, den 6. Februar, 20 Uhr,** im „großen Stadtparksaal" über seinen Flug nach Amerika.

Der Vortrag wird unterstützt durch Lichtbilder und umrahmt von Musikstücken der Schulkapelle des hiesigen Martineums.

Karten zum Preise von **1.00** RM. und **0.50** RM. sind im Vorverkauf bei C. Rummert, Fischmarkt, Städtisches Verkehrsamt, Holzmarkt, und Funk-Theis, Breiteweg, wie auch an der Abendkasse zu haben.

Nach dem Vortrag: Beisammensein im Hotel „Weißes Roß".

Achtung! Achtung!

Restaurant St. Burchardt
Freitag, 6. und Sonnabend, 7. Februar 1931
Gr. Schlachte- u. Bockbier-Fest
wozu freundlichst einladen Otto Krüger und Frau.
Ab 10 Uhr alles fertig.

Man verlange nur das
„Deutsche Frischei"
Dieser Stempel bürgt für Qualität!
Zu haben in allen einschlag. Geschäften
Eier- u. Geflügelverwertung Nordharz
Halberstadt .. Fernsprecher 2804

Achtung! Gr. Schweine- u. Rindfleischverkauf

Rindfleisch	Pfd.	0.80 Mk.
Schmorfleisch	Pfd.	1.00 Mk.
Rouladen	Pfd.	1.10 Mk.
Schweinefleisch	Pfd.	0.80 Mk.
Schinken	Pfd.	1.00 Mk.
Rind- und Schweinegehacktes	Pfd.	0.80 Mk.
ff. Schmorwurst	Pfd.	0.80 Mk.
Bratwurst	Pfd.	1.00 Mk
Schinkenwurst	Pfd.	0.80 Mk.
Würstchen	Pfd.	0.80 Mk.

Hoffmeister, Paulsstraße 5

Seefische
lebendfrisch u. billig.

Freitag und Sonnabend, früh 9 Uhr
Schellfisch, Seelachs
Kabeljau, Rotbarsch
Prima Filetfilet (weißfleischig)
Grüne Heringe (mitiet)
zu billigsten Tagespreisen
ff. Räucherwaren in prima Qualität.

Richters Fischzentrale
Hoheweg 4 — Eingang Dominikanerstraße

Gelegenheitskauf.
Modernes **Speisezimmer,** (echt Eiche) bestehend aus: Büfett (engl.), Vitrine, runder Ausziehtisch u. 4 Stühlen m. Gobelin
Trockenes Holz — Preis **425.—** Mk. — Gute Arbeit.
Freie Lieferung, auch nach außerhalb.
Adolf Michler, Tischlermstr.
Franziskanerstraße 40. — Franziskanerstraße 40.

KAMMER KL LICHTSPIELE

Heute Donnerstag letztmals:
Die vom Zirkus (Gaukler), Polizeipatrouille

Ab morgen Freitag bis nur einschl. Montag
Ein ganz großes Erfolgs-Programm bestehend aus 2 Schlagern!

Furchtbar sind die Menschenopfer, die alljährlich durch das Gespenst der geheimen Abtreibung niedergemäht werden. Führende Politiker, Aerzte usw. führen einen erbitterten Kampf für eine endliche Reform des § 218! Der Film „Cyankali" will sich als Kämpfer in ihre Reihen stellen.

„CYANKALI"

nach Dr. Friedrich Wolfs berühmtem gleichnamigen Bühnenstück. Regie: Hans Tinmer, mit Grete Mosheim, Nico Touroff, Louis Ralph, Margarethe Kupfer, Herma Ford, Paul Henckels, Hermann Vallentin, Josefine Dora usw.

Dr. Friedrich Wolf, der Autor des Bühnenstückes „Cyankali", ist selbst Arzt und hat Dutzende von ähnlichen Tragödien aus nächster Nähe miterlebt! Bitterster Ernst und bittere Wahrheit sprechen aus diesem Film!

Im weiteren Programm:

Ken Maynard
der zur Zeit beste und beliebteste Cowboy-Darsteller in:

„HÄNDE HOCH"

In die Zeit der ersten kalifornischen Goldfunde, der Emigrantenzüge und der Postkutsche, führt dieser Film, in dem der Kampf eines Einzelnen gegen eine Bande von Banditen, den Höhepunkt der Handlung bildet.

D. L.-S.-Wochenschau — Kulturschau

Sonntag nachmittag 2 Uhr zu der beliebten Jugend-Vorstellung: Der Wildwestfilm „Hände hoch" und 2 Lustspiele. Preise von 30 bis 70 Pfennig.

Synagogen-Gemeinde.
Freitag, den 6. Februar, abends 4¾ Uhr, Sonnabend, den 7. Februar, morgens 8 Uhr, Sabbathausgang 6.04 Uhr. Jiscroth Jeschurun: Sonntag abend: Kein Vortrag. Wochentags: Morgens 6½ Uhr, abends 4½ Uhr.

Schlachthof-Freibank Freitag von 9 bis 11 Uhr
Fleischverkauf.

Quedlinburg.

Der ehemalige Oberwachtmeister der Schutzpolizei, **Bruno Krüger,** ist als Hilfsfeldwächter für die Dauer der Dienstunfähigkeit des Pol.-Hauptwachtmeisters Brache vom Herrn Regierungspräsidenten bestätigt worden.

Quedlinburg, den 3. Februar 1931.
Der Magistrat.

Im städtischen Kindergarten, **Neustädterkirchhof 14,** können noch **einige Kinder** aufgenommen werden.

Anmeldungen sind umgehend im Rathaus, Zimmer Nr. 18, anzubringen.

Quedlinburg, den 23. Januar 1931.
Der Magistrat.

Osterwieck.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Am Sonnabend, den 7. Februar, 20 Uhr, im großen Saale des „Ratsgarten"
Vorführung des Großfilms
„Aufstieg"
Gute Musik! — Klare Bilder!
Niemand sollte versäumen, sich dieses gewaltige Filmwerk anzusehen.
Eintritt **30** Pfg. — Erwerbslose **20** Pfg.

Wernigerode

Kurtheater
Dienstag, 10. Februar, 8¼ Uhr:
(10. Pflichtvorstellung des Theaterbundes)
„Der Zarewitsch"
Lehar-Operette! — Großes Orchester!
0.75 1.00 1.50 2.00 2.50 Mk.

INVENTUR-AUSVERKAUF
Um zu räumen biete unter Preis an
Weiß- und Wollwaren
zu bedeutend herabgesetzten Preisen
gebe außerdem noch **10 Proz. Rabatt**
A. Albrecht, Hindersinstr. 24

Gasthaus Clausen
Schierke, Nähe der Bobbahn
Tagesrestaurant u. Kaffee
Gute preiswerte Speisen und Getränke.

Linkrusta — Läufer — Stragula
Inventur-Ausverkauf
6000 Rollen Tapeten
zu staunend billigen Preisen
Schöne Tapeten-Reste Rolle von **20** Pfg. an
Plachta & Sohn
Nöschenrode, Kaiserstr. 27 — Tapetengeschäft, Fernruf 45 — Hasserode, Längenfeldstr. 40 b

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919310205-19/fragment/page=0004

1. Beilage zur Harzer Volksstimme

Nr. 30 — Donnerstag, den 5. Februar 1931 — 6. Jahrgang

WERNIGERODE

Krankenscheingebühr und Familienkrankenpflege.

In einem außerordentlich wichtigen Artikel nimmt in einer der letzten Nummern der „Aerztlichen Mitteilungen" Rechtsanwalt Clemens Bewer Stellung zu einem Rundschreiben des Reichsarbeitsministers in der Frage „Krankenscheingebühr und Familienkrankenpflege". § 205 der Reichsversicherungsordnung enthält bekanntlich die Bestimmung, daß der Versicherte für seinen Ehegatten und die unterhaltsberechtigten Kinder ärztliche Behandlung erhält, d. h. also, daß der Versicherte für seine Familienangehörigen die Krankenpflege in Anspruch nimmt, nicht anders als wenn er sie für sich selbst in Anspruch nehmen würde. In der Notverordnung vom Juli 1930 wurde bestimmt, daß jeder Versicherte für Krankenhilfe einen Krankenschein zu lösen habe, für den eine Gebühr in Höhe von 50 Pfennig zu entrichten sei. Diese Bestimmung galt selbstverständlich auch für die Familienkrankenhilfe. In der 2. Notverordnung vom 1. Dezember 1930 wurden nun gewisse Erleichterungen geschaffen. Arbeitslose, Rentenempfänger, Tuberkulöse und Geschlechtskranke, für die gewisse Voraussetzungen vorlagen, sollten von der Entrichtungen der allgemein eingeführten Krankenscheingebühr befreit werden, diese Gruppen der Versicherten wurden also ohne Einschränkung für jeden Fall der Inanspruchnahme von Krankenpflege von der Entrichtung der Krankenscheingebühr ausgenommen. Es konnte keinem Zweifel unterliegen, daß diese Bestimmung auch Geltung haben mußte, wenn diese Versicherten Familienkrankenpflege benötigten, denn die Familienkrankenpflege nimmt ja nicht der Ehegatte eines Versicherten oder ein unterhaltsberechtigtes Kind in Anspruch, sondern nur der Versicherte selbst.

Das Rundschreiben des Reichsarbeitsministers nimmt in dieser Frage einen gänzlich anderen, sehr bedenklichen Standpunkt ein. Danach soll der Versicherte selbst, soweit er in die Gruppe der Arbeitslosen, Rentenempfänger, Tuberkulösen und Geschlechtskranken gehört, zwar für sich von der Krankenscheingebühr befreit sein, nicht aber seine Familienangehörigen, weil in den neuen Vorschriften der Familienkrankenhilfe die Angehörigen nicht ausdrücklich in gleicher Weise ausgenommen seien. Diese Einstellung des Reichsarbeitsministers ist überhaupt nur verständlich, wenn von der Voraussetzung ausgegangen wird, daß der Versicherte Krankenpflege nur dann in Anspruch nimmt, wenn er sie für sich selbst beansprucht, nicht aber, wenn es sich um die Behandlung seiner Familienangehörigen handelt, d. h. daß jeden Anspruch auf Krankenpflege nur die Person stellen kann, die selbst behandelt werden will, also die Ehefrau oder die Kinder. Der Reichsarbeitsminister nimmt also an, daß jedes minderjährige, unterhaltsberechtigte Kind von sich aus Anspruch auf Krankenpflege stellen könnte. Das ist aber an sich schon unmöglich und wird auch sachlich durch die Bestimmung des § 205 der RVO. widerlegt.

Wenn es vom Reichsarbeitsministerium bezweckt war, daß die Befreiung von der Krankenscheingebühr nur auf die oben genannten Gruppen beschränkt bleiben und für die Familienkrankenpflege keine Gültigkeit haben sollte, so hätte die erweiterte gesetzliche Bestimmung leicht im Rahmen des Befreiungsparagraphen formuliert werden können und eine solche Regelung wäre den Wünschen des Reichsarbeitsministers entsprechend durchaus möglich gewesen, jedoch ist sie tatsächlich nicht getroffen worden.

Bevor das überraschende Rundschreiben des Reichsarbeitsministers bekannt wurde, hatte wohl kein Unvoreingenommener eine andere Ueberzeugung, als daß sich die Befreiung von der Krankenscheingebühr sinngemäß auch auf die Familienkrankenpflege erstrecken müßte. Der Senatspräsident am Reichsversicherungsamt Dr. Karl Lippmann hat die sozial-rechtlichen Vorschriften der Notverordnung in der „Juristischen Wochenschrift" vom 27. Dezember 1930 besprochen. Er führt aus, daß von der Zahlung der Arzneikostenbeiträge die bekannten Gruppen grundsätzlich befreit sind und daß dieselben Personengruppen durch den neu eingeführten § 187c auch von der Krankenscheingebühr befreit wären. „Sie haben also grundsätzlich weder die eine noch die andere Gebühr zu bezahlen." Auch Dr. Karl Lippmann steht also auf dem Standpunkt, daß die Person des Versicherten von der Entrichtung der Krankenscheingebühr generell befreit ist und erwähnt nichts davon, daß die Befreiung für die Familienkrankenpflege nicht gelten soll. Keine seiner Ausführungen geht dahin, daß die Befreiungsvorschrift nur für die Versicherten selbst gelten solle.

Wie Rechtsanwalt Bewer mit Recht erwähnt, ist die Auffassung des Reichsarbeitsministers, die er jetzt durchzusetzen versucht, von außerordentlicher Tragweite für die Krankenversicherung überhaupt. Der Grundsatz durch die 1. Notverordnung, die Familienhilfe als Pflichtleistung einzuführen, ist plötzlich wieder aufgehoben und ein wichtiger fortschrittlicher Gedanke, der nur im Interesse der Volksgesundheit liegt, wieder in den Hintergrund gerückt. Sehr wesentliche bevölkerungspolitische und sozialhygienische Bedenken sprechen gegen die Maßnahmen des Reichsarbeitsministeriums. Die Beunruhigung unter den Versichterten ist außerordentlich groß.

— **Kasperletheater der SAJ.** Am kommenden Sonntag findet wieder die schon bei allen Arbeiter-Kindern so beliebte Kasperle-Theater-Vorstellung statt. Es wird gespielt „Kasperle im Raketen-Auto", und „Die Prinzessin ist futsch". Beginn 3 Uhr im „Monopol" (Gartensaal). Der Eintritt beträgt trotz der hohen Unkosten nur 15 Pfennig.

— **Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden** veranstaltet vom 10. bis 13. Februar im Gewerkschaftshaus einen Lehrkursus für seine Verbandsfunktionäre, damit besser als bisher die rechtlichen Ansprüche der Verbandsmitglieder vertreten werden können. Zu diesem Zweck läuft am 10. Februar in den Schloßlichtspielen ein besonderer Film.

— **Der hiesige Sti-Klub** wird am nächsten Sonntag-Nachmittag auf der Sprungschanze im Salzbergtal den Sprunglauf um den Pokal der Stadt Wernigerode abhalten. Bei dem Uebungsspringen am vergangenen Sonntag wurden ansehnliche Leistungen (30 und 35 Meter) erzielt.

— **Aus der Bücherei der Christusgemeinde** werden unentgeltlich Bücher an Arbeiter und Arbeitslose ausgeliehen und zwar Mittwochs von 16,30 Uhr bis 17 Uhr in der Elisabethschule, Insel 6a, zum ersten Mal am Mittwoch, den 4. Februar.

Der neue billige Portotarif.

Nach der neuen vom Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost genehmigten Ermäßigung der deutschen Postgebühren gelten ab 1. März für die Versendung von telegrafischen Postanweisungen folgende Sätze:

Anweisungen	bis	25 RM	kosten	2,50 RM
von 25 RM	„	100	„	„	3,—	„
„ 100	„	250	„	„	3,50	„
„ 250	„	500	„	„	4,—	„
„ 500	„	750	„	„	4,50	„
„ 750	„	1000	„	„	5,—	„
jede weiteren		250	„	„	1,—	„

Auch der neue Postpaket-Tarif sieht eine ganze Reihe von Verbilligungen vor. Die alte Zonen-Einteilung ist geblieben, dagegen sind die Gebühren für die einzelnen Gewichtsstufen herabgesetzt worden. Es kosten nach der neuen Gebühren-Ordnung:

	1. Zone bis 75 km RM	2. Zone bis 150 km RM	3. Zone bis 375 km RM	4. Zone bis 750 km RM	5. Zone über 750 km RM
bis 5 kg	0,50	0,60	0,80	0,80	0,80
5 kg „ 6 „	0,60	0,80	1,10	1,15	1,90
6 „ „ 7 „	0,70	1,00	1,40	1,50	1,60
7 „ „ 8 „	0,80	1,20	1,70	1,85	2,00
8 „ „ 9 „	0,90	1,40	2,00	2,20	2,40
9 „ „ 10 „	1,00	1,60	2,30	2,55	2,80
10 „ „ 11 „	1,10	1,75	2,50	2,80	3,10
11 „ „ 12 „	1,20	1,90	2,70	3,05	3,40
12 „ „ 13 „	1,30	2,05	2,90	3,30	3,70
13 „ „ 14 „	1,40	2,20	3,10	3,55	4,00
14 „ „ 15 „	1,50	5,35	3,30	3,80	4,30
15 „ „ 16 „	1,60	2,50	3,50	4,05	4,60
16 „ „ 17 „	1,70	2,65	3,70	4,30	4,90
17 „ „ 18 „	1,80	2,80	3,90	4,55	5,20
18 „ „ 19 „	1,90	2,95	4,10	4,80	5,50
19 „ „ 20 „	2,00	3,10	4,30	5,05	5,80

Außerdem ist für den neuen Gebührensatz von 4 Rpf. für Drucksachen eine 4-Rpf.-Freimarke in Vorbereitung.

— **Austritt aus der Nationalsozialistischen „Arbeiter"partei.** Tiefgehende Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Stadtverordneten Major a. D. Meinardus und der Parteileitung haben diesen veranlaßt, nicht nur sein Stadtverordnetenmandat niederzulegen, sondern auch seinen Austritt aus der NSDAP. zu erklären. Wie aus der der heutig. Stadtverordnetenversammlung zugeleiteten Vorlage über die Mandatsniederlegung hervorgeht, stellt Meinardus anheim, die NSDAP. zur Wahl eines Nachfolgers aufzufordern.

— **Streichung aller Nebeneinnahmen.** Der von der Sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion gestellte Antrag an die Stadtverordnetenversammlung, alle Nebeneinnahmen der städtischen Beamten und Angestellten zu streichen, hat bei einem Teil der Beamten große Erregung hervorgerufen. In der Zeit der außerordentlichen Notstände, in der Hunderte von Erwerbslosen nicht wissen, wovon sie und ihre Familien leben sollen, war es Pflicht der Fraktion diesen Antrag zu stellen. Da das fehlende soziale Verständnis für die allgemeine Notlage sich in der Erregung äußert und niemand bisher freiwillig auf seine Nebeneinnahmen verzichtet hat, müssen wir als Sozialdemokraten, als Vertreter der am meisten notleidenden Schichten, darauf drängen, daß nicht neben dem Bezug eines festen Gehalts auch noch Nebeneinnahmen eingestrichen werden.

— **Keine Verwertung für das Maulsche Fabrikgebäude.** Die seinerzeit von der Firma Schokoladen-Maul geführten Verkaufsverhandlungen des Fabrikgeländes an eine Braunschweiger Gruppe sind als gescheitert zu betrachten. Außerhalb Wernigerodes liegende Einflüsse sollen den Kauf vereitelt haben.

— **Die Lehar-Overette: „Der Zarewitsch".** Am kommenden Dienstag, den 10. Februar, gelangt Lehars „Zarewitsch", der einen Welterfolg errungen hat, zur Aufführung. In der Behandlung des Orchesters zeigt Lehar sich als Meister. U. a. schrieb die Presse: „Der Zarewitsch" ist bestimmt und mit Recht Lehars größter Erfolg der letzten Zeit. Die Aufführung wird mit großer Orchesterbesetzung stattfinden. Der Vorverkauf beginnt heute. Da eine rege Nachfrage einsetzen dürfte, sei empfohlen, sich rechtzeitig Karten in den Vorverkaufsstellen: Zigarrengeschäft Ramme und Papierhandlung Schaffhäuser zu sichern.

— **Die Hirschgeweihe im städtischen Kurhause** sollen bei der von den Nationalisten hervorgerufenen Schlägereien während der Versammlung im Kurhaus von dem Büfettier Hugo Ingelmann abgehängt worden sein. Dieser teilte mit, daß an diesem Tage der Kellner Walter Engler vertretungsweise Gaststube und Kaffee zu bedienen gehabt habe. Der Büfettier des Kurhauses Ingelmann will an dem Zusammenstoß völlig unbeteiligt gewesen sein.

* **Verwendung aller Arzneien.** Es gibt wohl kaum einen Haushalt, in dem sich nicht im Laufe der Zeit eine Hausapotheke angesammelt hat. Besonders in kinderreichen Familien, wo häufig Pflaster, Salben, Kräuter gebraucht werden, werden vielfach Reste von Arzneien aufbewahrt um sie später wieder zu verwenden. Soweit es sich um aus Apotheken bezogene Hausmittel wie Heilkräuter oder Salben — Borsalbe, Vaselin u. a. — handelt, wird bei zweckmäßiger Aufbewahrung in der Regel eine spätere Weiterverwendung ohne Bedenken sein. Man sei aber stets vorsichtig und gebrauche insbesondere alte Heilkräuter nicht wieder ohne den Apotheker um Rat gefragt zu haben ob die Kräuter noch gut sind. Besondere Vorsicht ist aber bei vom Arzt verordneten Arzneien geboten. Auch hier hat sich besonders bei Arzneitabletten die Gewohnheit eingebürgert, sie im Familien- oder Bekanntenkreis weiterzugeben. Hierdurch ist schon viel Schaden angerichtet. Auch harmlose Arzneien können, alt geworden, zerfetzt sein und dann sehr schaden. Der Laie sieht einer Arznei, sei sie flüssig oder in Tablettenform, nicht an, ob sie verdorben ist. Man vermeide daher insbesondere ärztlich verordnete Arzneien, die längere Zeit aufbewahrt wurden, wieder zu verwenden, ohne sie vorher dem sachkundigen Apotheker gezeigt, oder den Arzt konsultiert zu haben.

* **Mißbrauch der Arbeitslosenversicherung.** Bei der Prüfung der Voraussetzungen für den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung werden von den Dienststellen der Reichsanstalt, wie die Deutsche Beamtenbund-Korrespondenz erfährt, oft Arbeitsverhältnisse festgestellt, die hauptsächlich deshalb eingegangen waren, damit der Arbeitnehmer den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erwerben konnte. Meist handelt es sich dabei um kurzdauernde Beschäftigungsverhältnisse, durch die gerade die für den Erwerb einer Anwartschaft auf die Unterstützung fehlende Zeitspanne ausgefüllt wird. Dadurch sollen die Voraussetzungen für den Bezug der Arbeitslosenunterstützung künstlich geschaffen werden. Hierin liegt ein schwerer Mißbrauch der Arbeitslosenversicherung, dem der § 217 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung entgegentreten will. Danach hat derjenige, der einem anderen eine Versicherungspflichtige Beschäftigung hauptsächlich deswegen gibt, damit der Beschäftigte dadurch den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erwirbt, der Reichsanstalt alle Aufwendungen zu ersetzen, die ihr an Versicherungsleistungen erwachsen. Die Bekämpfung des geschilderten Mißbrauchs stößt namentlich dann auf Schwierigkeiten, wenn die Arbeitsverhältnisse schon längere Zeit zurückliegen. Mancher Mißbrauch oder Mißbrauchsversuch dürfte dagegen unterbleiben, wenn die Krankenkassen gleich bei der Anmeldung zweifelhafter Beschäftigungsverhältnisse auf deren Klärung dringen und zugleich den Arbeitgeber auf die Rechtsfolgen des § 217 des Gesetzes über Arbeitslosenversicherung ausdrücklich aufmerksam machen. Der Reichsarbeitsminister hat die obersten Sozialbehörden der Länder, das Preußische Wohlfahrtsministerium und das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung in diesem Sinne verständigt. —

* **Grenzen polizeilicher Befugnisse.** Der Verkäufer eines Kraftwagens K. war zu dem Käufer des Wagens B. in Begleitung eines Polizeibeamten gegangen, weil B. mit der Zahlung im Rückstand geblieben war und K. fürchtete, von B. tätlich angegriffen zu werden. K. hatte von der Polizeiverwaltung zu seinem Schutz einen Polizeibeamten als Begleiter auf dem Gange zu B. erbeten und erhalten. Dem Polizeibeamten war nach Mitteilung der Deutschen Beamtenbund-Korrespondenz der Auftrag erteilt worden, nur K. Schutz zu gewähren, sich aber in die geschäftlichen Angelegenheiten der beiden Personen nicht einzumischen. Nachdem der Kraftwagen herausgegeben worden war, versuchte B. den Staat haftbar zu machen, weil er den Kraftwagen lediglich deshalb herausgegeben habe weil K. in Begleitung eines Polizeibeamten erschienen sei. Die Polizeibehörde habe rechtsmidrig gehandelt, als sie K. einen Polizeibeamten zur Verfügung gestellt habe. Deshalb müsse der Staat den Ausfall an Verdienst ersetzen. Mit dem Oberlandesgericht in Hamm hat das Reichsgericht in einem Urteil vom 28. März 1930 die Haftpflicht des Staates verneint. Das Reichsgericht führte aus, von der Polizeibehörde sei nicht pflichtwidrig gehandelt worden. Die Polizeibehörde habe nach § 10 II 17 des Allgemeinen Landrechts Gefahren von den Staatsbürgern abzuwenden, die diesen drohen. Im vorliegenden Falle sei dies geschehen. Der Vorgesetzte des Polizeibeamten habe K. einen Polizeibeamten zum Schutz mitgegeben und ihm befohlen, K. zu schützen, sich aber nicht in die geschäftlichen Angelegenheiten einzumischen. Diesem Befehl sei der Polizeibeamte nachgekommen und habe seine Befugnisse demnach nicht überschritten. Der Vorgesetzte habe den ihm untergebenen Polizeibeamten richtig und zutreffend unterwiesen. Der Polizeibeamte habe korrekt gehandelt, mithin sei eine Haftung des Staates ausgeschlossen.

Aus Halberstadt

* **Elternabend der Kinderfreunde.** Wie schon mitgeteilt findet am Freitag, den 6. Februar, ein Elternabend der Kinderfreunde bei Otto Bollmann, Bakenstraße, statt. Als Vortragender ist Gen. Seibert-Magdeburg gewonnen worden, der über die Kinderbewegung sprechen und seine Ausführungen mit zahlreichen Lichtbildern illustrieren wird. Zu diesem Vortragsabend sind alle Arbeiteretern eingeladen. Kinder sind nicht mitzubringen. Die Veranstaltung beginnt pünktlich um 20 Uhr.

* **Köhl in Halberstadt.** Am Freitag von 15,30 bis 16,30 Uhr veranstaltet die Reichswehrkapelle auf dem Holzmarkt ein Konzert mit folgendem Programm: 1. Armeemarsch Nr. 7, 2. Armeemarsch Nr. 161, 3. Parade der langen Kerle von Roland, 4. Die Wachtparade kommt, Charakterstück von Eilenberg, 5. Kurbrandenburger Marsch, von Ziegler, 6. Flieger-Marsch von Tostal. — Um diese Zeit wird Köhl vom Magistrat empfangen.

* **Verhaftet.** Gestern verhaftete die Halberstädter Polizei einen von auswärts stammenden Mann, der bei einem Bruder Unterschlupf suchte. Es handelt sich um einen Mann, der wegen Meineids und Betrugs gesucht wurde. Er wurde dem Gerichtsgefängnis zugeführt.

* **Der 46. Landtag der Provinz Sachsen** wird sich außer mit den Haushaltsplänen des Provinzialverbandes noch mit einigen Sondervorlagen zu beschäftigen haben. So wird ihm eine Vorlage über die Bewilligung von Baukosten für eine bei Tangermünde zu bauende Brücke und die Uebernahme der Trägerschaft des Unternehmens, ferner eine Vorlage über die Beteiligung des Provinzialverbandes an der Mitteldeutschen Hafen A.-G. in Halle vom Provinzialausschuß unterbreitet werden. Weitere Beratungsgegenstände werden sein: Bewilligung von Kreditmitteln zur Arbeitsbeschaffung durch Förderung der Folgeeinrichtungen bei Umlegungen, eine neue Haushaltsordnung, eine Verwaltungsordnung für das Landesheil- und Pflegeheim in Weißenfels u. a. m. Dem Staatsministerium ist als Termin für die Einberufung des Provinziallandtages der 17. März vorgeschlagen worden, eine Entscheidung ist aber bisher noch nicht erfolgt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919310205-19/fragment/page=0005

Das Wunder von Frankfurt a. M.

Der ausgeglichene Stadtetat.

Wolffs Telegraphen-Bureau verbreitet eine Meldung aus Frankfurt a. M., die auch von der „Halberstädter Zeitung" abgedruckt wird und in der zu lesen ist, daß die Stadt der „fünf Frankfurter" die erste in Deutschland ist, die einen ausgeglichenen Stadtetat vorlegen kann, trotzdem auf der Ausgabenseite Erhöhungen von nicht weniger als 30 Millionen Mark zu Buche stehen. Durch radikale Streichungen der Ausgaben sei es gelungen, den Etat ins Gleichgewicht zu bringen. Neue Steuern seien nicht notwendig. Lediglich ein 50prozentiger Zuschlag zur Bürgersteuer habe genügt, um den Etat ins Gleichgewicht zu bringen.

Bei den bevorstehenden Etatberatungen der Gemeinden wird das „Wunder" von Frankfurt sicher noch eine Rolle spielen und von dem steuerscheuenden Bürgertum als nachahmungswürdiges Muster vorgeführt werden. Deshalb ist es notwendig, auf die irreführende Fassung der oben erwähnten Meldung hinzuweisen. Wer die elementare Kunst Adam Riesens beherrscht, wird zunächst schon selber festgestellt haben, daß man Mehrausgaben von 30 Millionen nicht mit Einsparungen von 10 Millionen ausgleichen kann. Diesen Anschein erweckt nämlich die oben erwähnte Notiz. In Wirklichkeit handelt es sich aber nicht um Mehrausgaben, sondern um Mindereinnahmen, die etwa 30 Millionen betragen. Bei durchschnittlich 20 000 Wohlfahrtserwerbslosen (neben den sonstigen Tausenden von Unterstützungsempfängern) beträgt die Ausgabe allerdings 29,5 Millionen Mark. Wie der Finanzbedarf gedeckt wurde, darüber schreibt der Frankfurter Stadtkämmerer Bruno Asch in der „Frankfurter Zeitung":

„Zur Deckung des Finanzbedarfes von 32 Millionen Mark stehen zunächst die Einnahmen aus den bisher beschlossenen Notverordnungssteuern etc. (Getränkesteuer, erhöhte Biersteuer) und aus der Erhöhung der Realsteuern (550 Proz. Gewerbeertragsteuer, 265 Prozent Grundvermögensteuer) mit rund 10 Millionen zur Verfügung. Weitere zusammen rund 4 Millionen bringt die gesetzlich vorgeschriebene Einführung der Bürgersteuer (1,9 Mill.) und die Verdoppelung der Biersteuer (2 Mill.). Fünf Millionen Mark, die im Haushaltsplan 1930 zur Tilgung des Fehlbetrages 1929 vorgesehen waren, fallen in diesem Jahre weg, so daß insgesamt 19 Millionen Mark auf die oben bezeichnete Weise gedeckt werden. 11 Millionen Mark konnten eingespart werden, es ist gelungen, den Etat um diesen erheblichen Betrag zu entlasten obwohl bereits im Haushaltsplan 1930 in wochenlangen Beratungen so tiefeinschneidende Einschränkungsmaßnahmen durchgeführt wurden, daß weitere Bedarfsminderungen unvertretbar erschienen. Der verbleibende Fehlbetrag wird durch einen Zuschlag zur Bürgersteuer von 100 Proz. gedeckt."

Diese Aufrechnung des verantwortlichen Finanzdezernenten besagt schon etwas ganz anderes als die kurze WTB.-Notiz, die glauben machen will, daß lediglich durch Drosselung der Ausgaben der Etat in Ordnung gebracht werden konnte. Schwermiegender sind schon die erheblichen Opfer, die auf Grund der Notverordnungssteuern lediglich von der breiten Masse der Bevölkerung aufgebracht werden müssen.

Im übrigen würde man sich einem großen Irrtum hingeben, wenn man das Frankfurter Experiment auf andere Städte für anwendbar halten würde. Die Stadt Rothschilds, der reichen chemischen und sonstigen Industrie, hat sich bisher schon manches leisten können, was den meisten anderen Städten, die jetzt unter Kuratel der Staatskommissare gestellt wurden, schon längst versagt blieb.

Man soll uns in Halberstadt, wo alle Fünfmarkbeträge, die irgendwie entbehrlich erschienen, schon längst aus dem Etat verschwunden sind, mal sagen, wo mit Nutzen noch gestrichen werden könnte. Es sei denn, man entzöge sich der gesetzlichen Verpflichtungen gegenüber den Notleidenden und nähme dafür das Risiko der Volksverzweiflung mit allen ihren Folgen in Kauf.

Krankheiten des Auges.

Im Vergleich des menschlichen Auges mit dem photographischen Apparat entsprechen Hornhaut, Pupille und Linse dem photographischen Objektiv, der Glaskörper dem Luftraume im Inneren der Kamera und der hintere Augapfelabschnitt der photographischen Platte, bzw. dem Film. Dabei spielt die Netzhaut die Rolle der eigentlich lichtempfindlichen Gelatineschicht, die der tragenden Glasplatte aufgelegt ist. Diese Netzhaut ist ein dünnes, weiches, lichtempfindliches Organ, dessen Fasern sich im Sehnerv sammeln und die Lichtreize zum Wahrnehmungszentrum des Gehirns weiterleiten.

Ebensowenig wie eine photographische Aufnahme zustande kommt oder auch nachträglich verdorben wird, wenn die lichtempfindliche Schicht sich von der Unterlage abhebt, so kann der Sehapparat nicht funktionieren, wenn die Netzhaut sich von der darunter liegenden Aderhaut löst, auf der sie normalerweise fest verbunden ist. Allerdings ist diese Verbindung nur am vorderen Rande wirklich fest, sonst ist die Netzhaut nur durch den Druck des Glaskörpers angepreßt. Ohne diesen Glaskörperdruck würde sich die Netzhaut ohne weiteres von ihrer Unterlage abheben, womit selbstverständlich die optische Bildaufnahme unmöglich gemacht wird.

Das kann tatsächlich im lebenden Auge unter krankhaften Verhältnissen eintreten. Die Ursachen für eine solche Netzhautablösung können recht verschieden sein, und somit auch der Grad und sogar die Form der Netzhautablösung. Je nachdem, ob sich eine Blutung, ein Erguß, oder ein Gewächs zwischen die Netzhaut und die Aderlederhaut schiebt, wird die Netzhaut verschiedenartig von der starren, nicht nachgebenden Lederhaut in das Innere des Auges ausgebeult. Mit dem Augenspiegel wird dann festgestellt, ob eine solche Abhebungsbeule vorhanden ist und woher sie stammt. Bisweilen ist es ein harmloser Erguß, eine leichte Blutung, mitunter aber auch eine bösartige Neubildung.

Manchmal genügt Bettruhe schon, um diese Störung wieder zu beseitigen, mitunter aber, besonders bei den Neubildungen, ist die Entfernung des Auges notwendig. In den seltensten Fällen aber ist das Leben des Patienten bedroht. Obwohl es ja kein leichter Entschluß ist, ein Auge zu opfern, was tatsächlich bei den bösartigen Neubildungen sehr häufig unvermeidlich ist. Bekannt ist ferner die Netzhautablösung nach Einrissen durch Erschütterung, Verletzung und Erkrankung, wenn sich dadurch die Flüssigkeit des gallertigen Glaskörpers zwischen Lederhaut und Netzhaut ergießt. Gewöhnlich ergibt sich daraus eine vollkommene, sogenannte totale Netzhautablösung, ohne Beulenbildung, doch über den ganzen lösbaren Netzhautbezirk. Auch diese Schädigungen sind in der Regel wieder gutzumachen. Bemerkenswert aber ist dabei, daß derartige Anfälle auf Grund eines Stoßes oder dergleichen nur selten bei gesunden Netzhäuten erfolgen. Entweder besteht in diesen Fällen schon eine leichte Erkrankung der Netzhaut, oder es liegt eine angeborene und vererbte Veranlagung vor, die familiär aufzutreten scheint.

In derartigen Fällen empfiehlt sich von selbst die Vermeidung aller Möglichkeiten, die zu einem Stoß in das Auge führen können. Boxen, Ballwerfen und andere Sportarten, die eine solche Gefährdung darstellen, sind selbstverständlich gefährlich.

So mannigfaltig auch die Ursachen und Symptome der Netzhautablösung sein mögen, so gut beeinflußbar scheint sie doch zu sein, sofern rechtzeitige augenärztliche Behandlung einsetzt. Je früher die Behandlung beginnt, desto aussichtsreicher ist sie. In den meisten Fällen kann die Erblindung noch aufgehalten werden, zu der es sonst kommen kann. Die Möglichkeiten der augenärztlichen Behandlung sind außerordentlich groß. Von dem einfachen Einstich oder der inhaltsvermehrenden Einspritzung in den ausdrückenden Glaskörper gehen sie zu den feinsten Operationen. Es ist erstaunlich, was die menschliche Hand an diesem relativ kleinen Organ kunstreich und segensreich zugleich wirken kann. Selbstverständlich ist auch bei der Netzhautablösung. Vorbeugen besser als Heilen, was besonders für die gefährdeten Patienten gilt, die sich ja in der Regel ihrer Veranlagung bewußt sind. So leicht wie eine photographische Platte ist die Netzhaut schließlich nicht zu ersetzen.

Dr. med. G. F.

Frauen und Nationalsozialismus.

Lebhafte Aussprache in der sozialdemokratischen Frauengruppe.

wk. **Halberstadt**, 5. Februar.

Ein starker Wille zur Aktivität kam in der Versammlung der Frauengruppe am Mittwoch zum Ausdruck. Die Frauen hatten den Saal des Gewerkschaftshauses dicht besetzt. Sie folgten nicht nur mit großem Interesse den Ausführungen der Genossin Minna Bollmann, sondern griffen im Anschluß daran äußerst lebhaft in die Diskussion ein und äußerten ihre Auffassungen über die Nationalsozialisten und deren Ansichten in klarer und bestimmter Weise.

Genossin Minna Bollmann leitete ihren Vortrag mit einer Betrachtung der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Lage ein und kennzeichnete die Auswirkungen der Wahl vom 14. September, bei der auch zahlreiche Frauen ihre Stimmen für die Nationalsozialisten abgegeben haben, wie in den Städten, in denen eine getrennte Stimmenabgabe durchgeführt wurde, festgestellt, werden konnte. Diese Frauen sind über die wahren Ziele und Absichten der Nationalsozialisten nicht im klaren gewesen, denn sonst hätte sie ihre Stimme nicht einer Partei gegeben, die die Frau als Staatsbürgerin mißachtet. Wir Sozialdemokraten vertreten den Standpunkt, daß die Frau im öffentlichen Leben in jeder Beziehung ihr Recht wie der Mann erhalten muß. Die Nazi aber wollen die Ausschaltung der Frau und vertreten die Auffassung, die Frau gehöre ins Haus. Die verschiedenen Aeußerungen der Nationalsozialisten bestätigen, daß die Frau wieder zur Magd, zur Dienerin werden soll. In dieser Beziehung gehen die Nazis noch weiter als die Deutschnationalen, die einen ähnlichen Standpunkt vertreten. Dort aber ist die Frauengegnerschaft nicht ganz so groß. Jedenfalls übertreffen die Nazi alle anderen Parteien. Sie stellen keine Frauen bei den Wahlen auf u. lehnen es ab, Frauenfragen zu erörtern. Bei der Beratung des § 128 des neuen Strafgesetzbuches brachten die Nazis einen Antrag ein, nachdem jeder mit Zuchthaus bestraft werden solle der die Gebärfreudigkeit der Frauen beeinträchtige oder sich mit einer fremden Rasse vermische. In keiner Weise denken die Vertreter dieser Partei über die tatsächlichen Verhältnisse nach. Wer hat denn die meisten Kinder? Doch die Armen. Wer hat die Wenigsten? Natürlich die Reichen. Kann man es mit einer armen Familie zumuten, daß sie bei schon eingetretenem Kinderreichtum noch weitere Kinder zur Welt kommen läßt? Volksgesundheit und Volkskraft werden untergraben, wenn die Frau weiterhin nur als Gebärmaschine betrachtet wird. Es muß eine erträgliche Regelung der Geburten möglich sein.

Was die Nazis in wirtschaftlicher Beziehung vertreten, hält in keiner Weise einer eingehenden Kritik stand. Was sie über die Abschaffung der Zinsknechtschaft sagen, ist großer Unsinn. Ihre Hetze gegen die Sozialdemokratie wegen der angeblichen Parteibuchbeamten war schlimme Demagogie, denn da, wo die Nazis ans Ruder kamen, hatten sie nichts eiligeres zu tun, als ihre Parteibuchleute in Aemter und Würden zu bringen, nachdem Republikaner von ihnen hinausgeworden worden waren. Man sehe einmal nach Braunschweig. Da hat man sozialdemokratische Lehrer abgebaut und dafür Nazi-Leute aus Preußen geholt. Braunschweig wird von Franzen regiert, von dem gerichtlich feststeht, daß er gelogen hat. Hätte ein sozialdemokratischer Minister das getan, was Franzen sich alles erlaubte, dann wäre das ganze Bürgertum über ihn hergefallen. So aber schweigt das Bürgertum zu den beschämenden Vorgängen. Die Behauptung der Nazis, die Krise in Deutschland sei durch die Reparationszahlungen hervorgerufen, ist falsch, denn die Krise ist eine internationale Erscheinung, von der auch England und Amerika, das 80 Prozent aller Reparationsleistungen erhält, nicht verschont geblieben sind. Wir befinden uns gewissermaßen in einer Wirtschaftsrevolution, durch die bewiesen wird, daß das jetzige Wirtschaftssystem die Dinge nicht meistern kann. Wir Sozialdemokraten wollen eine planvolle, nach dem Bedarf geregelte Wirtschaftsgestaltung, um Krisen, wie wir sie jetzt erleben, zu verhindern.

Wenn die Nazis ans Ruder kommen, ist es mit der Freiheit des Volkes aus. Die Nazis sind die Schleppenträger der Kapitalisten. Alle Errungenschaften der letzten Jahre, die noch hinübergerettet werden konnten, gehen verloren, und aus ist es mit der sozialen Fürsorge und mit der Arbeitslosenunterstützung. Daß sich die ganze Wut der Nazi gegen die Partei, die Gewerkschaften und die Genossenschaften richtet, sollte uns lehren, mit aller Kraft dafür einzutreten, daß die Bäume der Nazis nicht in den Himmel wachsen. Schon jetzt müssen alle Kräfte mobil gemacht werden, damit bei der nächsten Wahl zum Preußischen Landtag die jetzige Regierungskoalition erhalten bleibt. Schon jetzt gilt es zu arbeiten und aufzuklären, damit die Arbeiterklasse keinen Rückschlag erleidet.

An den mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine Aussprache an, in der Genossin Thomas die Mißachtung der Nazis gegenüber den Arbeitslosen kennzeichnete und für eine starke politische Betätigung der Frau eintrat. Genossin Scharschmidt stellte gegenüber dem Ruf „Wo bleibt der zweite Mann"? die Forderung auf: „Wo bleibt die zweite Frau"? Schließlich wies Genossin Grunewald darauf hin, daß die Redewendung, die Arbeiterschaft habe ja nicht viel zu verlieren, ein bodenloser Leichtsinn sei. Gerade, die Arbeiterschaft habe viel zu verlieren, wenn sie nicht auf dem Posten stünde.

Eine Rezitation und Mitteilungen beschlossen den interessanten Frauenabend.

---

* **Ein seltsamer Fall vor dem Arbeitsgericht.** Die Angestellten hatten sich einen Betriebsrat gewählt, dessen Mitglieder die Interessen der Belegschaft nicht mit genügendem Nachdruck vertraten. Dieser Betriebsrat bot in der Verhandlung vor dem Halberstädter Arbeitsgericht ein ziemlich klägliches Bild. Von der Firma wurde behauptet, der Kläger, ein Angestellter der Firma, wäre entlassen, weil er viel fehlerhafte Arbeiten geleistet habe. Daß ihm Fehler unterlaufen sind, gab der Kläger selbst zu, er entschuldigte sich mit der großen Arbeitsüberlastung. Er gab an, die Entlassung wäre erfolgt, weil er in den Betriebsrat gewählt wurde. Nun hatte der Kläger gegen die Kündigung Einspruch beim Betriebsrat erhoben. Dieser hatte eine Sitzung abgehalten und, wie ein Protokoll klipp und klar bewies, sich mit der Kündigung nicht einverstanden erklärt. Die beklagte Firma behauptete jedoch, das Protokoll sei nicht richtig und der Betriebsrat habe nicht ordnungsgemäß Widerspruch erhoben. Also wurden die Betriebsratsmitglieder als Zeugen vernommen. Der erste Zeuge behauptete steif und fest, der Betriebsrat habe seine Zustimmung zur Entlassung gegeben, obwohl das Protokoll, das von diesem Zeugen unterschrieben war, das Gegenteil besagte. Er meinte, er habe es unterschrieben, ohne es durchzulesen. Das ist bei einem kaufmännischen Angestellten allerdings recht seltsam. Ein zweiter Zeuge ging mit einer unglaublichen Ausdauer um die Frage herum, ob die Zustimmung zur Entlassung gegeben sei. Der Chef saß ja neben ihm, da mußte er sich doch etwas zurückhalten. Eine rühmliche Auslage machte lediglich der Betriebsratsvorsitzende. Dieser behauptete konsequent und ließ sich durch nichts beirren, daß der Betriebsrat gegen die Entlassung Widerspruch erhoben habe. Das Gericht beschloß nach längerer Verhandlung, eine weitere Zeugin zu vernehmen.

* **Aus der Konsum- und Spargenossenschaft.** Nachdem die Genossenschaft ihre Mitgliederversammlungen für die auswärtigen Verteilungsstellen, die durchweg sehr gut besucht und einen guten Auslang fanden, beendet hatte, hielt sie gestern ihre erste hiesige Mitgliederversammlung ab. Im Lokal Otto Bollmann trafen sich die Mitglieder der Verteilungsstelle 2, Bakenstraße. Dicht gefüllt war der Raum. Von vornherein ein Zeichen dafür, welches Interesse die Träger der Genossenschaft ihrem Eigenunternehmen entgegenbringen. 8,30 Uhr eröffnete Genossenschafter Amelung, Vertreter der Genossenschaft der Verteilungsstelle 2, die Verteilungsstellen-Versammlung. Das Wort nahm zunächst zum Bericht des Geschäftsjahres 1929/30 Geschäftsführer Otto der die wirtschaftliche Lage, die Rückwärtsentwicklung der Kaufkraft der Verbrauchermassen und den Einfluß dieser Verhältnisse auf die Genossenschaftsbewegung schilderte. Es wurde über Zweck und Ziel der Genossenschaftsbewegung gesprochen und auf die Bedeutung der Genossenschaften im heutigen Wirtschaftsleben hingewiesen. Im besonderen wurde über die Entwicklung der Groß-Einkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine berichtet, die trotz der Verhältnisse ihre Handels- und Produktionsstätten weiter ausbauen konnte. Pflicht eines jeden Genossenschafters muß es daher sein, die Erzeugnisse der eigenen Unternehmungen mit dem Warenzeichen G. E. G. restlos zu verlangen, die für Qualität und einwandfreie Beschaffenheit garantieren. Dann wurde die Bilanz zerpflückt. Bedauert wurde die erst zum geringen Teil vollzogene Einzahlung der Anteile, hervorgehoben bei der Position „Spareinlagen", die beispielslos dastehende Aufwertung der Genossenschaft. Die Beschlüsse der Vertreterversammlung wurden erläutert und die Mitglieder überzeugt, daß dieselben im Interesse der Genossenschaft, im Interesse jedes einzelnen Mitgliedes gefaßt werden mußten. In der anschließenden Diskussion wurden zum Teil objektive Mängel vorgetragen und Vorschläge gemacht, um einen besseren Kontakt zwischen Geschäftsleitung und Verbraucher zu schaffen und allseitige Zusicherung. Besonders klare und zu Herzen gehende Worte fand das zweite Vorstandsmitglied Wolf. Er wies nach, wie es heute bei den wirtschaftlichen und politischen Verworrenheiten mehr denn je notwendig ist, das, was die Massen der Verbraucher sich geschaffen haben, nicht nur zu erhalten, sondern weiter auszubauen zum Wohl und Nutzen der breiten Massen. In diesem Geist wurde die Versammlung geschlossen. Sie war ein Ruf zur Geschlossenheit, ein Ruf zur Treue, der darin gipfelt, daß jedes Mitglied nicht nur Mitglied sondern 100prozentiger Käufer und jeder Käufer ein Werber ist für die Idee zum Nutzen der Genossenschaft, zur Erreichung der idealen Wirtschaftsform.

* **Ein unehrlicher Reichswehrsoldat.** Das Halberstädter Schöffengericht verhandelte gegen einen hiesigen Feldwebel wegen militärischer Unterschlagung. Man hält es wieder einmal für nötig, die Oeffentlichkeit, auch die Presse wegen Gefährdung der Staatssicherheit auszuschließen. Der Angeklagte war Rechnungsführer bei seiner Kompanie und soll in dieser Eigenschaft einen großen Teil der ihm anvertrauten staatlichen Gelder unterschlagen haben. Das Gericht hielt ihn nach einer längeren Verhandlung für schuldig und verurteilte ihn zu 9 Monaten Gefängnis, Dienstentlassung und Degradation.

Spielplan des Halberstädter Stadttheaters.

Freitag, 6. Februar. 20 Uhr. erste Wiederholung der Wagner-Oper „Tristan und Isolde". allgemein für Dienstag-Opern-Abonnenten und Beamtenbund-Opern-Abonnenten und nicht allgemein für Freitagdauermieter und Bühnenvolksbundmitglieder. Es empfiehlt sich, rechtzeitig sich Karten zu sichern.

Sonnabend, 7. Februar. Wiederholung von „ . . Vater sein dagegen sehr!", Lustspiel von Childs-Carpenter.

Sonntag, 8. Februar. nachmittags 15.30 (3.30 Uhr). letzte Aufführung der Operette „Mascottchen" von Bromme. zu ermäßigten Preisen von 0.50 bis 3.00 Mark. Ende der Vorstellung 18.15 Uhr. — Abends. 19.30 Uhr. Erstaufführung des Schauspiels „Der Mann, den sein Gewissen trieb" von Maurice Rostand. Regie: Oberspielleiter Fritz Sissenbach. Das Stück wird a. St. an 50 deutschen Bühnen gespielt. Die Vorstellung ist ausnahmsweise allgemein für Freitag-Dauermieter und Bühnenvolksbundmitglieder. Ende der Vorstellung 22 Uhr.

Cyankali.

Ein sozialer Film.

Am Wedding, im Berliner Norden, wohnt die Witwe Fent mit ihrer Tochter Hete. Sie leben das einfache Leben armer, arbeitsamer, kleiner Leute . . . . Hete arbeitet im Büro einer Fabrik und die Mutter hält den kleinen Haushalt in Ordnung. Die Lichtblicke in Hetes bescheidenem Leben sind immer die paar Stunden, die sie mit ihrem Freund Paul verbringen kann. einem tüchtigen Arbeiter in der gleichen Fabrik, der Hete schon längst geheiratet hätte. wenn die furchtbare Wohnungsnot in der Reichshauptstadt ihm nicht jede Möglichkeit genommen hätte

Eines Tages muß Hete ihm mitteilen, daß ihre Beziehungen nicht ohne Folgen geblieben sind. Trotzdem beide nichts haben als nur ihr ärmliches Arbeitseinkommen. trotzdem sie nicht einmal einen Raum besitzen, in dem sie zusammen als Familie leben könnten, glauben sie doch, ihr Schicksal meistern zu können und beschließen hoffnungsfroh, das Erscheinen des Kindes abzuwarten.

Aber im Sturm der Wirtschaftskämpfe gestalten sich die Schicksale der Menschen oft über Nacht anders. Lohnstreitigkeiten brechen in der Fabrik, wo die beiden angestellt sind, aus: die Arbeiter werden ausgesperrt, die Büros geschlossen. Zwei arbeitsame junge Menschen stehen ohne ihr eigenes Verschulden plötzlich vor dem Nichts . .

Was soll aus ihnen — was soll aus dem Kinde werden?

Arbeitslosigkeit bedeutet — Hunger! Hete und Paul müssen sich darüber klar werden, daß es unter solchen Umständen ein Wahnsinn wäre, ein Kind in die Welt zu setzen.

Hete sucht einen Arzt auf, schildert ihm ihre bittere Notlage und fleht ihn an, ihr zu helfen: aber der Arzt zeigt ihr das Gesetzbuch, schlägt den § 218 auf, der ihn mit Gefängnis bedroht, falls er ihre Bitte erfüllen würde — — mutlos schleicht Hete nach Hause.

Der Verwalter des Hauses in dem das junge Mädchen wohnt, verfolgt sie schon seit langem mit seinen Nachstellungen. Als er sie eines Tages wieder bedrängt, eigensüchtig, weil die Notlage es den Armen unmöglich macht, ihre Miete zu bezahlen, weiß sich Hete keinen anderen Rat als — ihm ihren Zustand zu bekennen. Der Verwalter läßt sich dadurch nicht abschrecken. Mit ironischem Lächeln erklärt er sich sogar bereit, ihr zu helfen — zeigt ihr sogar

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919310205-19/fragment/page=0006

das Instrument, mit dem er sie „erlösen" könnte. Schaudernd weicht Hete vor diesem Mann zurück. Aber — in seiner Hand liegt sie die Schachtel mit dem furchtbaren Instrument, mit dem Instrument, das sie von allen Sorgen befreien könnte — ein rascher Griff, schon hält Hete sie in der Hand . . .

Aber niemand — niemand will ihr helfen, den Eingriff vorzunehmen. Auch Paul ist ratlos, er kann sich zu diesem Schritt nicht entschließen. So versucht sie es selbst und — richtet sich dabei zugrunde.

Fiebernd kommt sie zu einer jener Frauen, die gewöhnlich die letzte Station aller Verzweifelten bilden. Aber die Frau erkennt ihren gefährlichen Zustand und will sie weisheichen. Hete will nicht gehen. Um die Dalbyhahnsinnige aus dem Haus zu bringen, gibt ihr die Frau ein Fläschchen Cyankali. Fünf Tropfen davon sollen helfen.

Hete kommt zu ihrer Mutter — sterbenskrank. Die Mutter soll ihr die grausame Medizin geben — und sie tut es.

Das Mittel hat gewirkt, aber Hete liegt im Sterben. Die Mutter weiß keinen Rat und holt einen Arzt. Dieser erkennt die Sachlage und erstattet Anzeige. Eine Kommission kommt ins Haus: es stellt sich heraus, daß die Mutter Beistand leistete und sie wird verhaftet.

„Ein Gesetz, daß 800 000 Mütter im Jahre zu Verbrecherinnen macht, ist kein Gesetz mehr!" sagt ein Angeklagter in diesem Film. Dieser Satz ist der Sinn und Inhalt dieses Films, der in den Kammerlichtspielen in Halberstadt vorgeführt wird.

Halberstädter Filmschau

Lichtschauspielhaus.

Das ist eine Tonfilmoperette, und sogar eine sehr lustige und kurzweilige. Man sieht drei junge Leute mit gutem Bankkonto, die während einer Weltreise pleite gegangen sind, ausgepfändet werden und beherzt ihr Auto verkloppen, um von dem Erlös eine Tankstelle zu eröffnen. Die Drei sind der außerordentlich quecksilbrige und höchst amüsante Rühmann, der gut pointierende Karlweis und der immer vergnügte, durch seine Unbeschwertheit als Liebkes Nachfolger alle Mädchenherzen knickende Willy Fritsch. Wer kommt daher am Volant eines faaabelhaften Roadsters? Natürlich Lilian Harvey. Und was tut sie? Sie lacht, singt und tanzt sich gesondert in das Herz jedes der Drei hinein, so daß drei Verehrer in Sehnsucht an sie denken. Das wird sogar ihrem Papa, dem biederen Fritz Kampers, der hier einen Konsul spielen muß und sich seiner Aufgabe mit Humor entledigt, und seiner Freundin und Braut Olga Tschechowa, die famos wie immer aussieht und ein mitrophonreines Deutsch spricht, zu bunt. Lilian muß sich entscheiden. Die Wahl fällt ihr nicht schwer. Während Rühmann und Karlweis sich in der Bar einen andudeln, siegt Willy Fritsch auf der ganzen Linie. Aber nun will er nicht. Und es bedarf der ganzen Klugheit und List der charmanten Olga Tschechowa, um ihn auf dem Umweg über einen Generaldirektorposten und einen Rohrstock, mit dem Kampers die Harvey verhauen will (aber er tut bloß so!) verlobungsreif zu machen. Den Schluß bildet ein grandioses Revuebild. Das ist alles sehr hübsch und amüsant gemacht. Vielleicht überwiegt im letzten Teil das absichtlich Groteske, Phantastische, Unwirkliche und Unmögliche der Revueoperette zu stark. Indessen ist für viel Tempo und Schmiß gesorgt. Man hat gut photographiert und auch den Ton gar sauber eingefangen; die Bauten sind von einer erfrischenden neuen Sachlichkeit. Erfreulich wäre es gewesen, wenn dem Textdichter ab und zu etwas Originelleres eingefallen wäre. Undankbar wäre man, wenn man nicht zwei köstliche Episodendarsteller ganz besonders nennen wollte, nämlich den in Valentinischer Art herrlich grotesken Bressart und den immer mehr Kabinettstückchen liefernden Gerron.

Kreis Halberstadt

Langenstein, 5. Februar. Heute Donnerstag findet im Forsthaus um 20 Uhr, die Generalversammlung der Partei statt. Es darf keiner fehlen. Referent ist der Genosse Schütte.

Sargstedt, 5. Februar. Ein Unfall. Der Rentner Max Hacke fiel am Sonnabend bei der Gartenstadt so unglücklich, daß er einen Oberschenkelbruch erlitt und nach Hause gefahren werden mußte. Sein Zustand hat sich so verschlimmert, daß er am Dienstag in das Halberstädter Krankenhaus gebracht werden mußte. Es ist ihm gute Besserung zu wünschen. — Aus der Schule werden dieses Jahr entlassen zwei Jungen: Walter Kruse, Helmuth Kaeger und vier Mädchen: Elly Hartmann, Käthe Meyer, Erni Stepfan, Gertrud Israel. — In diesem Jahre sind zu verzeichnen, 17 Sterbefälle, 17 Geburten und 6 Eheschließungen. Selbstmorde, Totgeburten und Ehescheidungen sind nicht vorgekommen.

Kl.-Quenstedt, 5. Febr. Gustav Kröckel 60 Jahre alt. Morgen feiert unser alter braver Parteigenosse Gustav Kröckel seinen 60. Geburtstag. Sein ganzes Leben lang hat er für die Arbeiterbewegung gewirkt und hat seiner Partei, der er gleich nach der Lehre beitrat, stets die Treue gehalten. Daß unsere Partei in unserem Orte ein so festes Bollwerk ist, ist seiner unablässigen Arbeit zu danken. Solange Kl.-Quenstedt als sozialdemokratische Hochburg bekannt ist, solange ist Gustav Kröckel der Vorsitzende der Partei-Ortsgruppe gewesen. Er will es nun auch noch viele Jahre bleiben. Daß er während seiner Tätigkeit als Gemeindevorsteher manches zum Bestender Allgemeinheit schuf, muß ihm auch der Gegner zugestehen. Er förderte z. B. die Kleingartenbewegung in unserem Orte in jeder Weise und tritt auch als Gemeindevertreter für die Interessen der Arbeiterschaft ein. Genosse Kröckel ist für viele, die einen Rettungsanker suchen, die letzte Hilfe. Selbst Stahlhelmer und andere haben sich wiederholt an ihn um Rat gewandt und haben ihn auch erhalten. Daraus ersieht man, daß Gustav Kröckel im Orte ein großes Vertrauen in der ganzen Bevölkerung genießt. Die Parteigenossen und die Republikaner aus Quenstedt und Umgebung werden es am 60. Geburtstag des Genossen Kröckel an Glückwünschen nicht fehlen lassen.

Derenburg, 5. Februar. Ein Autozusammenstoß. In der Halberstädter Straße, Ecke Petersilienstraße, fuhren zwei Autos mit lautem Krach zusammen. Nur durch die Geistesgegenwart beider Führer wurde größeres Unglück verhütet. Drei Menschen waren in Gefahr, überfahren zu werden. Das Auto, das die Halberstädter Straße herunter kam, mußte auf einen Jungen, der einen Handwagen zog, achtgeben. Als er sich der Kurve näherte, kam plötzlich in entgegengesetzter Richtung ein Auto im schnellen Tempo gefahren. Da der Junge dazwischen war, war das Unglück unvermeidlich. Da man beiderseits die Gefahr erkannte fuhr der letzte Wage auf den Bürgersteig und es wäre um ein Haar das Ehepaar Brand unter das Auto gekommen. Das nach Wernigerode zufahrende Auto war gezwungen, um den Jungen nicht zu überfahren, da der Wagen nicht mehr zum Stehen zu bringen war, gegen das andere Auto zu fahren. Beide Wagen wurden beschädigt. Anzeige wurde beiderseits erstattet. — Die Auszahlung der Klein- und Sozialrente findet morgen Freitag in der üblichen Weise statt.

Aus Oschersleben

o. **Heraus zur Massenversammlung.** Am morgigen Freitag, abends 8 Uhr spricht im Stadtpark der Gen. E. Wille-Magdeburg über das Thema „Hitlers Entlarvung". Die Nazis, die zu dieser Versammlung öffentlich eingeladen sind, mögen in dieser Versammlung beweisen, daß sie Mut haben, in unserer Versammlung die vielen Verleumdungen und Lügen zu wiederholen, die in ihren eigenen Versammlungen an der Tagesordnung sind. Die organisierte Arbeiterschaft sollte zu dieser Versammlung zahlreich erscheinen.

Mitteldeutsche Rundschau.

Die Brandstiftung im „Deutschen Haus" aufgeklärt.

Clausthal-Zellerfeld. Wie berichtet, wurde im Hotel „Deutsches Haus" im Stadtteil Zellerfeld, Brandstiftung an fünf verschiedenen Stellen im Hotel verübt. Die Göttinger Staatsanwaltschaft hat nun den Gerichtsassessor Dr. Ebeling nach Clausthal-Zellerfeld entsandt, der an Ort und Stelle in Gemeinschaft mit den örtlichen Polizeibehörden die Untersuchungen fortsetzte. Als der Tat von vornherein dringend verdächtig wurde die Ehefrau des Besitzers festgenommen, die nun auch nach langem hartnäckigen Leugnen die Tat eingestanden hat.

Einbruch-GmbH. aufgeflogen.

Hildesheim. Am Freitag letzter Woche beobachtete früh morgens ein Streckenwärter in Großdüngen drei junge Leute mit Fahrrädern. Darunter befand sich ein neues Damenfahrrad. Er vermutete richtig, daß die Räder bei seinem Sohn, der in Eitzum ein Fahrradgeschäft betreibt, in der Nacht vorher gestohlen waren. Er meldete sofort dem diensttuenden Beamten auf dem Ostbahnhof seine Wahrnehmungen telephonisch, da der Zug, in dem diese jungen Leute Platz genommen hatten, morgens 6,09 Uhr auf dem Ostbahnhof eintraf. Durch das umsichtige Verhalten des Eisenbahnbeamten gelang es diesem, die drei Leute auf dem Ostbahnhof solange festzuhalten, bis die sofort benachrichtigten Beamten der Polizei eintrafen. Als die Kriminalpolizeibeamten die mitgeführten Rucksäcke einer Revision unterzogen, fanden sie außer verschiedenen Einbrechermerkzeugen auch ein Paket mit Schmierseife, so daß die Vermutung vorlag, daß man endlich die Täter erwischt hatte, die in letzter Zeit wiederholt bei den ausgeführten Einbrüchen sich der Schmierseife bedienten. Es setzte nunmehr eine unermüdliche Tätigkeit der Beamten ein. Ermittlungen und eingehende Haussuchungen in den Wohnungen der verhafteten Einbrecher erfolgten. Der Erfolg war voll auf der Seite der Kriminalbeamten. Außer zwei in letzter Zeit in hiesiger Stadt, und zwar im Margaretenweg und im Hohnsen, ausgeführten Fahrraddiebstählen, konnten den Einbrechern insgesamt 36 Einbruchsdiebstähle nachgewiesen werden, die sie dann auch eingestanden. Soweit die gestohlenen Gegenstände von den Einbrechern nicht verzehrt, bzw. anderweitig verwertet wurden, konnten auch verschiedene Gegenstände noch sichergestellt werden. Von den Einbrüchen sind zehn in Hildesheim ausgeführt und zwar am Bergsteinweg, in der Bergstraße, in der Sedanstraße, am Domhof, Senkingstraße, Linkstraße, Sachsenring, Kuckucksstraße. Die weiteren 26 Einbrüche sind in der näheren Umgegend von Hildesheim ausgeführt, und zwar in Bodenburg, Eitzum, Machtsum, Borsum, Asel, Breinum, Betheln, Segeste, Hasede, Großdüngen, Grosse-scherde, Listringen, Kleinförste, Sorsum, Himmelsthür, Hönze, Diekholzen, Sibbesse, Kleinlobke. Es dürfte dem lichtscheuen Treiben dieser jungen Leute, es handelt sich um die Arbeiter Gebr. W., 22 und 19 Jahre alt, und den Arbeiter H., 24 Jahre alt, sämtlich von hier, zunächst erst mal ein Ende gemacht sein.

Tödlicher Straßenunfall.

Dessau. Beim Einbiegen in eine Nebenstraße wurde in Dessau ein etwa 40 Jahre alter Mann von einem Lastkraftwagen angefahren. Der Mann, der auf einem Rade fuhr, schlug mit dem Kopf gegen den Kraftwagen und erlitt einen Schädelbruch, der seinen sofortigen Tod zur Folge hatte.

Todesopfer beim Rodeln.

Worbis. Das etwa 20 Jahre alte Fräulein Hedderdorf aus Breitenworbis verunglückte beim Rodeln. Es kam mit einem jungen Mann den Berg herunter. Der Schlitten sprang aus der Fahrbahn und raste gegen einen Baum. Das junge Mädchen war sofort tot.

Raubüberfall.

Mückenberg (Kreis Liebenwerda). Ein dreister Raubüberfall wurde von zwei unerkannt gebliebenen jungen Burschen auf einen Arbeiter verübt, der von Grünewalde her sich auf dem Wege zum Postamt in Mückenberg befand. In der Nähe eines Waldstückes stürzten sich die beiden Burschen auf den Arbeiter mit dem Zuruf: „Du Lump, jetzt haben wir Dich!", versetzten ihm mit einem schweren Gegenstand Schläge gegen den Kopf und Unterleib und raubten ihm 150 ℳ, die der Ueberfallene für seinen Berufsverband kassiert hatte und zur Post tragen wollte. Von einem des Weges kommenden Briefträger wurde er eine Stunde später mit schweren Verletzungen auf der Straße liegend aufgefunden. Das Fahrrad lag im Straßengraben und die Aktentasche in einiger Entfernung davon. Die Verletzungen des Ueberfallenen sind sehr schwer.

Rasch tritt der Tod. . . .

Calbe a. S. Einen tragischen Tod erlitt die Ehefrau eines Ortseinwohners in Calbe. Nach der Heimkehr von einem Maskenball begab sich das Ehepaar in seine Wohnung. Kaum hatte die Frau das Wohnzimmer betreten, als sie von einem Herzschlag getroffen tot zusammensank.

Beginn eines Mordprozesses Lüdecke.

Torgau. Am 4. Febr. 1931 beginnt vor dem Torgauer Schwurgericht gegen den Melker Friedrich Lüdecke der Prozeß wegen Mordes an einem der Person nach nicht bekannten Wanderburschen im Walde bei Kreupa am 7. Juni 1930. Dem Angeklagten werden noch weitere Mordtaten zur Last gelegt. Von der Staatsanwaltschaft in Torgau ist er noch wegen eines zeitlich etwas späteren Mordes an dem Friseur Kunzke angeklagt, den er in der Nacht zum 10. Juni 1930 in der Lebuser-Heide ausgeführt haben soll. Diese Tat hat er unumwunden zugestanden. Sie steht ebenfalls zur Aburteilung.

Beim Schneeballspiel in den Tod.

Predel. In Predel vergnügten sich Kinder beim Schneeballwerfen. Hierbei versuchte der sieben Jahre alte Gerhard Röster aus Predel noch kurz vor einem Personenauto die Straße zu überqueren. Wegen der Glätte rutschte er aber mit seinen Holzpantoffeln in der Mitte der Straße aus und kam zu Fall. Er wurde von dem Auto gegen die erhöhten Bordsteine geschleudert und schwer verletzt. Er verstarb bald darauf im Krankenhaus Zeitz. Das Auto war bei dem starken Bremsen gegen einen Baum geschleudert und stark beschädigt worden. Es mußte abgeschleppt werden.

Einbruch beim Bürgermeister.

Delitzsch. Mit unglaublicher Frechheit waren Diebe vorgegangen, die sich jetzt vor dem Schöffengericht Delitzsch zu verantworten hatten. Sie waren in der Nacht in das Schlafzimmer des Bürgermeisters Dr. Baumgardt eingedrungen, wo sie von den Betten des schlafenden Ehepaares weg den Nachttisch holten, ihn über die Betten hinwegtrugen und dann im Vorzimmer abräumten. Dabei fielen ihnen eine Menge Schmucksachen in die Hände. Erst beim zweiten Vorstoß an die Betten erwachten die Eheleute, worauf die Diebe sich unter Mitnahme des Revolvers des Bürgermeisters und ihrer Beute entfernten. Die beiden Einbrecher, die Schlosser Walter Koser und Artur Nuhan erhielten je ein Jahr Gefängnis.

Verkürzung der Arbeitszeit im Leunawerk.

Merseburg. Um Entlassungen zu vermeiden, wird in Ammoniakwerk Merseburg (Leunawerk), in den durchlaufenden Wechselschichtbetrieben die wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden auf 42 Std. verkürzt.

Blutige Auseinandersetzungen zwischen Schwiegervater und Schwiegersohn.

Jessen (Elster). In der Villa Präckel in Jessen kam es zwischen Schwiegervater und Schwiegersohn zu einer Auseinandersetzung, in deren Verlauf der Schwiegervater auf seinen Schwiegersohn Wille, einen Schuß abgab, der letzteren schwer verletzte. Auch Präckel selbst mußte mit schweren Verletzungen und einer Gehirnerschütterung dem Krankenhaus zugeführt werden.

Kreis Oschersleben

Wegeleben, 5. Februar. Generalversammlung der Partei. In der Ecklerschen Wirtschaft „Zum Engel" findet morgen am Freitag, um 19,30 Uhr, die Hauptversammlung der Partei statt. Dazu kommt als Redner Genosse Schumacher-Magdeburg. Wir bitten auch Anhänger der Bewegung mit in die Versammlung zu bringen.

Badersleben, 5. Februar. Am Dienstag vormittag wurde ganz unvorbereitet die Automotorspritze, die vom 73jährigen Kupferschmiedemeister Eisenhut hergestellt wurde, in Tätigkeit gesetzt. Man fuhr zunächst mit Besatzung den Kirchberg, eine ziemliche Anhöhe, empor, um sich von der Anzugskraft zu überzeugen. Die Gemeindevertreter und der Amtsvorsteher waren zugegen. Vom Kirchberg aus fuhr man zum Teich, wo die Automotorspritze zur vollen Zufriedenheit gelieferte. Es wurde sogann dem 73jährigen Kupferschmiedemeister Eisenhut, dem Hersteller und Erbauer der Automotorspritze, die volle Anerkennung ausgesprochen. Durch die Anschaffung der Automotorspritze wird es leicht sein im Falle einer Feuersgefahr auch in den Nachbardörfern schnell zur Stelle zu sein.

S. P. D. Quedlinburg

Morgen Freitag, 20.15 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im „Gewerkschaftshaus".

Huy-Neinstedt, 4. Februar. Am Sonntag, 8. Februar, um 15 Uhr, findet im Gasthof zur deutschen Eiche eine öffentliche Volksversammlung statt. Es wird Parteisekretär Ernst Schumacher-Magdeburg über die Nazi-Helden im Reiche sprechen.

Aus Schwanebeck

Schwanebeck, 5. Februar. Der Maskenball des Arbeiter-Turnvereins „Freiheit" am letzten Sonntag war gut besucht. — Ihren 80. Geburtstag können am 5. und 6. dieses Monats der Rentner Albert Muth und der Schäfer August Steffens von hier feiern. Beide Jubilare sind, außer einem langjährigen Augenleiden bei St., noch geistig und körperlich rüstig. — Während seiner beruflichen Tätigkeit wurde dem Friseur Willi Gnade sein Fahrrad in der Kapellenstraße gestohlen. Trotz sofortiger Meldung konnte der Dieb noch nicht gefaßt werden. — Reichsbund der Kriegsbeschädigten. Die Monatsversammlung findet am Sonnabend, den 7. Februar, 20 Uhr, im „Weißen Schwan" statt.

Aus Thale

t.* **Freidenker.** Die Generalversammlung findet am Sonnabend, um 2 Uhr, beim Genossen Schinkel statt. Vollzähliges Erscheinen aller Genossen erwünscht. — Jugendweihe. Alle Kinder, die an der Jugendweihe teilnehmen wollen, müssen bei den Genossen K. Münch und G. Hartmann gemeldet werden. Auch Kinder von Nichtmitgliedern können daran teilnehmen.

Kreis Quedlinburg

Bad Suderode, 5. Februar. Am Dienstag fand eine Gemeinderatssitzung statt. Es wurde beschlossen, die Steuerzuschläge vom bebauten und unbebauten Grundbesitz auf 350 Proz. zu belassen und weitere 50 Prozent für die letzten 10 Monate nicht nachzuerheben. Personen, die kein eigenes Einkommen haben, und sich noch in der Ausbildung befinden oder sonst noch auf Kosten der Angehörigen leben, können in Zukunft vom Gemeindevorsteher von der Bürgersteuer befreit werden. Die Errichtung einer Tankstelle nebst Delbehälter in der Brinkstraße wurde einstimmig bewilligt. Die Pacht hierfür beträgt jährlich 150 Mark. Die Anschaffung von einigen wichtigen und als dringend anerkannten Geräten für die Feuerwehr soll vorgenommen werden. Die Arrestzellen, die viel von Obdachlosen benutzt werden, befinden sich in sehr schlechtem Zustand. Es sollen hierfür zwei neue Strohmatten und für den Ofen ein Schutzschirm angeschafft werden. Der Antrag auf Anlage einer Straßenlampe an der Reißauschaussee mußte wegen der hohen Unkosten (404 ℳ) zurückgestellt werden. Verhandlungen hierüber sollen noch mit der Ueberlandzentrale gepflogen werden. Dem Volksbund Deutscher Kriegergräberfürsorge E. V. wurde eine Beihilfe von 10 Mark überwiesen. Der Grund und Boden, welcher zum Ausbau der Straße Bad Suderode—Stecklenberg nötig ist wird von der Gemeinde dem Kreise kostenlos zur Verfügung gestellt. Ueber den Ausbau der Stecklenberger Straße soll noch mit dem Kreise verhandelt werden. Es wurden hierzu gewählt die Gemeindevertreter Becker und Hohmann. Mit 4 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen wurde beschlossen, die Gemeindefürsorgeorganisation nicht aufzuheben. Ein Dringlichkeitsantrag des Erwerbslosenausschusses forderte von der Gemeinde einen Kredit zur Beschaffung von verbilligten Nahrungsmitteln. Ein System wie es mit bestem Erfolg in den Schwesterstädten durchgeführt worden ist. Dieser Antrag stieß aber auf den heftigsten Widerstand der Bürgerlichen. Dabei leisteten sich die Vertreter Schneider und Klucke eine Extratour gegen die Konsumvereine. Dieser wäre Schuld an der schlechten Lage der Geschäftswelt, die Erwerbslosen sollten sich doch an den Konsumverein wenden. Das nennt sich nun die Vertretung des Gemeindewohls. Auf Vorschlag des Gemeindevorstehers einigte man sich dahin, daß der Gemeindevorstand nebst den Vertretern Klucke und Hohmann mit den hiesigen Geschäftsleuten in Verbindung treten wegen Bieferung von verbilligten Nahrungsmitteln an die Erwerbslosen. Hoffentlich lernen die Erwerbslosen daraus, und sagen bei einer späteren Wahl nicht kommunistischen Parolen. Was wir hier in Suderode gebrauchen, ist eine geschlossene, einige Arbeiterschaft.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919310205-19/fragment/page=0007

Vermischtes

Karikaturen als Waffen gegen die Gesellschaftsordnung.

Von der absoluten Malerei unterscheidet sich die Karikatur dadurch, daß sie im Dienst einer Idee steht, also Zweckkunst ist. Ihr wesentliches Merkmal ist die Kritik. Und damit nimmt sie auch in der Zweckkunst, in der Tendenzkunst einen bestimmten Platz ein. Der Karikaturist geißelt mehr oder minder boshaft bestehende Zustände, und übertreibt Wesenszüge eines Menschen so, daß sie für seine Umwelt zum Gegenstand des Gelächters werden.

Die Karikatur im Sport.

Wie der Karikaturist Suzanne Lenglen, die frühere Tenniswelt-meisterin, sieht.

Die eigentliche Karikatur erlebte ihre Blütezeit im 18. und 19. Jahrhundert, und zwar ist sie hier an zwei Namen geknüpft, die noch heute so lebendig wie je sind: an die Namen Daumier und Hogarth. Daumier hat in Frankreich, Hogarth in England mit unbarmherziger Schärfe, mit Witz, Spott und dazu mit hoher Künstlerschaft die Schwächen und lächerlichen Seiten einer Gesellschaft aufgezeichnet, die in der Selbstgenügsamkeit ihres Wohlstandes und in der satten Ruhe ihres Untertanentums verharrte. Beide haben ihren Spottdolch mit besonderer Vorliebe auch an dem Kleinbürger geweßt. Sie haben in hunderten von Blättern ein vollkommenes Bild ihrer Zeit gezeichnet, einer Zeit, die in ihren typischen Vertretern nicht anders war als heute. Deshalb die Aktualität eines Daumier. Die Wirkungen der beiden Karikaturisten waren unvergleichlich. Die sich getroffen fühlten, bauten auf, und die glaubten, nicht gemeint zu sein, schmunzelten ob der Lächerlichkeit ihrer Mitmenschen. Daumier bedeutete nach dem Zuckerguß des Barock und Rokoko, die den Menschen in seiner wahren Gestalt nicht zu zeigen wagten, geradezu eine Erlösung. Er entkleidete die Gesichter seiner Zeitgenossen von der Lüge gefälliger Porträtmaler, er zeigte, wie sich Dummheit, Bosheit, Hochmut in ihnen spiegelte. Daß Daumiers und Hogarths Liebe den Unterdrückten gehörte, versteht sich von selbst, wenn sich auch manchmal diese Liebe in der Form des spöttischen Lächelns äußerte.

In der Wilhelminischen Epoche waren in Deutschland einige illustrierte Blätter der Hort der Karikatur, und selbst in Zeiten brutalster Unterdrückung jeder freien Meinungsäußerung, haben es sich Zeichner wie Gulbransson, Th. Th. Heine und andere Mitarbeiter, vor allem des Simplizissimus, nicht nehmen lassen, das System zu geißeln und mit ihm die Menschen, die es trugen. Sie haben dafür manche Geld- und Gefängnisstrafe einstecken müssen. Sie wirken auch noch heute, und vor allem Gulbransson hat eine Größe erreicht, die ihm wohl ebenbürtig neben Daumier stellen kann. Die andere bedeutende Wochenschrift dieser Epoche, der „Kladderadatsch", ist inzwischen zur politischen Rechten hinübergewechselt, und ist zu einem faden und unbedeutenden Blättchen herabgesunken.

Von den Tageszeitungen war es wohl zuerst die sozialdemokratische Presse, die sich der Karikatur als eines politischen Kampfmittels bemächtigte und hiermit starke Erfolge hatte, so daß auch die Gegner diese Methode nachzuahmen begannen. Die sozialdemokratische Presse besitzt auch hier Mitarbeiter, die, mit dem Sinn für das Aktuelle begabt, leicht verständliche, für den Tag bestimmte Zeichnungen hinwerfen, die in ihrer durchschlagskraft vielleicht manchmal wirksamer sind, als ein Leitartikel, den zu lesen manchem Zeit und Fähigkeit fehlt.

Auf der Grenze zwischen Karikatur und freier Graphik dagegen steht zum Beispiel ein Künstler wie George Grosz, dessen Zeichnungen in ihrer Mehrzahl wohl noch schwerer wiegen als Karikaturen schlechthin.

Eine andere Seite der Karikatur wird vor allem in Amerika gepflegt, die Sportkaritatur, die auch ihren Weg nach Deutschland gefunden hat. Sie ist gutmütig und hat keine Beziehungen zur eigentlichen Karikatur als die, daß sie äußerliche Eigenschaften des Karikierten übertreibt.

Diese Art von Karikatur ist lediglich der Ausdruck der Popularität des von ihr Betroffenen, sie macht nicht lächerlich, sondern nur bekannt. Und hat nicht selten einen Unterton von Hochachtung und Verehrung.

Der Tod am Radioapparat. In Michalkowitz O.-S. verunglückte ein 14jähriger Gymnasiast tödlich. Beim Basteln an seinem an die elektrische Leitung angeschlossenen Radioapparats steckte der Schüler die Leitung des Gegenpols, in der Absicht, einen besseren Empfang zu erhalten, in den Mund. Er erhielt einen elektrischen Schlag, der sofort tödlich wirkte.

Zirkus-Unglück in Berlin. Im Zirkus Busch in Berlin ereignete sich am Mittwoch während einer Tonfilmaufnahme ein Kabelbrand. Das Emporschießen einer Stichflamme sowie Rauch- und Qualmentwicklung riefen unter den zahlreichen anwesenden Statisten eine an sich ungerechtfertigte Panik hervor, in deren Verlauf sieben Personen zum Teil schwer verletzt wurden oder Gehirnerschütterungen bzw. Nervenchocks erlitten.

Wissen Sie schon?

In Amerika gibt es Städte, die sozusagen in einer einzigen Nacht aus dem Boden wachsen. Eine dieser Städte ist Glendale in Kalifornien. Im Jahre 1900 gab es diese Stadt überhaupt noch nicht. Sie wurde im Jahre 1902 gegründet und hatte 1910 erst 2000 Einwohner, während die diesjährige Volkszählung eine Bevölkerungszahl von 62 607 ergab, so daß also die letzten zwanzig Jahre eine Vermehrung um 60 000 Menschen gebracht haben. Man nimmt jedoch an, daß der Zuwachs von jetzt an noch rascher vor sich gehen und daß man in fünf Jahren bei 200 000 angelangt sein wird.

Chinesen in der Fremde.

Die Tongs in Newyork. — Klassengegensätze auch im Ausland.

Dem Außenstehenden mag es zunächst unbegreiflich erscheinen, wenn er hört, daß die Newyorker Polizeibehörden die ständigen Tong-Kriege im Chinaviertel dieser Stadt nicht Herr betrachten. Er weiß nämlich nicht, daß derartige Fehden mit ungeheurer Erbitterung ausgefochten werden, daß zahlreiche Opfer fallen, daß sogar die Ruhe und Ordnung einer großen Stadt durch derartige Vorkommnisse empfindlich gestört werden können. Um die Bedeutung eines solchen Kampfes zu erkennen, muß man wissen, daß die Chinesen, die in Europa und in den Vereinigten Staaten leben, wohl äußerlich die Tracht des Landes angelegt haben, in dem sie zu Gast sind, in ihrem Denken, Fühlen und Handeln aber echte Chinesen geblieben sind. Sie wohnen nicht mit den Weißen zusammen, sie sondern sich in bestimmten Vierteln ab, verkehren nur untereinander und essen in chinesischen Speisehäusern. Wenn sie aber Streitigkeiten untereinander auszufechten haben, wenden sie sich nicht an die Gerichte des Wohnortes, sonderen sie handeln nach den Begriffen, die in ihrem Heimatland üblich sind. Gewöhnlich zerfällt das chinesische Viertel einer Großstadt in zwei sogenannte Tongs, das heißt, es gibt zwei Führer, deren Anhänger sich zu einer Gesellschaft, zu einem Tong, zusammenschließen. Wenn nun ein Streit zwischen beiden Parteien ausbricht, kommt es zum Ton-Krieg, bei dem die fürchterlichsten Grausamkeiten und die feigsten Schandtaten erlaubt sind. Kein Mittel ist zu verwerflich, um nicht gegen den verhaßten Feind gebraucht zu werden.

Aber nicht nur in Amerika, sondern in fast allen europäischen Großstädten und Hafenplätzen gibt es ausgedehnte Chinesenviertel. In Berlin haben sich die Chinesen meisten im Osten der Stadt, um den Schlesischen Bahnhof herum, angesiedelt. Dort leben sie meist in kümmerlichen Verhältnissen als Händler und Hausierer. Sie ziehen mit ihrem angeblich echten chinesischen Tee und ihren Gipsbüsten von Tür zu Tür und beantworten die schroffste Ablehnung mit einem freundlichen Lächeln. In Deutschland hat man bisher nichts von blutigen Auseinandersetzungen im Chinesenviertel vernommen. Das mag daher kommen, daß man beispielsweise unter den Chinesen, die in Berlin leben, zwei kulturell verschiedene Schichten unterscheidet, die eigentlich keinerlei Berührungspunkte besitzen. Die chinesischen Intellektuellen nämlich, also hauptsächlich die chinesischen Studenten, wohnen im Westen der Stadt und dort haben sie etwa 3 oder 4 große chinesische Restaurants, in denen sie essen. In diese Speisehäuser kommt kein chinesischer Händler. Im Gegensatz zu diesen Proletariern versucht der in Deutschland lebende chinesische Student sich auch im Aeußeren der Umgebung des Landes anzupassen, in dem er augenblicklich lebt. Auch in Paris bemerkt man bei den Studenten das Bestreben, sich zu assimilieren, auch dort besteht keinerlei Verbindung zwischen den armen Söhnen des Himmels, die sich ihr kärgliches Brot verdienen, und den Intellektuellen. Obwohl das chinesische Viertel in Berlin ziemlich armseig ist, mutet es noch immer behaglich an gegen die Elendsquartiere, in denen die Chinesen in London und Liverpool hausen. Man kann sich kaum einen Begriff mache von dem Schmutz und den unglaublich schlechten sanitären Verhältnissen in diesen Vierteln. Ein unbeschreiblicher Gestank strömt von diesen Quartieren aus. Auch in Marseille hausen die Chinesen in unendlichem Schmutz und bitterster Armut. Besser haben sie es dagegen schon in Antwerpen und Amsterdam. Zahlreiche, ausgedehnte chinesische Siedlungen findet man in den großen amerikanischen Städten, wie in Newyork, Chikago und San Francisko. Wenn es den Einwanderern auch dort nicht gerade glänzend geht, haben es doch viele zu einem bescheidenen Wohlstand gebracht, der es ihnen ermöglicht, ein wenig besser zu leben. Aber auch wenn die chinesischen Einwanderer ein kleines Kapital gesammelt haben, denken sie noch nicht daran, ihren Lebensstandart zu erhöhen. Ist es doch ihr höchster Wunsch, in ihrer Heimat begraben zu werden, und so werden denn jährlich viele hundert Särge von den Vereinigten Staaten nach China befördert. Die Aermsten aber, die an einen derartigen Luxus niemals denken können, kaufen sich wenigstens einige Säckchen voll chinesischer Erde, damit späterhin ihr Kopf auf heimatlicher Erde ruhen kann.

In Deutschland hatte man früher die abenteuerlichsten Vorstellungen von den beliebtesten Leckerbissen der Chinesen. Glaubte man doch allen Ernstes, daß die Chinesen Regenwürmer, verfaulte Eier und gebratene Ratten verzehren. Wer aber nur einmal in einem chinesischen Restaurant gegessen hat, weiß, daß die Vorurteile gegen die Nationalspeisen dieses Landes durchaus unberechtigt sind. Die verfaulten Eier sind in Wahrheit Kalkeier, die auf eine besondere Art konserviert wurden. Ebensowenig fällt es einem Chinesen ein, Schwalbennester zu verzehren, er ißt vielmehr eine Suppe, die aus einer gelatineartigen Masse besteht, und dieser Extrakt, der der hartgewordene Speichel der Schwalbe ist, wird dadurch gewonnen, daß man den Boden des Nestes auskocht. Die sagenhafte Suppe aus Haifischflossen ist ein sehr wohlschmeckendes, aber auch ein ebenso kostspieliges Gericht, daß nur selten hergestellt wurde. Meist essen die Chinesen ein Gemüse, das hauptsächlich aus grünen Bambusspitzen besteht und ähnlich wie unser Spargel schmeckt. Auf jeden Fall ist die chinesische Küche der japanischen vorzuziehen, denn dort gibt es Eingeweide von Fischen zu essen, die einige Tage auf einem warmen Ofen gestanden haben und schließlich in Gärung übergegangen sind. Schon der Duft, der einem solchen Gericht entsteigt, ist nicht allzu verlockend. Der Chinese pflegt gewöhnlich sehr bescheiden zu essen. Für die Genügsamkeit der Chinesen ist es bezeichnend, daß es in Berlin ein kleines Speisehaus gibt, in dem sich jeder Besucher sein Mahl auf einem kleinen Spirituskocher selbst zubereitet. Der Inhaber dieser Gaststätte liefert seinen Kunden nur die Materialien und eine besonders scharf gewürzte Sauce, die über fast alle Speisen gegossen wird. Als Getränk für das Mittag- und Abendessen dient Tee, während Alkohol nur selten, also etwa an hohen Feiertagen, genossen wird. Etwas besser leben die Chinesen nur während ihres Neujahrsfestes.

W. G.

Gewerkschaftliches

Einmütig abgelehnt!

Der Schiedsspruch im Buchdruckgewerbe.

Der am Montag gefällte Schiedsspruch für das Buchdruckgewerbe hat folgenden Wortlaut:

„1. Der Spitzenlohn wird auf 55 Mark festgesetzt. Die sich aus dieser Festsetzung des Spitzenlohnes für die einzelnen Lohn- und Ortsklassen ergebenden Unterschiedsbeträge kommen auch dann in Abzug, wenn ein über dem Tarifsohn liegender Gesamtlohn vereinbart ist.

2. Dieser Lohntarif gilt vom 14. Februar 1931 bis zum 31. August 1931.

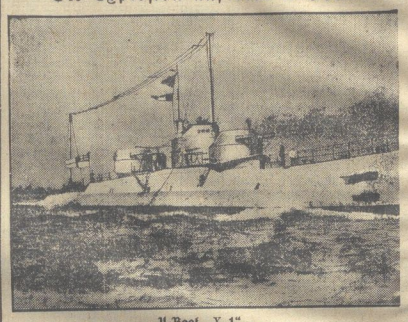
Er kann zu diesem Termin erstmalig am 15. Juli gekündigt werden. Wird er zu diesem Termin nicht gekündigt, so läuft er jeweils mit der gleichen Kündigungsfrist von 6 Wochen um ein Vierteljahr weiter.

3. Die Parteien haben sich bis Montag, den 9. Februar, vormittags 10 Uhr, über die Annahme des Schiedsspruches zu erklären."

Die Organisationsvertreter der deutschen Buchdruckereiarbeiter haben den Schiedsspruch einmütig abgelehnt. Die im Laufe der Woche anberaumten Versammlungen im ganzen Reiche werden ebenfalls noch zu diesem unverständlichen und für das Buchdruckgewerbe auch unberechtigten Schiedsspruch Stellung nehmen.

Lohnregelung für die Metallindustrie im Nordharzgebiet. Der von dem Verband der Metallindustriellen des Nordharzbezirkes mit dem deutschen Metallarbeiterverband, Bezirksleitung Halle, abgeschlossene Lohntarifvertrag für die Metallindustrie im Nordharz war von Arbeitgeberseite zum 31. Januar gekündigt. Da die Verhandlungen zwischen den Parteien zu keiner Einigung führten, wurde der zuständige Schlichtungsausschuß Halberstadt angerufen, der nach längeren Verhandlungen einen Schiedsspruch fällte, der eine Herabsetzung der bisherigen Lohnsätze von 80 ₰ in der Spitze um 5 v. H. vorsieht, und zwar mit Wirkung ab 1. 2. Der Schiedsspruch wurde einstimmig gefällt. Das neue Lohnabkommen kann erstmalig zum 31. August 1931 gekündigt werden.

Die Explosion auf dem U-Boot.



U-Boot „X 1"

wurde bei Uebungen in der Themsemündung von einer schweren Explosion heimgesucht, bei der 7 Matrosen gefährlich verletzt wurden. Hätte sich das Schiff gerade unter Wasser befunden, wäre die gesamte Besatzung ums Leben gekommen. „X 1" ist ein wahres Unglücksschiff; schon 1929 hatte es einen ähnlichen Unfall vor Gibraltar gehabt.

Wirtschaft und Handel

Marktberichte.

Berliner Getreidebörse vom 4. Februar.

	3. Februar	4. Februar
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	267.— bis 269.—	266.— bis 268.—
Roggen	155.— bis 157.—	155.— bis 157.—
Braugerste	204.— bis 213.—	204.— bis 213.—
Futter- und Industriegerste	190.— bis 204.—	190.— bis 204.—
Hafer	138.— bis 145.—	138.— bis 145.—
Weizenmehl	30.25 bis 37.50	30.25 bis 37.50
Roggenmehl	23.70 bis 26.50	23.65 bis 26.50
Weizenkleie	11.00 bis 11.25	11.00 bis 11.25
Roggenkleie	9.50 bis 10.00	[illegible] bis 10.00

Sozialdemokr. Partei Deutschlands
Ortsgruppe Halberstadt
Parteisekretariat Halberstadt, Domplatz 48, Tel. 2591

Jungsozialisten Halberstadt. Die „Heuerkappe" trifft sich am Donnerstag, 20 Uhr, beim Genossen Fritz Behrens, Südstraße 9, zur Rollenverteilung.

Amtliche Wetternachrichten

ERKLÄRUNG: ○ windstill, ◐ heiter, ◑ halbbedeckt, ● wolkig, ● bedeckt, • Regen, * Schnee, ∞ Dunst, ≡ Nebel, K Gewitter, △ Graupeln, ▲ Hagel, ◎ Sturm, ⊸ sehr leicht, — Leicht, — schwach, — mäßig, — frisch, — stark, — steif, — stürmisch, — voller Sturm. Die Pfeile fliegen mit dem Winde. Die eingezeichneten Linien (Isobaren) verbinden die Orte mit gleichem Luftdruck. Die neben den Orten stehenden Zahlen geben die Lufttemperatur an.

Voraussichtliche Witterung bis Freitag abend.

Die kalte Ostströmung hielt am Mittwoch an. Sie brachte uns Luft von Rußland her, wodurch das Thermometer in der Provinz dauernd unter dem Nullpunkt gehalten wurde. In diesem Luftstrom lagen überall kleine Störungsgebiete, die uns während des Tages öfters Schneeschauer brachten. In den Ostseeprovinzen werden am Mittwochabend schon 22 Grad unter Null beobachtet. In einzelnen verschneiten Tälern Schwedens ist das Thermometer bei Windstille schon auf 28 Grad Kälte gesunken. In Ostpreußen werden 11 Grad unter Null beobachtet und in Schlesien 5 Grad unter Null. Der Frost hat sich bis zum Bodensee ausgedehnt. Vorläufig behalten wir auch zur Mittaszeit Kältegrade. Da das Tief von Süden her auf uns zuwandert, werden die Schneefälle andauern.

Aussichten: Bei schwacher Luftbewegung wolkiges Wetter mit Schneeschauern. Im Flachlande weniger als 0 Grad, im Bergland Frost und weitere Schneefälle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919310205-19/fragment/page=0008

2. Beilage zur Harzer Volksstimme

Nr. 30 — Donnerstag, den 5. Februar 1931 — 6. Jahrgang

Mücke und Killinger.

Wie der sächsische Nazi-Häuptling v. Killinger sich selbst richtete.

ADOLF HITLER
KANZLEI:
MÜNCHEN 13, SCHELLINGSTR. 50
FERNSP. 26 23 UND 26 27 24 (NACHT)
BANKKONTO: MÜNCHNER BANK

MÜNCHEN, den 14. November 28

An

den

Gau?

Auf Grund meines Eintrittes in die Akten über die Angriffe des Kapitänleutnants von Killinger gegen Kapitänleutnant von Mücke habe ich die Überzeugung erhalten, dass der von Kapitänleutnant von Killinger den Oberkommando zur Verfügung gestellte Brief vom 8.9.28 in keiner Weise geeignet ist, die den Kapitänleutnant von Mücke einst zugefügten schwersten Beleidigungen aus der Welt zu schaffen. Ich habe keinen Zweifel darüber belassen, dass die Bereinigung dieser Angelegenheit aber die Voraussetzung ist für einen Eintritt des Kapitänleutnants von Killinger in die Partei. Kptlt. von Mücke ist seit 6 Jahren Mitglied der Bewegung und darf verlangen, dass ihm, dem damals so schweres Unrecht zugefügt wurde, eine einwandfreie Genugtuung geboten wird.

Ich sehe mich deshalb veranlasst zur Wiedergutmachung des damals dem Kptlt. von Mücke zugefügten schweren Unrechtes, sowie zur Ermöglichung eines Eintritts des Kptlt. von Killinger in die NSDAP folgendes zu verfügen:

1.) die Aufnahme des Kptlt. von Killinger in die NSDAP wird aufgehoben.

2.) Kptlt. von Killinger gibt eine Ehrenerklärung, deren Text ich in nachstehendem formuliert habe an mich, die ich dem Kptlt. von Mücke persönlich zustellen werde.

gez. Hitler

Erklärung.

Alle in dem von mir unterschriebenen Briefe an den Kptlt. von Mücke vom 29.10.1924 ausgesprochenen, die Ehre des Kptlt.

ADOLF HITLER
KANZLEI:
MÜNCHEN 13, SCHELLINGSTR. 50
FERNSP. 26 23 UND 26 27 24 (NACHT)
BANKKONTO: MÜNCHNER BANK

MÜNCHEN, den 14. November 28

- 2 -

von Mücke irgendwie antastenden Behauptungen, entbehren jeder Grundlage und haben immer jeder Grundlage entbehrt.

Dasselbe gilt von allen ähnlichen Behauptungen irgendwelcher Art, die schriftlich oder mündlich die gleiche Angelegenheit betreffend irgendwann oder irgendwo von mir aufgestellt worden sind.

In dieser Erklärung werden ausdrücklich noch alle sonstigen Schreiben einbezogen, die in gleicher Angelegenheit an Herrn von Mücke, oder an wen es sonst sei, gerichtet worden sind, soweit ich an diesen Schreiben beteiligt bin oder meine Beteiligung von irgendjemand behauptet worden sollte.

Mit den vorstehenden Feststellungen fallen alle irgendwann oder irgendwo auf diese unbegründeten Behauptungen aufgebauten Rückschlüsse in sich zusammen.

Ich stelle ausdrücklich fest, dass zu keiner Zeit und in keiner Hinsicht jemals die allergeringste Berechtigung vorlag, Zweifel zu hegen, dass Herr von Mücke in jeder Hinsicht als Ehrenmann makellos dasteht.

Ort München Datum Pr. 12 November 1928

Unterschrift.

Max. Freiherr v. Killinger

Durchschläge dieses Schreibens ergingen an: Kptlt. von Mücke
Kptlt. von Killinger

Die Nationalsozialisten fahren fort, zu lügen, daß Kapitänleutnant Helmut v. Mücke, der ihrer Partei angeekelt den Rücken gekehrt hat, „aus der Partei ausgeschlossen" worden sei. Ein Licht, auf die Vorgänge, die zu Mückes freiwilliger Trennung von den Nazis geführt haben, werfen die beiden Briefe, die wir oben faksimiliert wiedergeben. Der eine ist von Hitler an v. Killinger gerichtet, macht Killinger Vorwürfe wegen des dem Kapitänleutnant v. Mücke zugefügten schweren Unrechts und befiehlt ihm, eine von Hitler formulierte Ehrenerklärung abzugeben.

Diese Ehrenerklärung (der zweite Brief) ist, wie man auf dem rechten Faksimile erkennen kann, tatsächlich von Herrn von Killinger unterschrieben worden. Er gesteht darin, daß seine Beleidigungen gegen Mücke jeder Grundlage entbehren und immer jeder Grundlage entbehrt haben. Mit andern Worten: Der sächsische Nazihäuptling bezeichnet damit sich selbst als Ehrabschneider und Verleumder.

Ein Mann, der — wie Herr von Killinger — auf Befehl seines Parteichefs durch seine eigenhändige Unterschrift bestätigen muß, daß die von ihm aufgestellten Behauptungen und Beleidigungen „jeder Grundlage entbehren" und „immer jeder Grundlage entbehrt haben", bekennt damit, daß er von vornherein von der Unwahrheit seiner Aussagen überzeugt war und stempelt sich selbst zum bewußten Lügner, Verleumder und Ehrabschneider. — Eine Partei aber, die — wie die Hitlerpartei — einen solchen Mann mit Wissen und Willen bei sich aufnimmt und ihm führende Funktionen überträgt, ist die „Partei der unanständigen Leute."

Flauberts Nichte gestorben. Die Nichte und Testamentsvollstreckerin des französischen Dichters Gustav Flaubert ist in Antibes (Riviera) im Alter von 83 Jahren gestorben. Frau Caroline Franklin-Grout hatte, wie die Schwester Nietzsches ihr Leben der Organisation des Nachlasses Flauberts, ihres Onkels, gewidmet und alle Neuauflagen seiner Werke übernommen. Das gesamte in ihrem Besitz befindliche Material wird in ein Flaubert-Museum übernommen werden.

Um die Calmette-Schuld. In der Pariser Akademie für Medizin gelangte ein Brief des Professors Calmette zur Verlesung, in dem dieser über die Erhebungen des Professors Hamel vom deutschen obersten Gesundheitsamt in Sachen der Lübecker Kinderkatastrophe Bericht erstattet. Danach sei einwandfrei festgestellt worden, daß nicht das Serum, sondern eine tragische Unvorsichtigkeit des Lübecker Laboratoriums die Schuld an den zahlreichen Todesfällen trage.

Stolpe zum Tode verurteilt.

8 Jahre, 2 Monate Gefängnis für Lieschen Neumann — 6 Jahre 3 Monate Zuchthaus für Benziger.

Im Berliner Prozeß um die Ermordung des Uhrmachers Ulbrich verkündete Landgerichtsdirektor Dr. Schmitz am Mittwoch nachmittag ¼4 Uhr folgendes

Urteil:

„Die Angeklagten sind schuldig, gemeinschaftlich einen Menschen vorsätzlich getötet zu haben und zwar Stolpe und Lieschen Neumann mit Ueberlegung, Benziger ohne Ueberlegung. Der Angeklagte Stolpe wird wegen Mordes zum Tode verurteilt, Lieschen Neumann wegen Mordes und Unterschlagung zu einer Gesamtstrafe von acht Jahren zwei Monaten Gefängnis, der Angeklagte Benziger wegen Totschlags und Unterschlagung zu sechs Jahren drei Monaten Zuchthaus. Die Untersuchungshaft wird angerechnet. Die Angeklagten tragen die Kosten des Verfahrens."

Fast während der gesamten Urteilsbegründung, deren Bekanntgabe durch den Vorsitzenden etwa anderthalb Stunden dauerte, hielten die Verurteilten ihren Kopf hinter der Anklagebank versteckt. Erst bei der Belehrung durch den Vorsitzenden, daß Revision gegebenenfalls innerhalb einer Woche beim Reichsgericht beantragt werden müßte, richteten sich die Angeklagten hoch. Benziger und Lieschen Neumann weinten, Stolpe murmelte nervös vor sich hin. Als die Verurteilten abgeführt wurden, klopfte Stolpe seinem Freunde Benziger auf den Rücken und tröstete ihn:

„Weene man nich, mein Junge . . ."

Eine viehische Tat, an der es nichts zu beschönigen gibt, ist mit einer harten Strafe gesühnt worden. Möglichermeise ist diese Strafe auch im juristischen Sinne gerecht. Da aber letzte Zweifel am Ablauf der Tat trotz der Beweisaufnahme noch bestehen dürften, hätten wohlwollende Richter natürlich auch bei Lieschen Neumann — sie muß, im Gegensatz zu Benziger ins Gefängnis, weil sie noch dem Jugendgericht untersteht — und auch bei Stolpe statt Mordes Totschlag annehmen können. Die Frage ist aber natürlich, wie weit bei Menschen die einer solchen Tat fähig sind, noch Wohlwollen am Platze ist.

Am Schluß seines Plädoyers hatte einer der Verteidiger die Formulierung gefunden:

„Urteilen Sie milde, dann urteilen Sie gerecht!"

Und das muß in der Tat gesagt werden: so furchtbar grauenvoll und widerlich das Gesamtverbrechen als solches erscheint, so wäre es doch nur menschlich gewesen, wenn die grauenvolle Verstrickung, die hier am Werke war, nicht nur bei Benziger, sondern auch bei Stolpe und Lieschen Neumann zu jenem Verstehen geführt hätte, das schließlich zum Wohlwollen und so auch zu einem milderen Urteil führt. Wir wissen aus den Ergebnissen der Beweisaufnahme und aus dem Inhalt der Sachverständigengutachten, daß Lieschen Neumann, trotz der so räffelhaften Tat, ein psychopathisches, aber im Grunde kein bösartiges, sondern nur vollkommen infantiles und haltloses Mädchen war. Man hat auch von Stolpe neben manchem Bedenklichen recht viel Gutes gehört. Man weiß schließlich von der erheblichen Belastung der Angeklagten, von ihrer harten Jugend, der fehlenden Erziehung, dem unglücklichen sozialen Milieu. Alles das sind Dinge, die den Armen leichter schuldig werden lassen als den, der im Wohlstand lebt. Gewiß, sie entschuldigen nicht die Tat und sie erklären sie auch längst nicht restlos, aber sie sollten doch zur größten Menschlichkeit mahnen.

Das Gericht, gewiß verpflichtet, den Staat vor asozialen Elementen zu schützen, hielt sich mit seinem Urteil mehr an die Theorie und an die Buchstaben, als ans Leben und ans Gefühl. Ob es der Wahrheit, der Wahrheit als sittlicher Idee und Forderung, sehr nahe kam?

Ego.

Die Passion

Roman von Clara Viebig

28. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Der Verliebten, der das Herz voll war, floß der Mund über. Sehr oft, wenn sie mit Eva allein war, sprach sie von „Ihm"; sprach dieser von ihren heimlichen Freuden. Eva bekam dann einen roten Kopf: oh, das dachte sie sich sehr schön, das hätte sie auch gemocht! Der Herr Doktor nahm Schwester Johanna auf seinen Schoß, sie tranken aus einem Glase, er sagte: „Mein Liebstes," und wenn sie irgendwo in einem Zuschauerraum saßen, der verdunkelt wurde, dann küßte er sie rasch hinters Ohr.

Aber es kam eine Zeit, da Schwester Johanna nicht mehr so viel von Ihm sprach. Gar nicht mehr von Ihm sprach. Ueberhaupt nicht mehr viel sprach. Sonst hatte sie mit ihren Kranken oft ein Späßchen gemacht, selbst die Greisin mit der Hakennase in dem Hexengesicht zeigte einen Anflug von Lächeln um den zahnlosen Mund, wenn die junge Pflegerin in ihrer frischen Art sagte: „Na, Großmutter, wie haben wir denn heut nacht geschlafen?" Jetzt tönte Schwester Johannas volles Lachen nicht mehr durch den Saal, dessen Wände vernahmen, wie vor ihrem Hiersein, nur Seufzer und Stöhnen.

Was war mit Johanna? Warum hatte sie ihre hübschen roten Wangen nicht mehr und nicht mehr die blanken Augen? Deren Glanz war getrübt, sie sahen oftmals vermeint aus. Evas Blicke folgten der Schwester, die sie liebte. Und forschten. Sie hätte gern gefragt: „Ist Ihnen was?" Aber sie traute sich nicht, Schwester Johanna hatte jetzt so etwas Abweisendes, gar nicht mehr so, als ob sie Freundinnen wären. Stumm und abgespannt tat sie ihre Pflicht und wie verdrossen, zu allem unlustig. Wer hatte ihr etwas getan? War sie etwa böse auf ihre kleine Eva? Eva grübelte.

Da kam sie eines frühen Morgens, als der Betrieb noch nicht im Gange war, in den Raum, wo die großen Kasten standen, in die die schmutzige Wäsche getan wurde. Da saß Schwester Johanna auf dem einzigen Schemel, hatte das Gesicht tief niedergebeugt auf die hochgestemmten Knie, die Hände um die Knie geschlungen; es war so, als hielte sie sich an sich selber fest. Es war ein erbärmlicher Anblick.

„Schwester Johanna!" Eva schrie auf vor Schreck. Und dann kniete sie vor der Zusammengebrochenen nieder, schlang ihre dünnen Aermchen um deren zuckenden Leib und versuchte ihr ins Gesicht zu sehen: „O liebe Schwester, sag mir doch, was dir fehlt!" Sie sagte auf einmal „du", sie ließ in ihrer Bestürzung ganz den schuldigen Respekt außer acht; die war ja auch unglücklich, Genossinnen in einem traurigen Schicksal, welcher Art das auch sein mag, nennen sich „du". „Kann ich dir helfen?"

Die Gefragte schüttelte verneinend den Kopf, aber als Evas Hände sie liebkosend streichelten, sie ängstlich aufzurichten versuchten, da flüsterte sie: „Mein gutes Kochen!"

Und dann weinte sie laut ihr Unglück heraus: „Er denkt nicht daran, mich zu heiraten. Er gibt mich auf. Gestern abend bekam ich seinen Brief — ach, den hatte ich schon lange befürchtet! Aber gezweifelt habe ich immer noch — noch gehofft. Nun ist's aus. Er wird sich mit der Tochter vom Chef verloben. Er schreibt, es tut ihm leid, aber er kann nicht anders, er ist unvermögend, es dauert zu lange, bis er genügend verdient. Jetzt macht er Karriere. Aber ich — aber ich?!" Sie richtete sich auf, schlug sich mit den beiden Fäusten vor die Stirn, und dann rannte sie in dem engen Gelaß umher, stieß hier und dort an, krallte mit den Händen die nackten Wände, es war, als wolle sie an denen hinauf. „Die ganze Nacht bin ich so gewandert. Ich halt's nicht mehr aus, ich kann nicht mehr hier bleiben, ich muß fort, ich will ihn nicht wiedersehen! Am besten, ich bringe mich um."

„O Schwester Johanna, Schwester Johanna", — wimmernd hing sich Eva an die ganz ihrem Schmerz sich Hingebende —, „das wirft du doch nicht tun?! Umbringen, wie schrecklich, o wie schrecklich!" Die Zähne schlugen ihr aufeinander vor Entsetzen. „Du bringst dich nicht um — ich halte dich fest. Umbringen, das ist zu schrecklich!" Ihre schwachen Arme hielten fest mit aller Kraft, deren sie fähig waren. „Nicht umbringen, nicht umbringen!"

„Nein, nein." Nun war es die Schwester, die Eva streichelte, sie zu beruhigen versuchte.

Draußen rief eine Stimme: „Wo ist Schwester Johanna? Schwester Johanna, Sie werden gewünscht!"

Schwester Johanna strich sich mit beiden Händen den Scheitel glatt, rückte die Haube gerade und rief: „Ja, gleich!" Sie ging, sie nickte noch Eva zu: „Schweigel!"

Eva blieb in einem Wirrmarr verstörter Gefühle zurück. Was was das, was war das? Umbringen deshalb? Deshalb? Was war das für ein Gefühl, das die Schwester Johanna zu dem jungen Doktor hinriß, überhaupt eine Frau zu einem Mann? War das so stark, daß es sie alles andere vergessen ließ? Umbringen? Die Schwester Johanna hatte doch eine Mutter, die sie mit dem, was sie hier verdiente, ernähren mußte. Und daran dachte die gar nicht? Das mußte doch etwas sehr Mächtiges sein, was sie alles so vergessen ließ, so mächtig wie ein Sturm, der Bäume wegfegt und Häuser umreißt. —

Schwester Johanna verließ zum ersten November die Charite. Die Kranken im Saal drei der inneren Station waren unglücklich darüber, nun bekamen sie statt der freundlichen jungen Schwester die alte mufflige, die einen Anflug von Schnurrbart hatte und mit ihren breiten Schultern und dem energischen Tritt genau so war wie ein Mann. Nun, da Schwester Johanna ging, war Eva glücklich, daß auch sie das Haus verlassen konnte, in dem sie so lange gewesen war, daß sie heimisch darin geworden. Sie schied mit Tränen von ihrer lieben Schwester Johanna, die nun erst einmal nach Hause zu ihrer Mutter ging. Und sie schied mit Tränen von der Charite.

— — — — — — — — — — — —

„Wir werden sie nun wohl wieder nehmen müssen," sagte Tante Ella und seufzte. Und auch der Onkel seufzte. „Da?" fragte sie; sie hatte immer noch gehofft, er wüßte vielleicht einen anderen Ausweg, aber er wußte keinen.

So kam dann Eva wieder zu den Wilkowskis zurück. Das mußte man sagen, sie hatte manches gelernt in der Charite. Zum Beispiel Schlösser putzen konnte keiner so gut wie sie; sie hatte darin Uebung, in der Charite hatte sie immer an allen Türen des Ganges die Schlösser geputzt. Frau Ella meinte aber nach sechs Wochen, als Eva nicht, wie sie gefürchtet hatte, wieder krank geworden war: „Wir könnten sie doch eigentlich Greten geben. Der Kleine schreit so viel, das Kindermädchen hat schon wieder gekündigt. Das wäre ein ganz netter Posten für die Eva."

„Aber hört mal", sagte Albert, der gerade zugegen war, „das ist doch hart für die Eva. Da bleibt ja kein Kindermädchen, weil sie nachts keinen Schlaf kriegen. Der Schwager verlangt noch dazu, daß sie das Unglückswurm immer herumtragen."

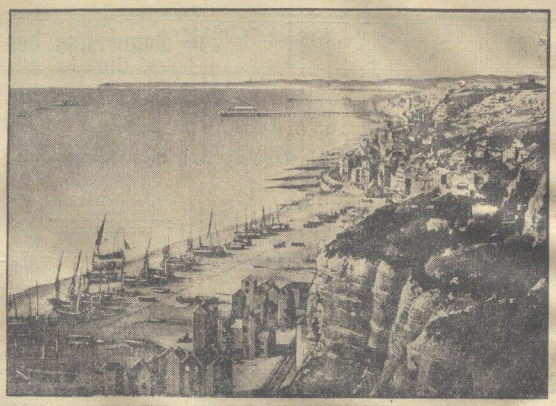
„Na, wenn es doch so schreit. Das arme Kind!" Frau Ella sagte es vorwurfsvoll; ihr Großmutterherz war bekümmert. So ein hübsches Kerlchen, äußerlich eigentlich ein reizendes Kerlchen, aber trotz seiner anderthalb Jahre gab er noch kein Zeichen erwachenden Verstandes von sich. Er hörte wohl, er sah auch — das war alles ausprobiert, man hatte schon genug Aerzte konsultiert — aber er war sehr zurück.

Das war nun das Kind, dessentwegen Grete so viel ausgehalten hatte! Das geboren wurde neun Monate nachdem es das erstemal schief gegangen war; Franzensbad und Elster hatten daran nichts ändern können. Mit einem bösen Blick sah Frau Wilkowski ihren Schwiegersohn an: das hätte sie ahnen sollen, nie hätte er ihre

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919310205-19/fragment/page=0009

Das Erdbeben von Neuseeland.

Blick auf die besonders schwer betroffene Stadt Napier.



Das Städtchen Hastings bei Napier, das ebenfalls zerstört wurde.

Sidney (Australien), 4. Februar. (Eig. Drahtb.) Immer noch ist es unmöglich, eine genaue Ziffer der Toten der Erdbebenkatastrophe von Neu-Seeland festzustellen. Stündlich werden neue Leichen aus den Trümmern herausgezogen. Die offiziellen Nachrichten waren am Mittwoch sogar noch weitaus pessimistischer als am Tage zuvor.

In der völlig zerstörten Stadt Napier muß mit 400 bis 500 Toten und 1500 Verletzten gerechnet werden. Die Totenliste von Hastings steigt ebenfalls. Hier wird mit 150 Leichen gerechnet. Schätzungsweise sind im ganzen Lande

1000 Menschen ums Leben gekommen.

Auch das nach dem Beben durch Explosionen einsetzende Feuer hat viele Opfer gefordert. Infolge des Wassermangels ist Napier als Seuchengebiet erklärt worden. Die sich inzwischen sammelnden 16 000 Bewohner dürfen die Stadt nicht mehr betreten und werden abtransportiert. Neben der entsetzlichen Tragik und der Art, wie die Opfer der Katastrophe erschlagen wurden und teilweise lebendigen Leibes verbrannten, stehen die Helden- und Hilfstaten der Retter. Besonders die Insassen des Gefängnisses von Napier verrichteten Wunder an Aufopferung und Beistand. Unter den Trümmern eines eingestürzten Schulhauses liegen die Leichen von 22 erschlagenen Kindern. 12 Kinder wurden in einer Kirche während des Gottesdienstes getötet. Napier, Hastings (10 000 Einwohner) und noch vier andere Städte sind fast völlig niedergebrannt. Von Napier bis Waipukurau (40 Meilen entfernt) ist kein Schornstein stehen geblieben. Der Sachschaden ist unermeßlich. Etwa 60000 Menschen sind obdachlos.

Sport

Arbeiter-Schützenverein Halberstadt. Da unser Bund neue Schießvorschriften herausgegeben hat, ist es unbedingt erforderlich, daß jeder Sportgenosse morgen, Freitag, 20 Uhr, zum Uebungsabend erscheint, zwecks Neueinteilung.

Turn- und Sportverein „Freiheit" Halberstadt. Am kommenden Sonntag macht der Verein, die in der letzten Versammlung beschlossene Wintertour nach dem Molkenhaus. Es findet hier auf den Wiesen ein Sympathietreffen des 2. und 11. Kreises aus Anlaß der Arbeiter-Wintersport-Olympia statt. Wer will bei diesem großen Treffen, wo hunderte von Sportlern und Sportlerinnen sich mit „Frei Heil" begrüßen, fehlen? Wir fahren auf Sonntagskarte 7.03 Uhr nach Ilsenburg. Jugendliche, die auf Jugendschein fahren, müssen das Fahrgeld (1.40 ℳ) Freitag in der Turnhalle abgeben. Rodelschlitten sind mitzubringen.

— **Halberstädter Wintersport-Verein im Deutschen Wintersportverband.** Die Mitgliederversammlung findet am Freitag, den 5. 2., abends 8 Uhr, im Heilighaeistiftt (Spiegelstraße) statt. Um regen Besuch wird gebeten.

3. **Republikanisches Wintersportfest in Frauenwald in Thüringen.** Der Deutsche Wintersportverband — die Spitzenorganisation der republikanischen Wintersportvereine veranstaltet sein 3. Republikanisches Wintersportfest am 7. und 8. Februar in Frauenwald in Thüringen. — Das Sportfest wird eingeleitet durch einen abfahrlaufen Skikurs in Schmiedefeld und Frauenfeld, den die Gaue Mitteldeutschland und Berlin veranstalten. Am Sonnabend, den 7. Februar, treffen die auswärtigen Skisportler in Frauenwald ein, am gleichen Tage findet auch die Präsidialtagung und der Vertretertag des Verbandes statt. — Abends werden die Sportler durch die Stadt begrüßt mit einem Sportball. Die Sportler veranstalten einen Fackelzug. Auf dem Sportball werden auch die Startnummern ausgelost. Am Sonntag früh beginnen die sportlichen Wettkämpfe. Es sind für alle Klassen Mannschafts- und Einzelläufe ausgeschrieben und zwar über 15, 6 und 4 Kilometer. Neben den Verbandsklassen sind noch einige Gästeklassen für Republikaner, die nicht dem Verband angehören, ausgeschrieben. Für alle Klassen auch für die Gästeklassen sind bereits mehrere hundert Startmeldungen eingelaufen. Auch eine Anzahl ausländischer Sportler haben ihre Meldungen bereits abgegeben. Auch für die Sprungkonkurrenzen, die nachmittags in Frauenwald stattfinden, liegen bereits zahlreiche Meldungen vor. Eine Anzahl republikanischer Organisationen unterstützen die Veranstaltungen. So hat der Deutsche Auto-Klub eine Zielfahrt nach Frauenwald angesetzt. Startmeldungen sind an das Verbandsbüro Berlin SW 68 Markgrafenstraße 22 zu richten. —

Deutscher Arbeiter-Kegelverbund. Am kommenden Sonntag, vormittags 10 Uhr, findet im Gewerkschaftshause die Bezirksversammlung statt.

V. f. L. (Militärsportverein). Nächsten Sonntag treffen sich auf dem Kasernenhof der Infanterie Kaserne V. f. L. 1. und Teutonia Aschersleben 1. im fälligen Fußballverbandsspiel. Spielbeginn um 15 Uhr. Vorher treffen sich die Rel.-Mannschaften beider Vereine.

Jugendbewegung

Sozialistische Arbeiter-Jugend (S. A.-J.)

Arbeiter-Kinderfreunde Halberstadt. Ihr müßt alle eure Eltern auffordern, am Freitag nach Bollmann, Bahnstraße zu kommen. Wir wollen mit euren Eltern über unsere kommende Arbeit sprechen. Wir wollen um 20 Uhr anfangen, aber ihr müßt zu Hause bleiben.

Werbebezirk Aschersleben. Am Sonntag, den 15. Februar, findet in Nachterstedt unsere nächste Werbebezirksrätetung statt. Alle Teilnehmer treffen sich um 11 Uhr in dem Restaurant gegenüber dem Rathaus. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Wahlen. 3. Osterwerbung. 4. Wir und der Faschismus. 5. Verschiedenes.

Bernigerode. Am Freitag trifft sich alles um 18 Uhr, auf der Winde zum Rodeln. — Am Sonnabend, 20 Uhr, Vorstandssitzung im Heim. — Sonntag, um 15 Uhr, Kasperletheater im „Monopol", hierfür ist rege Propaganda zu machen.

Freie Gewerkschaftsjugend.

Junghuchdrucker Halberstadt. Freitag, den 6. Februar, 20 Uhr, im Tagesraum der Jugendherberge, Domplatz 49, wichtige Zusammenkunft. Es darf keiner fehlen.

Buchbinder-Jugend Halberstadt. Am Donnerstag, 5. Februar, 20 Uhr im Heim hören wir einen Vortrag über Friedrich Ebert, dessen Erinnerung zu seinem 60. Geburtstage wieder wachgerufen wird.

Veranstaltungen

Kappenfest des Gesangvereins „Arion". Am Sonntag, den 8. Februar, 19 Uhr, findet in den Räumen des „Elysium" ein großes Kostüm- und Kappenfest des Gesangvereins „Arion" statt. Heitere Weisen der Arion-Sänger verschönen das Fest.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold"

Halberstadt. Dem Schnitter Tod hat es gefallen, unseren alten, treuen Kameraden Wilhelm Schwannecke aus unseren Reihen abzurufen. Kamerad Wilhelm Schwannecke war einer der Gründer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und ist der Schutztruppe der Republik bis an sein Ende treu geblieben. Alter und jahrelange Krankheit verhinderten leider unseren verstorbenen Kameraden in letzter Zeit, öffentlich in unseren Reihen mit zu arbeiten. Trotzdem war er im Geiste immer bei uns und sein reges Interesse für das Reichsbanner, ist in ihm, bis in seine letzten Tage, wachgeblieben. Wir betrauern in dem Verstorbenen einen guten Kameraden und aufrechten Republikaner und werden seiner stets in Ehren gedenken. Unsere Kameraden werden gebeten an der Beerdigung möglichst zahlreich teilzunehmen. Die Ortsgruppe tritt am Sonnabend 16 Uhr am Friedhof an.

Halberstadt. 2. Abteilung. 4, 5. und 6. Bezirk. Zu der am Freitag, den 6. Februar, abends 8 Uhr, beim Kam. Fritz Stauch, Hohewegs, stattfindenden Versammlung werden die Kameraden mit ihren Frauen ersucht, pünktlich zu erscheinen.

Osterwieck. Unsere Gründungsfeier findet am Sonnabend, den 21. Februar, 20 Uhr, im Ratsgarten statt. Die Begrüßungsansprache hat unser Gauführer Kamerad Ernst Wille-Magdeburg übernommen. Es wirken mit Hermann Bollmann vom Stadttheater Halberstadt und das Salonorchester Meißner-Ackermann. Die Kameraden unserer Nachbarortsvereine und alle Gesinnungsfreunde sind zu dieser Veranstaltung hiermit höflichst eingeladen.

Oschersleben. Aktive Hundertschaften. Morgen Freitag pünktlich 18.45 Uhr, im „Stadtpark" antreten. Restlosses Erscheinen aller Funktionäre ist unbedingt erforderlich.

Grete gekriegt! Die trug er nun zwar auf Händen, schaffte ihr schöne Kleider genug, alles was sie sich nur wünschte — aber konnte man glücklich sein, wenn man so ein Kind hatte? Nur gut, daß Grete das nicht so sah, noch fand sie ihren Jungen ganz reizend. Frau Ella hütete sich wohl, sie über ihn aufzuklären.

„Ist er nicht süß?" sagte Grete zu Eva, als sie die ins Kinderzimmer führte, und wies auf den Knaben, der in seinem weißen, himmelblau gezierten Bettchen lag und die großen leeren Augen starr geradeaus gerichtet hielt, ohne nur mit einer Bewegung des Mündchens das Lächeln der Mutter zu erwidern. „Er ist so brav," rühmte die junge Frau, „er ist immer zufrieden, gar nicht so quengelig wie andere Kinder, die jede Minute was wollen. Nur nachts ist er öfter ein bißchen unruhig." Das sagte sie ein wenig kleinlaut und blickte Eva von der Seite an: würde ihr die auch so davonlaufen, wie die anderen Kindermädchen immer davongelaufen waren? So leicht doch wohl nicht. Und den Arm um die so viel dürftigere Gestalt als ihre eigene es war, legend, sagte sie herzlich: „Du sollst es gut bei uns haben, Eva. Früher war ich manchmal gar nicht nett zu dir, auch nicht nett gegen deine Mutter, aber wenn man erst älter wird und verheiratet ist, dann sieht man manches ganz anders an."

Sie lächelte, nahm den Knaben, der durch nichts eine Teilnahme zeigte, aus dem Bettchen und legte ihn Eva in den Arm: „Da hast du ihn. Mein Mann hat gern, daß Felix herumgetragen wird, wenn er schreit. Er hat nämlich immer Angst, das Kind könnte sich sonst blau schreien, womöglich Krämpfe bekommen. Aber du hast es ja bequem, dein Bett kommt hier ins Zimmer."

Bleischwer lastete der dicke Kopf des kleinen Felix auf Evas Arm. Und die Last wurde immer schwerer und schwerer, je länger sie die trug. Und sie trug die oft sehr lange, viele Stunden. Es war merkwürdig, so ruhig der kleine Felix am Tage war, so unruhig war er des Nachts. Er schrie mit quäkender, durchdringender Stimme, wie ein armes Tier, das gepeinigt wird. Hatte sie ihn endlich zum Schweigen gebracht, indem sie ihn auf den Armen beständig hin und her wiegte, und legte ihn behutsam wieder nieder, schlüpfte zurück in ihr Bett, gleich schrie er wieder auf, so gellend, daß sie ihn erschrocken abermals aufnahm. Und dann hob das Wiegen auf den Armen, das schaukelnde Hin- und Hertragen von neuem an. So Nacht für Nacht.

„Er kriegt Zähne," glaubte Frau Ella entschuldigen zu müssen. „Das kommt nur davon." Eva hatte geklagt, sie konnte das schwere Kind nicht so lange mehr tragen, der Rücken drohte ihr zu brechen. „Das geht vorüber," tröstete die Tante. „Wenn der Junge erst die Zähne hat, hast du ja rein nichts mehr zu tun. Da hast du Opodeldok, reib dir mal jeden Abend den Rücken ein. Rückenschmerzen sind doch nicht so schlimm."

Aber sie waren schlimm; besonders wenn Felix sich so bäumte auf Evas Arm, daß sie ihn halten mußte mit aller Gewalt. Dann war es ihr so, als bohre sich ihr in den Rücken, in die Hüften, in den Unterleib ein glühender Stahl.

„Ach, laß ihn nur nicht fallen," bat die junge Frau, die eines Nachts hereingelaufen kam im Nachthemd, die bloßen Füße in den Pantöffelchen; sie hatte sich weggestohlen von der Seite des fest schlafenden Mannes. Der hatte das Schreien nicht gehört; aber sie. Und es dünkte auch ihr heute entsetzlich. Auf einmal so entsetzlich, daß sie eine plötzliche Angst befallen hatte. „Was ist ihm nur? Schreit er immer so?"

WO BLEIBT DER ZWEITE MANN?

„Er schreit immer so," sagte verschlafen die todmüde Eva.

„Mein Gott!" Atemlos stieß es Grete heraus, in ihren Augen war etwas Aufgeschrecktes. Ob dem Kind etwas wehtat? Ob es vielleicht innerlich etwas hatte, was man nicht sehen, und was es nicht sagen konnte, und was es doch krank machte? „Gib ihn mir doch mal!" Bereitwilligst gab Eva das schwere Paket ab. Aber Grete versagte rasch. O wie schrecklich schwer lastete der Kopf! Und war der nicht eigentlich besonders groß? Hatten denn alle Kinder einen solch dicken Kopf? Der Kopf des kleinen Felix war ihr noch nie bisher aufgefallen, aber heute war es, als hätte sie eine Vergrößerungsbrille auf, sie sah ihn so groß, so entsetzlich groß. „Ich glaube, mit dem Kind ist etwas nicht in Ordnung," stammelte sie zitternd. Eva mußte ihr den Knaben abnehmen, sie hielt ihn nicht länger mehr. „Daß du ihn nur nicht noch etwa fallen," flehte sie.

„Wer weiß, ob ihn nicht eines der früheren Mädchen hat fallen lassen! Wenn man ein Kind auf den Kopf fallen läßt, kann es blöde werden. O mein Gott, er wird doch nicht blöde sein? Blöde?!"

— — — — — — — — — — —

„Warum hast du es ihr denn nicht ausgeredet, hast nicht gesagt, daß das Kind ganz normal ist?" fuhr Frau Ella die Nichte an.

„Ich weiß doch nicht," stotterte Eva.

„Du bist eine ganz dumme Gans, oder du tust es aus Bosheit." Die Tante war sehr aufgebracht. Das hatte man nun davon, daß man so gut war und Eva nahm; hätte man eine tüchtigere Wärterin angestellt, eine erfahrenere, hätte ihre arme Tochter noch lange nichts gemerkt. „Geh' nur 'rein zu ihr," herrschte sie den Schwiegersohn an, „sieh zu, was du angerichtet hast!"

Er verzog sich schleunigst. Aber am Bett seiner jungen Frau saß er jetzt und hielt ihre Hand. Grete hatte das Gesicht ins Kissen vergraben und weinte unaufhaltsam. Ein Kind, ein Kind hatte sie sich so sehr gewünscht, alles Gute und Edlere war in ihr aufgemacht, als sie es erwartete. Und als man ihr dann das kleine Geschöpf zeigte — oh, es lebte, es atmete, es war kein verunglücktes Nichts, wie das erstemal — da war sie glückselig: ihr Kind, ihr süßes Kind. Und nun war es ein blödes! Das ließ sie sich nicht ausreden.

Der Mann erschöpfte seine ganze Beredsamkeit, er streichelte sie, er küßte ihre Hände, er kniete an ihrem Bett. Aber er machte dabei ein Gesicht wie ein armer Sünder, war wie ein verprügelter Hund. Sollte es wirklich so sein, daß das Kind blöde war? Ach, Unsinn, nur ein wenig zurück! Das kam doch öfter vor und verwuchs sich nachher ganz, tröstete er sich; aber er glaubte es selber nicht. Und sollte er, er wirklich daran schuld sein, wenn sein Kind unglücklich war? Siedende Röte schoß ihm zu Kopf, und dann wurde er leichenblaß. Seine Lippen zuckten, seine Knie schlotterten. „Oh, wenn ich das geahnt hätte, das noch gedacht hätte!" stöhnte es heimlich in ihm. Solange er lebte, solange der Knabe lebte — ein blödes Kind, das er ansehen mußte — solange wurde er nun den Vorwurf, den er sich selber machte, den er sich machen mußte, nicht los. Was nützte ihm alles, was er sich erarbeitete, was nützte ihm, daß er sein Geschäft immer mehr hochbrachte, wenn er keinen Erben hatte, er es übernahm? Denn er durfte keinen haben, er wollte nicht — nein, er hatte den Mut nicht mehr dazu. Es könnte ja wieder so sein. Aber seine Frau war jung, und er war jung — was sollte er ihr nur sagen?! Verzweifelt biß er sich die Lippen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919310205-19/fragment/page=0010

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Molkenbuhr, für den lokalen Teil Wilhelm Kindermann, für Reklame u. Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313). Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 30 — **Donnerstag, den 5. Februar 1931** — **6. Jahrgang**

Der Haß gegen Braun und Severing.

Stahlhelm

begehrt Auflösung des preußischen Landtages.

Berlin, 5. Febr. (EF). Die Bundesleitung des Stahlhelms hat beim preußischen Innenministerium beantragt, die Listenauslegung für ein Volksbegehren mit folgendem Wortlaut in die Wege zu leiten: „Der am 20. Mai 1928 gewählte Preußische Landtag ist aufzulösen."

*

Mit diesem Antrag charakterisiert sich die Stahlhelmleitung wieder einmal als das, was sie schon lange ist: als die Gefangene ihrer eigenen politischen Dummheit. Man kann verstehen, daß es den Herrschaften selbst nicht wohl bei ihrem Antrage ist und daß es so ist, zeigt deutlich die Begründung in geradezu eindeutiger Weise. Darin ist nicht etwa zu lesen, warum der Stahlhelm das Volksbegehren beabsichtigt, sondern nur, daß die Aktion von den Instanzen der Schwarz-Weiß-Roten beschlossen worden ist. Also nicht, weil der Stahlhelm das Volksbegehren notwendig oder gar aussichtsreich hält, sondern weil die Dummheit einmal beschlossen ist, stürzt man sich in geistige und finanzielle Unkosten, obwohl Seldte und Düsterberg wissen, daß ihre Aktion im Endziel verpufft und die Mittel hierfür so gut wie aus dem Fenster hinausgeworfen sind. Aber was wollten die Führer des Stahlhelms anders machen! Vor nicht ganz anderthalb Jahren haben sie schon einmal ein Volksbegehren angekündigt. Die Ankündigungen sind niemals durchgeführt worden. Damals lautete die Parole des Stahlhelms: „Mehr Macht dem Reichspräsidenten!" Wochenlang hat man darüber geredet und für diese Parole Propaganda gemacht. Verwirklicht aber wurde das angekündigte Volksbegehren niemals. Man hat nicht einmal einen Anlauf zu seiner Durchführung genommen, nicht einmal so getan, als ob man wirklich wollte. So ist es denn jetzt zu verstehen, wenn man das jetzige Volksbegehren mit einigen Zweifeln verfolgt, denn auf die Stahlhelmer treffen die Worte zu: „Wer einmal lügt dem glaubt man nicht." Trotzdem hat man sich entschlossen, einen von vornherein verlorenen Kampf zu beginnen. Vielleicht wird es dem Stahlhelm gelingen, durch Einzeichnung von einem Fünftel der preußischen Stimmberechtigten das Volksbegehren zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Dann kann der Volksentscheid seinen Lauf nehmen. An die Eventualität, daß ihnen die Mehrheit der Stimmberechtigten seine Zustimmung geben wird, glauben nicht einmal die Nationalsozialisten, trotzdem sie die Aufputschung der politischen Leidenschaften besser verstehen als die Spießbürger vom Stahlhelm. Sie hoffen noch, daß ihrem Antrag von Amtswegen irgendwelche Schwierigkeiten gemacht werden und sie sich dann mit heiler Haut und großem Geschimpfe aus der Affäre herausziehen können. Der Antrag der Stahlhelmer ist gesetzlich zulässig und deshalb wird ihm von der preußischen Staatsregierung stattgegeben werden.

Es bleibt die Frage, wer sich im weiteren Verlauf der Aktion des Stahlhelms schließlich in dessen Bann begeben wird, ob die Nazis und Hugenberg nachträglich mit von der Partie sein wollen und sich sozusagen unter das Kuratel des Stahlhelms stellen werden. Ehe der Stahlhelm dem preußischen Innenminister seinen Antrag unterbreitete, hat man in wochenlangen Verhandlungen versucht, den famosen Reichsausschuß Hugenberg—Seldte—Hitler neu zu beleben. Das selbständige Vorgehen des Stahlhelms zeigt, daß diese Versuche ergebnislos verlaufen sind. Sie scheiterten nicht aus sachlichen Gründen, sie schlugen fehl, weil jede der zahlreichen putschistischen Gruppen in den Kampf gegen die preußische Festung die Führung haben wollte. So war die Pleite der Seldte und Düsterberg bereits besiegelt, ehe sie ihren Antrag fabrizierten. In diesem Sinne wünschen wir den Herrschaften weiterhin viel Glück.

*

Die andern wollen sich nicht blamieren.

Berlin, 5. Febr. (EF). Die Berliner rechtsstehende „Deutsche Allg. Zeitung" schreibt zu der ablehnenden Haltung der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen gegenüber dem vom Stahlhelm beantragten Volksbegehren folgendes:

„Die Nationalsozialisten wollen den Nimbus ihrer „Unbesiegbarkeit" nicht durch ein Unternehmen aufs Spiel setzen, das in seinen Erfolgsaussichten natürlich umstritten sein wird. Die Deutschnationalen haben mit so großen organisatorischen Schwierigkeiten zu kämpfen, daß sie ebenfalls Bedenken tragen, das Risiko eines neuen Volksbegehrens auf sich nehmen. Infolgedessen ist der Stahlhelm allein auf den Plan getreten in der Hoffnung, bei der Wirtschaftspartei, der Deutschen Volkspartei und dem Landbund Unterstützung zu finden"

Wie wir dazu erfahren, haben diese Parteien nicht beschlossen, das Volksbegehren zu unterstützen, obwohl der Stahlhelm mit dem entsprechenden Wunsche wiederholt an diese Parteien herangetreten ist. Vielmehr ist es wahrscheinlich, daß weder die Volkspartei noch die Wirtschaftspartei sich dem „von vornherein zu einer Niederlage verurteilten Unternehmen" anschließen wird.

*

Bürgermeister

Die Kommunisten bringen den Genossen Li[illegible] eines Deutsch[illegible]

Aus Zeitz wird gemeldet: Die Stadtverordneten wählten am Freitag abend den deutschnationalen Regierungsrat Nerger vom Finanzamt für zwölf Jahre im zweiten Wahlgang mit 17 Stimmen zum Oberbürgermeister. Auf den bisherigen Oberbürgermeister Löffler, dessen Amtszeit demnächst abläuft, entfielen 15 Stimmen, während drei Zettel — darunter die der Kommunisten — unbeschrieben waren.

*

Zu diesem neuen Arbeiterverrat der Kommunisten schreibt unser Zeitzer Parteiblatt, der „Volksbote":

Die Zeitzer Kommunisten haben einen neuen Beweis geliefert, daß sie das Recht verwirkt haben, sich Arbeiterpartei zu nennen. Durch ihre Schuld wurde in der Zeitzer Stadtverordnetenversammlung der deutschnationale Regierungsrat Dr. Nerger zum Oberbürgermeister im roten Zeitz gewählt! Durch ihre Schuld also wurde der Vorsitz im Magistrat und damit die Mehrheit dem schärfsten Gegner des Proletariats ausgeliefert. Damit ist die Entscheidung über die lokale Personalpolitik, über die Dezernatsverteilung, die Entscheidung in den wichtigen sozialen und steuerpolitischen Fragen auf 12 Jahre der Reaktion ausgeliefert worden. Gleichzeitig aber auch wurde dadurch, daß die Kommunisten die sozialdemokratischen Vorschläge zu Fall brachten, der Stadt für die nächsten 12 Jahre eine Mehrbelastung von 168 000 ℳ aufgebürdet.

Also auf den Verrat bei der Gemeindewahl am 17. November 1929, wo durch die kommunistische Zersplitterung trotz proletarischer Stimmenmehrheit eine bürgerliche Stadtverordnetenmehrheit im [illegible] fest, daß die Kommunisten entsprechend ihrer offiziellen Parteiparole allein im Zeitzer Unterbezirk 25 Dörfer mit Arbeitermehrheiten den Klassengegnern ausgeliefert haben. Ferner gaben sie der Stadtverordnetenvorsteherposten in Weißenfels einem Reaktionär und schanzten die Mehrheit im Weißenfelser Bezirksausschuß dem Bürgertum zu.

Der Diktaturspuk.

Die große politische Aussprache, die heute im Reichstag beginnen soll, wird Gelegenheit geben, eingehend und deutlich über die Diktaturgerüchte zu sprechen, die sich in den letzten Tagen breit gemacht haben.

Rechtsstehende Zeitungen haben die Behauptungen aufgestellt, daß der Reichskanzler an die Ministerpräsidenten von Preußen und von Bayern herangetreten sei, um mit ihnen gemeinsam ein Direktorium an die Stelle der verfassungsmäßigen Reichsregierung zu setzen. Obgleich sowohl die Reichskanzlei als auch Otto Braun und Dr. Held diesen Gerüchten auf das entschiedenste entgegengetreten sind, behaupten sie sich dennoch hartnäckig. Die Nationalsozialisten, die verzweifelt nach der Diktatur aussphähen, haben diese Gerüchte zu Anfragen im Preußischen wie im Sächsischen Landtag benutzt. In Sachsen haben sie bereits eine deutliche Antwort erhalten. Dennoch geht das Gemurmel über eine bevorstehende Diktatur weiter. In dieser Gerüchtemacherei ist Sinn: Die öffentliche Meinung soll systematisch auf einen Staatsstreich vorbereitet werden.

Das Spiel mit der Diktatur zeugt von der politischen Unreife und der völligen Zerfahrenheit der bürgerlichen Schichten, die es mitmachen. Es ist, als ob alle Erfahrungen der deutschen Geschichte seit 1918 ausgestrichen werden, als ob das Bürgertum die jämmerlichen Enttäuschungen, die es mit seinen Diktaturkandidaten seither erlebt hat, völlig vergessen hätte. Bei jeder nur irgend etwas komplizierten politischen Situation schreien weite Kreise der deutschen Bürger: nur der Diktator kann uns retten. Ein Blick auf Italien und Rußland müßte genügen, um ihnen zu zeigen, daß dort, wo ein Diktator herrscht, von Rettung keine Spur ist. Die schlimmste aller Wirtschaftskrisen herrscht in Rußland, und Mussolini hat erst unlängst in öffentlicher Rede darauf verwiesen, daß auch der Faschismus keinen Schutz gegen die Weltkrise darstellt.

Reichskanzler Brüning hat unlängst den diktaturflüsternen wildgewordenen sächsischen Industriellen einen sichtvollen Vortrag über das Thema der Diktatur gehalten. Er wird am Donnerstag in einer großen politischen Rede im Reichstag die gegenwärtige Lage besprechen. Es wäre angebracht, wenn er seine aufklärenden Worte von Chemnitz im Plenum des Reichstags gegenüber der parlamentarischen Vertretung der wildgewordenen Industriellen wiederholen würde. Denn die Deutsche Volkspartei bedarf der Aufklärung mindestens ebenso dringend wie jene Wirtschaftskreise, die hinter ihr stehen. Und nicht nur der Aufklärung! Es wäre an der Zeit, daß Reichskanzler Brüning öffentlich eindeutig und energisch jene dunklen Diktatur- und Staatsstreichspläne zurückweist, die auch in der Deutschen Volkspartei Widerhall gefunden haben!

In der komplizierten verwickelten Lage von heute versucht der aktivistische Teil der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie abermals, seine Sonderziele durchzusetzen. Er will eine verhängnisvolle Rolle spielen. Er sucht Bundesgenossen für seine Pläne. Er hat Fühler zu den Herren Hitler und Frick ausgestreckt, deren Partei aus schwerindustriellen Kreisen erhebliche Subventionen erhalten hat, er hat Herrn Oberfohren und mit ihm die Partei des Herrn Hugenberg auf ihre Brauchbarkeit und Willfährigkeit geprüft und er ist augenblicklich dabei, Herrn Dingeldey, den neuen Führer der Volkspartei, sich unterzuordnen. Diese Scharfmacher sehen mit Ingrimm, daß selbst in der Zeit der schwersten Krise der Ausnutzung ihrer wirtschaftlichen Vormachtstellung politische Grenzen gezogen sind. Sie erkennen, daß das System der deutschen Sozialpolitik ein unüberteigbares Hemmnis gegenüber grenzenlosem Lohndruck darstellt. Sie wollen die politischen Positionen des arbeitenden Volkes zerbrechen, um es desto sicherer wirtschaftlich unterwerfen zu können.

Bei diesen Kreisen ist niemals wahrhaft nationales Denken gewesen! Sie haben immer auf dem Standpunkt gestanden: Mag das Volk zugrundegehen, wenn nur wir bestehen bleiben! So haben sie gehandelt in der Zeit der Inflation und während des Ruhrkampfes, als sie glaubten, mit Hilfe französischer Bajonette der Arbeiterschaft ein Arbeitszeitdiktat auferlegen zu können. So möchten sie jetzt wieder handeln. Sie wollen die Wirtschaftskrise benutzen, um die politische Ordnung in Deutschland zu zerschlagen. Vom Chaos erwarten sie solche Schwächung der Arbeiterschaft, daß sie ihnen ohne staatlichen Schutz und ohne politische Macht ausgeliefert werde. **Brutalster Egoismus macht sie zu Verschetern der wahnwitzigsten politischen Pläne.** In ihren bezahlten Kanälen suchen sie den Gedanken der Diktatur ins Volk fließen zu lassen. Das wispert und flüstert und wird immer lauter, und die in Berlin erscheinende „Deutsche Allgemeine Zeitung" erzählt fast täglich, daß die Revolution von oben unvermeidlich sei.

Das Häuflein der Fraktion der Deutschen Volkspartei und seine Führung kann diesen Einflüssen auf die Dauer nicht widerstehen. Das Ergebnis der letzten Fraktionssitzung der Deutschen Volkspartei war einerseits jener knackende Revolver der 300 Millionen zusätzlicher Streichungen im Etat, andererseits aber auch eine weitgehende Durchdringung der Fraktion der Deutschen Volkspartei mit den **staatsstreichslüsternen Plänen der Treiber aus dem Lager der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie.** Da werden aus theoretischen Erörterungen über eventuelle Diktaturmöglichkeiten in Deutschland konkrete Pläne, aus der Eventualität einer neuen Anwendung des Artikels 48 spinnt man sogleich die Außerkraftsetzung der gesamten Verfassung heraus: weil es ja dann viel einfacher ist, alles mit einem Male zu zerschlagen! Wenn die Nationalsozialisten, die diese Entwicklung kennen, von einer Auflösung des Reichstags sprechen, so kann man ganz im Geiste der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie anstelle

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919310205-19/fragment/page=0011